Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

Erscheint wöchentlich ID Nr. 271 3. März 1979 1,50 DM *incl. 6% MWSt.* D 1870 CX

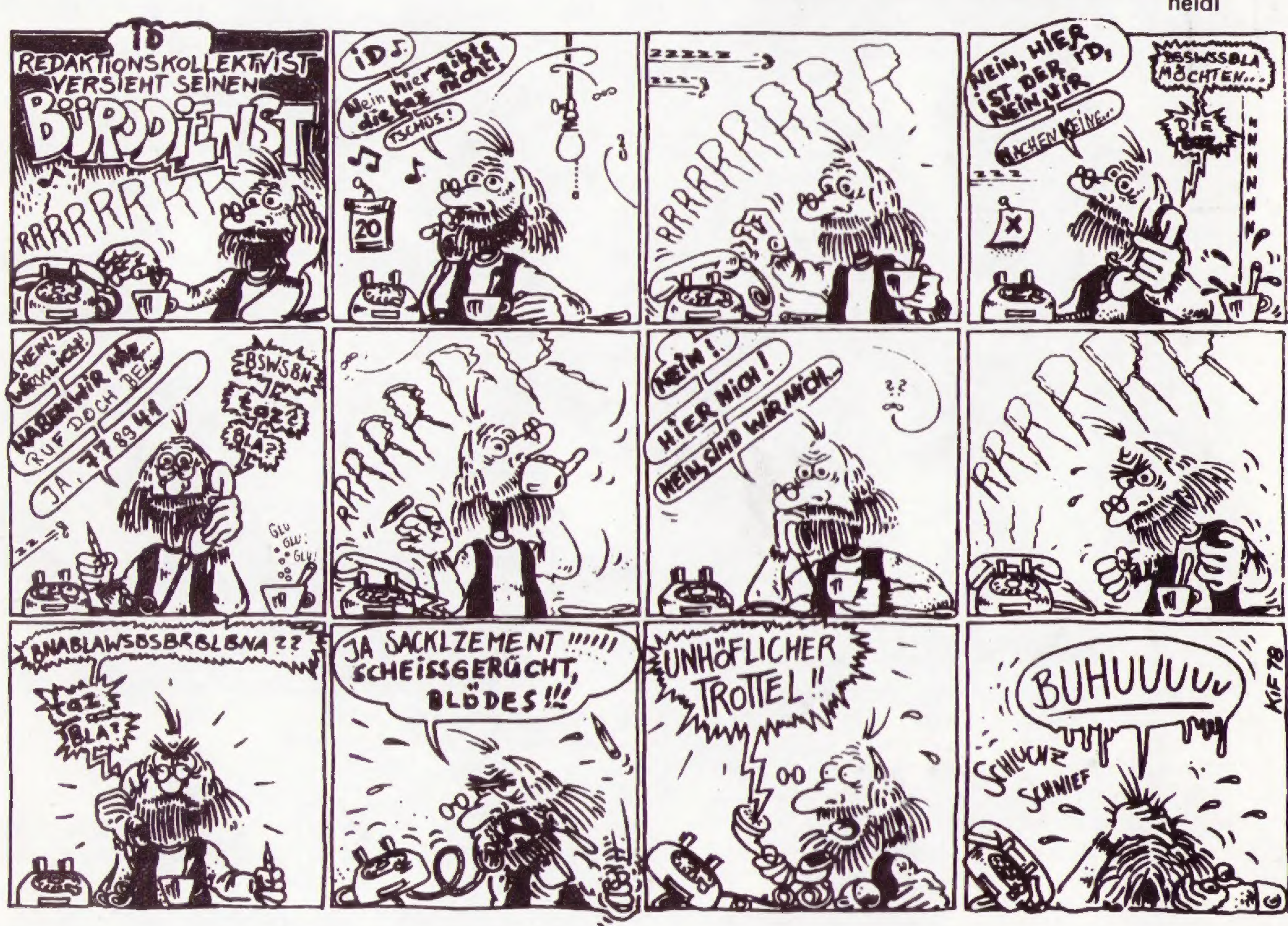


HAUSMITTEILUNGEN

Vielleicht machen wir ein Monats-Radio...

Seit über einem Jahr sind wir – ob wirs wollten oder nicht – in den Köpfen vieler Leser, Zeitungsmacher, Abonnenten eng verknüpft worden mit der Entstehung der TAZ. Unsere Hausmitteilungen, die vielleicht nicht klar genug formuliert waren (auch weil wir Skrupel hatten, uns der TAZ gegenüber unsolidarisch zu verhalten), haben dieses Gerücht nicht aus der Welt schaffen können. In den letzten Wochen hat das ID–Kollektiv mehr denn je darüber diskutiert, wobei herauskam, daß die meisten die TAZ nicht leiden können, sich eigentlich eine Zeitung nie so vorgestellt haben, wie die TAZ jetzt aussieht, daß die TAZ von Nullnummer zu Nullnummer für uns unausstehlicher wird. Das trifft nicht für alle IDler zu, aber für etliche.
Diese Tatsache kommt aber in den folgenden beiden Beiträgen, die IDler als Ergebnis dieser Diskussion geschrieben haben, für mich nicht klar genug zum Ausdruck. Deshalb habe ich die untenstehende Karrikatur, die eigentlich mal mit anderem Sprechblasen–Text aus dem Münchener BLATT stammte, entsprechend verändert und sage hier: Nein, wir machen keine Tageszeitung, wir machen den ID und haben auch in Zukunft nicht vor, eine Tageszeitung zu machen, jedenfalls nicht in absehbarer Zukunft. Vielleicht machen wir eine Jahreszeitung, einen Tages-ID, ein Monats-Radio.....

heidi



ID und Tageszeitung: Er liebt sie. Liebt sie nicht. Liebt sie. Lieber nicht.

Es war einmal eine Traumprinzessin, die war des Teufels Geliebte und unsere Nachtigall...
Es hat von zwei Seiten her angefangen: nach der totalen Pressegleichschaltung im Deutschen Herbst 1977 sollte eine Tageszeitung Gegenmacht darstellen. Und in den Kämpfen von Bologna gegen die Faschisten hatte Radio Alice gezeigt, wie sich Unmittelbarkeit, Freude, Trauer einer Stadt durch ein Medium wiedergeben läßt und praktisch wird. Gegenmacht und "a traverso", die Clownerie, die quer zu allem steht – beide sollten in der Tageszeitung lebendig werden.
Eine ganze Anzahl von ID–Leuten hat in den Diskussionen mitgemacht, die damals anliefen (andere nicht; ich zum Beispiel dachte, spinn' ich, alternativ ist doch wohl dezentral und jetzt so ein Power-Spiel? Deshalb sind die besten Diskussionen an mir vorbeigegangen und ich muß aus den Protokollen vom Herbst 1977 zitieren), und die Widersprüchlichkeit dieser beiden Seiten war schon damals spürbar:

Karl-Heinz Roth: „Die herrschende Reaktion nimmt uns, ohne daß sie dazu bestimmte Anlässe brauchte, den Punkt der Gewalt, der Militanz weg, sie versucht es auf allen Ebenen, auch auf der Ebene der Kommunikation und der Ebene der Sprache... Das hat angefangen mit der Mescalero-Affäre und danach kommen alle Momente von Autonomie, die auch Gegenmacht darstellt. Die ganze Diskussion um Distanzierung zielt auf unsere Enthauptung... Ein ganz zentraler Angriff ... auf die ganzen letzten 12 Jahre der neuen Massenbewegung. Also: Wie kommen wir zu einer Gegenoffensive... ?"

Cham aus Bologna: „Wenn es verschiedene Subjekte gibt, dann gibt es auch verschiedene Sprachen... Es geht weniger darum, eine knallharte linksradikale Zeitung zu machen, sondern eher ein Konzept der Darstellung...: ein Spiegel, der sich multipliziert... – Ich bin dafür, das Konzept der Gegeninformation abzuschaffen. Es geht nicht darum, das Gegenteil der bürgerlichen Presse zu machen, die Sachen falsch darstellt, und jetzt müssen sie richtiggestellt werden mit einer Gegenideologie. Es geht um das, was von der bürgerlichen Presse verdrängt und unmöglich gemacht wird... – Hauptsache ist in so einer Zeitung einmal das Obszöne und einmal das Delirium. Obszön heißt... weg von der politischen Bühne... Es handelt sich darum, das, was weg von der Bühne ist, wieder auf die Bühne zu bringen... Delirium bedeutet: etwas, das nicht gelesen werden kann. Etwas, das von den Interpretations-Codes der Bourgeoisie nicht mehr entziffert und de-codiert werden kann... Die Suche nach einer neuen Sprache ist, glaube ich, die Aufgabe... Das Verdrängte schreibt heute überall."

Schippi, einer von den ID-Gründern: „Warum sollten bestimmte Formen, die regional möglich sind, nicht auch überregional möglich sein? Ein wesentlicher Teil ist für mich da, auch die Betroffenen zu Wort kommen zu lassen, das ist, was ich mir unter einer anderen Qualität vorstellen könnte. Ich halte sowas auch für machbar. Ich denke, daß die Zeitung da auch eher eine breite Basis bekommt, auf die sie sich auch längerfristig stützen kann, über die Linke hinaus, oder was an Bewegung noch da ist."

Damals entstand in vielen ID-Machern die Vorstellung, die Tageszeitung werde diese Träume Wirklichkeit werden lassen und der ID dann in sie eingehen. Heute glaubt keiner mehr, die Tageszeitung sei ein Clownstück, a traverso — quer zu allem. Und doch hält sich heute noch, nach einem über ein Jahr in die andere Richtung verlaufenden Entwicklungsprozeß, das Gerücht, als werde der ID als Baustein im Taz-Gebäude aufgehen.

Das Verdrängte, mußten wir erkennen, schreibt eben nicht überall, offensichtlich hat es Schwierigkeiten, sich den Aktualitäts-, Arbeits-, Ernsthaftigkeits-, Vollständigkeits- und und und -zwängen zu beugen, die einer Tageszeitung durch den Markt aufgenötigt werden.

Richard

Gerüchteküche verkocht unklare Situation zu klarer Suppe

Um alle Mißverständnisse, die über das Verhältnis des ID zur 'tageszeitung' in diesem unserem Lande kursieren, wenigstens zu dementieren (wenn die Gerüchte selber auch nicht aus der Welt zu schaffen sind, weil mit ihnen ja schließlich Politik und Abos gemacht werden sollen), bitten wir um Gehör für einige Klarstellungen:

Es beruht auf einer **Falsch**information, wenn einige Mitarbeiter der in Berlin erscheinenden geplanten Zeitung 'die tageszeitung' die Frankfurter Initiative eben dieser 'Tageszeitung' als BOYKOTT-Initiative (auch kurz: BOYKOTT-Ini genannt) bezeichnen.
Richtig dagegen ist, daß die Frankfurter Initiativgruppe der TAZ personell und politisch unabhängig von der sogenannten 'BOYKOTT-Initiative' ist, die sich in den IDs Nr. 265 und 269 zu Wort gemeldet hat.

Ebenso **falsch** ist, daß das ID-Kollektiv die Begründung für den BOYKOTT-Aufruf in ID 265 + 269 inhaltlich unterstützt und den in diesem BOYKOTT-Aufruf geforderten Diskussionsprozeß als Kollektiv mitträgt. **Richtig** dagegen ist, daß der ID sich (wie Lesern sicher aufgefallen ist) auch als praktische Kritik an der 'Tageszeitung' begreift. Außerdem können wir nur daraufhinweisen, daß die Diskussion um die TAZ nicht in der TAZ, sondern im ID und einer Broschüre dokumentiert worden ist.

Falsch ist, daß der ID zum Boykott der 'Tageszeitung' aufgerufen habe, **richtig** dagegen ist, daß die überwältigende Mehrheit des ID-Kollektivs nicht in der Frankfurter Tageszeitungsinitiatigruppe mitarbeiten, noch jemals mitgearbeitet haben.
Falsch ist, daß Pläne bestehen, der ID „gehe in der TAZ auf", wenn diese nur endlich täglich erscheine. **Richtig** dagegen ist, daß solche „Pläne" nie mehr als der erste Schritt in Richtung auf den Beginn eines Denkansatzes gewesen sind.
Der ID wird weiter erscheinen.

Falsch ist, wenn behauptet wird, daß Teile der Frankfurter Initiativgruppe der 'Tageszeitung' nach der Standortentscheidung für Berlin nun wieder oder erstmals im ID (mit)arbeiten. **Richtig** dagegen ist, daß der ID sich über neue (besonders unbezahlte) Mitarbeiter freuen würde.
Falsch ist ebenfalls, daß ehemalige Full-time Arbeiter der Frankfurter Tageszeitungsinitiative sich von der 'taz' losgesagt hätten und nun unter Pseudonym im ID Artikel veröffentlichen. **Richtig** dagegen ist, daß „Franz Frühling" ein Pseudonym ist.

Gregor

EINLADUNG ZUM FEST !

FRANKFURT 27. Februar '79

Nachdem die beiden besetzten Jugendwohnheime in Frankfurt, Ziegelhüttenweg und Zingelswiese weg von der Polizei geräumt wurden, gaben die Jugendlichen trotzdem nicht auf. Sie besetzten unter anderem zwei Kirchen und bereiteten eine neue Hausbesetzung vor. Dann bekamen sie jedoch in Frankfurt-Bockenheim ein Haus zur Verfügung gestellt, das sie nun selbst verwalten. Dort leben nun 22 Jugendliche und junge Erwachsene.

Zu dem Fest, das sie machen, gibt es einen Film über die Selbstverwaltung, weitere Dias, Getränke, Essen usw. Das alles am: Samstag, 3. März 79, um 20 Uhr, Sophienstr. 28, 6 Frankfurt, Tel.: 0611 / 70 80 84.

WIRD DER ID ZUM STAATSSCHUTZBLATT ?

— ein Leserbrief —

IRGENDWO 20. FEBRUAR

In den letzten beiden Nummern waren Berichte aus Rom über die Erschießungen eines „Kommunisten" (ID Nr. 267) und eines hohen Staatsanwaltes (ID Nr. 268). Im ersten Bericht ergreift der ID Partei für einen Denunzianten, im zweiten für einen stellvertretenden Generalstaatsanwalt. Auf welcher Seite steht der ID?

Im ersten Bericht wird immerhin noch einiges zur Person des Erschossenen gesagt, nämlich, daß er einen Flugblattverteiler der Roten Brigaden denunziert hat, der dafür 4 1/2 Jahre Knast gekriegt hat.

Durch ein angebliches Zitat eines Arbeiters: „Wir haben sie leider mitten in der Arbeiterklasse" versucht der ID den Eindruck zu erwecken, als ob die Roten Brigaden Feinde des Volkes wären: statt einer politischen Auseinandersetzung moralischer Dreck.

Noch schlimmer der zweite Bericht über den Tod von Alessandri. Dieser Typ, von dem immerhin die "Welt" schreibt, daß er mehrfach in Terroristenprozessen mitgewirkt hatte, wird im ID vom stellvertretenden Generalstaatsanwalt in Mailand zum „demokratischen Richter" gemacht. Über seine Tätigkeit erwähnt der ID lediglich, daß er „gegen Fachisten ermittelte", als ob er deshalb schon ein Linker sei. Zum Schluß wird noch sinnentstellend ein Nebensatz der Erklärung der Prima Linea angeführt, der angeblich die Begründung der Aktion sein soll. (Was sie natürlich nicht war.)

Hier versucht der ID durch mehrfaches Verdrehen der Tatsachen der italienischen Guerilla (wann der deutschen?) blindwütiges Handeln zu unterstellen, genau wie es alle Staatsschutzblätter auch machen.

Versucht ihr, euch durch solche Schweinereien dem Staatsschutz anzubiedern? Dann ist es ja nur eine Frage der Zeit, bis der ID zum Denunziantenblatt wird.

Noch einige Worte zur ID-Berichterstattung: In der letzten Nr. (ID 268, Seite 10) der ID unter der Pressemitteilung über den Hungerstreik von Karl-Heinz Dellwo eine Zeichnung mit der Unterschrift: „Amnestie". Karl-Heinz kämpft nicht für die Amnestie. Was soll das also? Inzwischen dürfte dem ID bekannt sein, daß die Amnestieforderungen — ob Pflasterstrand oder Zahl — von der Voraussetzung ausgehen, daß die Gefangenen sich von ihrer bisherigen Politik distanzieren sollen, also ihre Identität aufgeben. Beide Versionen der Amnestieforderung sind Anti-Guerilla-Konzepte. Schließt der ID sich dem an?

Und ist noch dazu so feige, nicht offen dazu zu stehen? Oder war das die Idee eines „Sponti"-Dummkopfes, dessen Charakterisierung im ID 264 (Seite 5) je so treffend beschrieben war? Gebt mal ne Stellungnahme dazu ab, solche Sachen sind in euren Blatt ja keine Einzelfälle.

GERICHTSURTEILE MACHEN ATOMKRAFTWERKE NICHT SICHERER

FREIBURG
12. FEBRUAR

Neuer Super-8-Farbfilm der Film- und Fotogruppe Freiburg, 55 Min. Magnetton

Dieser Film, in einjähriger Arbeit von der Film- und Fotogruppe gedreht, entstand in enger Zusammenarbeit mit den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen. Er greift das Urteil des Freiburger Verwaltungsgerichts vom 14. 3. 1977 auf, in dem ja bekanntlich erstmals eine Teilerrichtungsgenehmigung für ein deutsches AKW aufgehoben wurde. Ein Interview mit einem Winzer und eine kurze Chronologie des Widerstands gegen das AKW Whyl vermitteln den politischen Hintergrund des Gerichtsverfahrens. Die sogenannten „neutralen" Gutachter und ihre Verbindungen zur Atomlobby werden vorgestellt. Einer der Rechtsanwälte der Bürgerinitiativen geht auf die nur oberflächlich im Verfahren behandelten Probleme der Wiederaufbereitung und Endlagerung des Atommülls ein. Im weiteren Verlauf werden die drei Hauptpunkte des Verfahrens aufgegriffen und die Äußerungen der Gutachter und des Gerichts kritisch betrachtet. Sehr anschaulich werden die Klimabeeinflussung durch Kühltürme, Radioaktivitätsabgaben (Trickfilm) sowie Reaktorsicherheit und Restrisiko dargestellt. Stellungnahmen der Sprecherin der badisch-elsässischen Brügerinitiativen und eines betroffenen Winzers vom Kaiserstuhl runden den Film ab. Weitere Wege und Aktivitäten im Widerstand gegen AKW's werden gezeigt, denn:

Gerichtsurteile machen Atomkraftwerke nicht sicherer!

Verleih: Gegen 50 .– DM und 100 .– DM Kaution Bestellungen an: Film- und Fotogruppe Freiburg c/o Karl-Heinz Koob, Haslacherstraße 80, 7800 Freiburg, Kto. Nr. 317114-609, Postscheckamt Frankfurt

BEZIEHOS UND SENSIBLOS

FRANKFURT
29. Februar 79

Also: In Ffm. haben die Faschos eine Demo gemacht, zu der viele Prolis aus den BIs und BUs gekommen sind. Dazu gibt es Infos und Dokus. Außerdem hat sich eine Ini gegründet, gegen die die Prolis was haben. Manche, Schizos, Anti-Impis, Revis und Spontis waren da, auch Sozis wurden gesichtet, Jusos und Sympies am Rande,Knackis kamen nicht.Aber wie wär's mit Revolis (Raviolis), Kommis, Anarchis, Libis, Wohnos, Beziehos, Sensiblos und sonstwo? Mal ehrlich, findet ihr unsere Sprachschöpfungen wirklich so toll? – Logo!

Kontakt: Ini zur Bewahrung der teutschen Sprache vor den Spontis, erreichbar beim ID

POLIZEI RÄUMTE BÜCHERTISCH – STUDENTEN WURDEN VERURTEILT

KARLSRUHE
22. Februar 79

Zwei von drei Student(inn)en, die im Oktober vergangenen Jahres von einem Polizeieinsatz gegen Büchertische an der Universität betroffen worden waren, wurden gestern verurteilt: dreißig Tagessätze zu 15 Mark wegen Hausfriedensbruch lautete das Urteil. Daß die Polizisten nach Augenzeugenberichten brutal vorgegangen waren, spielte für das Gericht keine Rolle. Das dritte Verfahren wurde abgetrennt; die Anklage lautet in diesem Fall auf Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Kontakt: Rechtsanwältin Eckermann im Anwaltsbüro Herdle, 69 Heidelberg, Tel.: 06221 / 21001.

EINE DEUTSCH-ARABISCHE ZEITUNG

BERLIN
18.2.79

Nachdem wir es schon einmal verschlampt hatten, hier die Meldung:

Es gibt eine deutsch-arabische Zeitung mit dem Namen „el munadil el theeuri". Sämtliche Beiträge (in der Nummer 8 z.B.: die Linke in Israel, Bericht aus dem besetzten Palästina, Südafrika vor dem Umbruch usw.) sind in beiden Sprachen erschienen.
Die Zeitung ist über den linken Buchhandel in Berlin zu beziehen.

BROSCHÜRE ZU ASTRID PROLL

BERLIN
28.Februar

Die Pressegruppe des Berliner Frauenzentrums hat eine Broschüre zu Astrid Proll erstellt. Die Broschüre ist zu erhalten bei **Maulwurf, 1 Berlin 36, Waldemarstraße 24.** Sie kostet 2,50 DM (für Einzelbesteller: 3,50 DM in Briefmarken beilegen!).
Kontakt: **Pressegruppe des Berliner Frauenzentrums, 1 Berlin 61, Stresemannstraße 40**

AN ALLE UNTER 18

NÜRNBERG
26. Februar

Die Nürnberger Indianerkommune, in der Kinder, Jugendliche und Erwachsene zusammen wohnen, möchte gern Kontakt zu Jugendlichen unter 18 Jahren, die da vielleicht auch einziehen wollen.

Kontakt: Indianerkommune, Mittlere Kanalstr. 34, 8500 Nürnberg

HOLGER UND FRIEDI SIND FREI

1.März

Friedbert Boxberger und Holger Hoppart teilen mit, daß sie seit dem 26.Januar wieder aus dem Gefängnis entlassen worden sind. Beide waren am 4.Januar verhaftet worden, weil sie an einer Kiesgrube das Werfen von Molotow-Cocktails übten (s. ID 269).

SCHWARZE HILFE IN DARMSTADT

DARMSTADT
Februar '79

In Darmstadt ist eine neue Schwarze Hilfe-Gruppe gegründet worden. Sie will Öffentlichkeitsarbeit machen und Gefangene finanziell unterstützen. Die Gruppe, die noch keine Erfahrungen mit Knastarbeit hat, sucht Informationen. Sie trifft sich jeden Mittwoch um 20 Uhr im Hinterraum der Kneipe „Kopernikus" in der Pankratiusstraße.

GEGENBUCHMESSE-KATALOG NOCH IN ARBEIT

MAINZ
Februar 79

Das "Verzeichnis lieferbarer alternativer Bücher" – kurz VLaB – hat seinen Redaktionsschluß bis zum 27. März verlängert. Das VLaB – besser bekannt als Katalog der Gegenbuchmesse – soll ergänzt werden. Büchermacher zahlen pro aufgenommenem Titel DM 2,90. Weitere Anmerkungen kosten extra. Die VLaB-Produzenten betonen, daß ihr Katalog "Das Nachschlagewerk für den Handel betreffs a-Literatur" sei. Es wird wieder zusätzlich redaktionelle Beiträge, die auch noch angenommen werden, bringen. Außerdem ist noch ein bißchen Platz für Anzeigen.

Kontakt: Edition treves, Büro Mainz, Postfach 1843, 6500 Mainz

MESCALERO–PROZESS
FREISPRUCH FÜR'S BLÄTTLE

Schorndorf 23. Februar

Mit einem Freispruch aller sieben Angeklagten endete der Prozeß gegen das Schorndorfer Blättle, der wegen der Dokumentation des "Buback-Nachrufs" angestrengt worden war. (S. ID 269, 270) Zwei Prozeßtage waren dazu notwendig. Jedesmal stießen die Verhandlungen auf reges Interesse der Öffentlichkeit. 80 - 150 Leute waren da, zum größten Teil Sympathisanten, aber auch einige auffällig unauffällige Herren, die anderen Leuten Sitzplätze wegnahmen. Was sich vor allem am 1. Verhandlungstag auswirkte, wo der "große"Sitzungssaal des Waiblinger Amtsgerichts viel zu groß war. Sicherlich hat das rege öffentliche Interesse, sowie die überwiegend positive Berichterstattung in den Zeitungen sich auf den Urteilsspruch ausgewirkt. Aber sicher ebenso die schlampig geführten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft.

Da das Impressum vom Blättle Nr. 13 nicht den rechtlichen Zwängen entsprach und deshalb "die Verhältnisse" für den Inhalt verantwortlich zeichneten, war kein Redaktionsmitglied juristisch greifbar. Aus einer Liste, die 18 Rufnamen umfaßte, wurden 7 herausgegriffen, die, so der ermittelnde "Kominalkrimissar", zum harten Kern, zu den "großen Verantwortliche" zu rechnen seien. Diese Angaben hatte der im Laufe der 1 1/2 jährigen Ermittlungsarbeiten zum Kriminaloberkommissar hochgebrachte Polizist von einem V-Mann, dessen Namen er aber nicht preisgeben wollte. Dafür hatte er sich von seinem Dienstherren eine Aussagebeschränkung erteilen lassen.

Aber was dieser V-Mann da verpetzte, war sehr vage, sehr abstrus und selbst für den Staatsanwalt sehr wenig zuverlässig. So hängte der V-Mann einem Redaktionsmitglied wegen seiner wulstigen Lippen und seines schwarzen Kraushaares den im Impressum stehenden Spitznamen "Negus" an. Da klinkte sogar der Staatsanwalt aus und meinte: "Wulstige Lippen kann ich nicht feststellen und was die Haare anbetrifft, höchstens einen Mangel an Haaren."

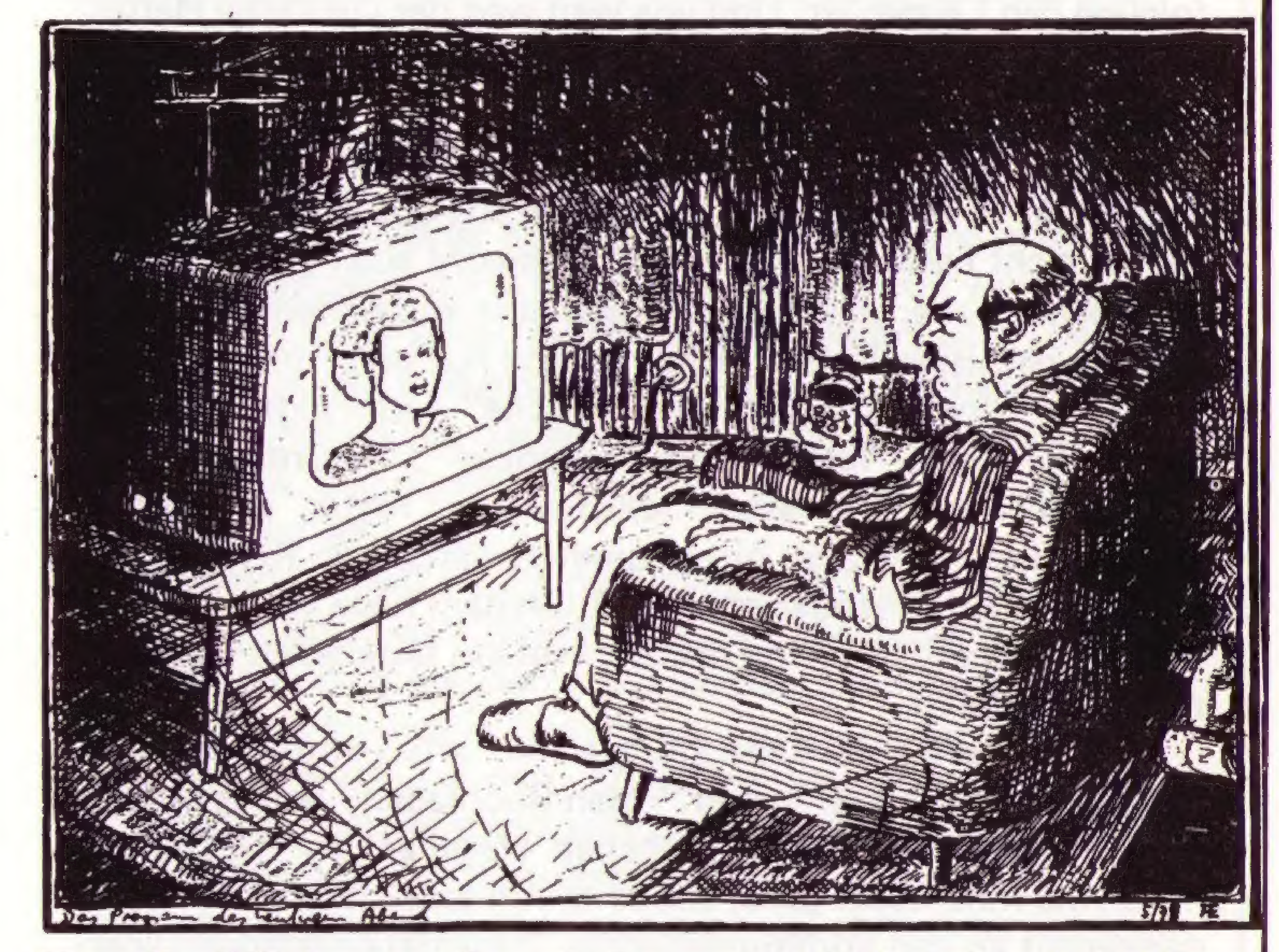
Nachdem sich die deutsche Polizei und ihr Spitzelwesen derartig blamiert hatten, folgte die Vernehmung des Denunzianten, der in einem Brief an die Bundesanwaltschaft drastische Maßnahmen gegen das Schorndorfer Blättle forderte: Strafverfahren, Beschlagnahme der eingenommenen Annoncegelder, um ein Weitererscheinen der Zeitung ein für alle Mal zu unterbinden. Der eifrige Kämpfer für Recht und Ordnung in deutschen Landen wunderte sich noch, daß seine Anzeige die einzige geblieben war und resignierend fügte er hinzu: "Aber das ist wohl eine Zeiterscheinung". Er machte deutlich, daß er "gegen die Leute persönlich " nichts habe aber sehr wohl etwas gegen das Blättle an sich. So was kenne er von der Uni her, und wenn möglich, gehe er dagegen vor. Als ein Rechtsanwalt fragte, was ihn denn am Blättle störe, blätterte er eine Nummer durch und meinte z.B. "Atomkraft nein danke". Das waren einige Beispiele, wie wenig konkretes Beweismaterial die Staatsanwaltschaft gegen die Angeklagten in der Hand hatte. Dies bewog sie schließlich Freispruch "aus tatsächlichen Gründen" (mangelnde Beweislage) für alle Angeklagten zu fordern, natürlich nicht ohne sich vorher an der "Strafbarkeit" des Buback-Nachrufes zu ergötzen.

Das Gerichtsurteil ging teilweise auf diese Argumentation ein, folgte aber hauptsächlich der Rechtssprechung jener Gerichte, die bisher Mescalero-Zweitveröffentlicher freigesprochen haben. Der Buback-Nachruf an sich sei strafbar (§ 90a, § 140), fallengelassen wurde in Übereinstimmung mit der Staatsanwaltschaft § 130 (Volksverhetzung). Der Nachdruck des Nachrufs sei nur dann strafbar, wenn es konkrete Beweise gegeben hätte, daß sich die Angeklagten mit dem Nachruf identifizierten. Dies sei nicht erkennbar gewesen. Es könne nicht, wie das die Staatsanwaltschaft tat, aus einer fehlenden Distanzierung eine Identifikation geschlossen werden.

Diese staatsanwaltschaftliche Logik war im Verfahren durch den Stuttgarter Literaturwissenschaftler Dr. Thomas Rothschild (ohne Schwierigkeiten als Gutachter zugelassen) schon als "geistige Verrenkung" bezeichnet worden.

Alles in allem war der Prozeß selbst bestimmt von einer recht konventionellen Strafverteidigung. Erst am zweiten Tag wurde es "politischer", als eine Prozeßerklärung der derzeitigen Gesamtredaktion des Schorndorfer Blättle vorgelesen wurde. In dieser wurden die damaligen Reaktionen der bürgerlichen Presse auf die von ihr mitproduzierte Mescalero-Affäre scharf angegriffen. Bei vielen Leuten bestand ein echtes Bedürfnis den ganzen Text zu lesen, nachdem er in verkrüppelter Form in aller Munde war. Dem viel beschworenen mündigen Bürger muß zuerkannt werden, daß er sich eine eigene Meinung bilden kann. Das Gerichtsverfahren kann nur geeignet sein Leute einzuschüchtern und von eigener Meinungsbildung abzuhalten. Außerdem würde der Nachdruck auch als ein Akt der Solidarisierung mit dem Göttinger ASTA (in dessen Zeitung der Mescalero-Artikel erstmalig erschien und der daraufhin von Polizeischikanen betroffen war) verstanden.

Die Verteidiger warfen der Staatsanwaltschaft vor, das Verfahren ohne konkrete Beweise in der Hand zur Eröffnung getrieben zu haben, um das Schorndorfer Blättle auszuleuchten, mehr Informationen darüber zu bekommen. Sie versuche, Gesinnungsdistanzierung zu erreichen, indem sie permanente Distanzierungskniefälle verlange. Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gehe an die Grenze des Erlaubten. Sie benütze undemokratische Paragraphen (z.B. § 90a in der Tradition der Majestätsbeleidigung).



"Guten Abend! Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu müssen, daß das traditionelle Neujahrsspringen der Wiener Philharmoniker nicht entfällt und machen Sie darauf aufmerksam, daß Sie der Schlagzeuger zwischen 'Tic-Tac-Polka' und 'Radetzkymarsch' durch Aufsetzen eines grünen Papp-Hütchens zum lachen bringen wird."

Na ja, die politische Argumentation vollzog sich jedenfalls mehr außerhalb des Gerichtssaals (Veranstaltung mit Prof. Brückner, drei Info-Veranstaltungen in Schorndorf kurz vor dem Prozeß, Solidaritätskonzerte, Durchsagen bei Veranstaltungen mit einem "Mescalero-Lied" als Vehikel, Flugblattaktionen, Pressearbeit). Das hat sehr viele Leute wachgerüttelt. Viele haben Propaganda für uns gemacht, sind zum Prozeß erschienen, haben uns durch Briefe unterstützt, haben Geld gespendet. Ist der Freispruch rechtskräftig werden wir alle Spender befragen, wie das übrig gebliebene Geld verwendet werden soll.

Wir wollen nach Möglichkeit andere Leute damit unterstützen, die ein Maulkorbverfahren am Hals haben.

Kontakt: c/o Tilman Bornefeld, Streicherstr. 25, 7060 Schorndorf, Tel. 07181/68 408

"FREISPRUCH 1. KLASSE"
im Oldenburger Buback-Prozess

Oldenburg
26. Februar

Nach dem großen Schnee wurde der Oldenburger Buback-Prozeß innerhalb von 2 Verhandlungstagen beendet (s. ID 269). Den vorletzten Tag läutete der Chefrichter mit dem schönen Versprecher ein: "Die Sitzung der letzten (statt sechsten) großen Strafkammer wird fortgesetzt". (Es war der letzte Prozeß vor seiner Pensionierung). Einige Verteidigerplädoyers und Schlußworte der Angeklagten ergänzten und rundeten diesen Verhandlungstag dann ab.

Zusätzlich meinte die Staatsanwaltschaft sich noch einmal äußern zu müssen, indem sie weiterhin auf Bestrafung wegen Staatsverunglimpfung bestand: "schließlich sei das ja kein Verbrechen, der Gesetzgeber sehe auch nur höchstens drei Jahre Freiheitsstrafe vor". Das veranlaßte einen Angeklagten in den erleichterten Ruf auszubrechen, „Na, dann isses ja gar nicht so schlimm!" Interessant war, daß sich der Staatsanwalt auf eine Diskussion mit den Zuschauern einließ, in der er dann allerdings Argumente von dem Kaliber „Dazu sind Sie noch zu jung" verwendete.

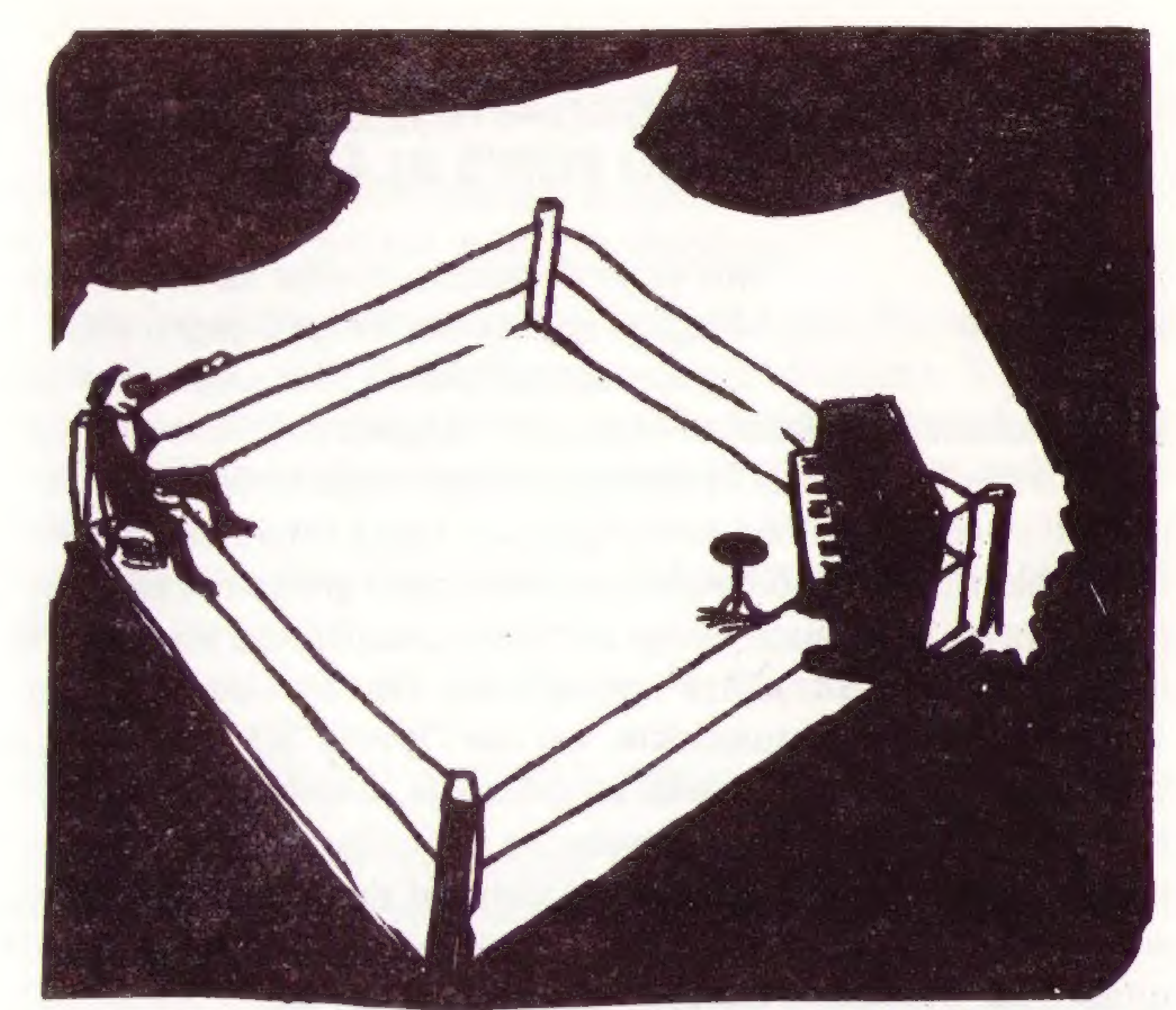
Das Urteil ein paar Tage später: Freispruch für alle. In der Begründung der für mich interessanteste Satz des Richters: „Er wundere sich, warum sich die Angeklagten immer gegen den Vorwurf der Terrorismusbegünstigung verteidigten — schließlich beinhalte doch der ganze Mescalero-Artikel eine Ablehnung des Terrorismus." — Wieder einmal wird klar, wie wenig bewußt die ganze Intellektuellenhatz und Sympathisantenverfolgung den Leuten ist. Und wie weit weg der Deutsche Herbst schon ist — Ende 77 wäre ein solcher Satz aus einem Richtermund undenkbar gewesen.

Weiter: „Der Nachruf verunglimpfe wohl den Staat und das Andenken Toter, aber eine Identifizierung durch die Angeklagten sei nicht nachgewiesen worden, obwohl auch dafür einiges gesprochen habe. Das Vorwort habe eine ausreichende Distanzierung vermissen lassen." Es ging dann nur noch um das Vorwort, worin zwar offensichtlich "falsche" Anschuldigungen gegen die BRD wie "faschistoide Tendenzen", "verordnete Trauer", "ersticken von Ansätzen sozialistischer Kritik" erhoben würden; dies müsse aber hingenommen werden im Rahmen der politischen Auseinandersetzung. Außerdem habe es an der Böswilligkeit gefehlt, die eine niederträchtige, feindselige Gesinnung voraussetze.

"Falsch" seien die Behauptungen aus offensichtlichen Gründen. Jeder könne z.B. in den "roten Buchläden" jede erdenkbare sozialistische Literatur erstehen. Wenn er (der Richter) durch die Innenstadt gehe, werde er von extremistischem Gedankengut an den kommunistischen Informationsständen überflutet. Auch an den Universitäten sei die Kritik fast ausschließlich eine sozialistische, die anderen würden kaum was sagen. Daß eine Kriminalisierung von Studentenvertretern erfolge, sei angesichts der Tatsache, "was alles aus der Universität heraus anläßlich dieses Prozesses veranstaltet worden sei, eine sehr tendenziöse Behauptung." Im Gegensatz zu anderen Verfahren wurden die Herausgeber nicht wegen "Trotteligkeit" (wie z.B. in Bremen — es sei zwar alles strafbar, aber die Profs haben das nicht gewußt, ihnen fehle eine realistische Einschätzung der Zustände in der BRD — freigesprochen, sondern wegen der Nichtstrafbarkeit der Herausgabe - die Verteidiger sprechen von einem "Freispruch 1. Klasse".

Ich kann das nicht beurteilen, bin kein Jurist. Ich habe nur gemerkt, daß die Profs freigesprochen wurden — und manch Student und Stadtzeitungsmensch in anderen Buback-Verfahren nicht.

Anzumerken ist noch, daß die den Profs von außen (Gericht) aufgezwungene Solidarisierung schnell von der Wirklichkeit eingeholt wurde. Kaum freigesprochen, setzte der Dissolidarisierungsprozeß schon ein. Auf einer angesetzten Pressekon-



ferenz gabs keine Presse, dafür stritten sich einige der Herren über den Verlag, bei dem nun eine Veröffentlichung über ihre mannigfaltigen Erfahrungen mit der deutschen Justiz und ihren eigenen bzw. Kampf um die Meinungsfreiheit erfolgen müsse. Auf einer Prozeßabschlußfeier waren dann auch schon nicht mehr alle Angeklagten bzw. Freigesprochenen — Sekt gabs auch keinen, wie von einigen treuen studentischen Prozeßbesucher kritisch angemerkt wurde. Dann sollte noch eine Ersatzfeier am darauffolgenden Montag im Aktionszentrum ALHAMBRA steigen, was wegen Meinungsverschiedenheiten und -unterschieden der Profs nicht zustande kam. Ersatzweise wurde eine private Feier im kleinen Rahmen, im großen Professorenhaus, veranstaltet, wohin sich - logo - nur wenige Prozeßbesucher hintrauten, so sie es überhaupt wußten.

Fazit: ein schöner Prozeß, Boulevard-Theater in der Provinz — wie bei jedem Boulevard-Stück mit Happy End. Obs genauso folgenlos bleibt wie bei den üblichen Stücken muß abgewartet werden. Auf jeden Fall gabs eine gewisse Politisierung, was zumindest den Besuch der nächsten Veranstaltung, eines Prozesses wegen "Schmierereien dreier AKW-Gegner" ("Freiheit für alle AKW-Gegner") erleichtern dürfte. (9.3., 8.30 Amtsgericht, Elisabethstr. 9) in Oldenburg.

Vielleicht noch das: ich selbst, mehr durch Zufall dabei — ich hatte weiland irrigerweise an eine Bommi Bauman-ähnliche Herausgabe der Buback-Dokumentation gedacht und nicht an eine professorale, war deshalb als Arbeitsloser auf die Unterschriftenliste und die Anklagebank geraten — habe eine interessante Variante deutscher Behördenlogik erfahren. Meine Chefs im Arbeitsamt folgten dem Inhalt meiner Erklärung vor Gericht, in der ich die Sinnlosigkeit dieser Veranstaltung anprangerte und besonders die von jedweder sinnvollen Tätigkeit abhaltende Herumsitzerei im Gerichtssaal beklagte. Sie schlossen sich dem durch die aparte Variante des Arbeitslosenhilfeentzugs an: da ich im Gericht herumsäße, stünde ich dem freien Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Das sei aber eins der zu erfüllenden Kriterien. Ich stellte dem Gericht anheim, mich und meinen Sohn zu nähren, kleiden. . . Bis jetzt haben die Hohen Richter und Staatsanwälte noch nichts rübergelangt.

Kontakt: Rainer vom NORDWIND – Zeitung für Oldenburg und Umgebung – c/o Alhambra, Hermannstr. 83, Oldenburg



MIT EINEM GROSSEN „V" AUF DEM RÜCKEN

REGENSBURG
23. Februar '79

Am 7. März um 14 Uhr wird den Studenten Rudolf Gottfried und Jürgen Heintzenberg vor dem Amtsgericht der Prozeß gemacht, weil sie auf einem Schulhof sehr lebensecht Verfassungsschützer gespielt hatten.

Dokumentation bei Andrea Pilchowski, Am Blumenrain 2, 8400 Regensburg.
Solidaritätsadressen an: Rudolf Gottfried, Hemauer Str. 3, 8400 Regensburg.

IN SACHEN NEVILLE P.

FRANKFURT
28. Februar '79

Der folgende Brief des iranischen Botschafters an den AStA der Universität Frankfurt bezieht sich auf eine Begründung der Ausweisungsverfügung gegen Neville Pessoa (siehe ID 267, 268), in der die Ausländerbehörde dem Studenten vorhielt, durch seine Teilnahme an der Frankfurter Iran-Demonstration vom 25. November die Beziehungen zwischen der BRD und dem Iran beeinträchtigt zu haben.



der Botschafter

Bonn, den 23. Februar 1979

An die
Studentenschaft der
J.W.Goethe-Universität
Mertonstraße 26-28
6 Frankfurt a.M. 1

Sehr geehrte Damen und Herren!

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 20. Februar d.J. möchten wir Ihnen ausdrücklich bestätigen, daß die Teilnahme des jamaikanischen Staatsbürgers Neville Pessoa an der Demonstration vom 25. November 1978 die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Iran auf keinen Fall beeinträchtigen wird.

Mit freundlichen Grüssen

S. Sadrieh

Dr. Sadegh Sadrieh

Das vorliegende Schreiben macht diesen und andere Punkte der unverschämten Ausweisungsverfügung wohl gegenstandslos. Inzwischen ist auch der Stoppantrag des Verteidigers von Neville durchgekommen, so daß er sich in Ruhe auf seinen Prozeß vorbereiten kann.
Die deutschen Behörden hinken ziemlich hinter der Entwicklung her und dürfen sich freuen, wenn sie ihre schändliche Arbeit überhaupt noch in der Wärme ihrer muffigen Amtsstuben verrichten dürfen, die durch Erdöl aus Ländern der Dritten Welt erzeugt wird.

Der AStA, hätte er die Verteilung des Erdöls in der Brd zu organisieren, wüsste schon, wem er einen kalten Arsch verschaffen würde!

HUNGERSTREIKERKLÄRUNG

Frankfurt
1. März

In der Justizvollzugsanstalt Frankfurt/Preungesheim sind 10 Gefangene in den Hungerstreik getreten, und zwar acht der dpa-Besetzer sowie Klaus Dorff und Jürgen Tauras. Sie erklären:

" 'in dieser situation kann es nur darum gehen, die für die vernichtungshaft verantwortlichen und institutionen, mit allen mitteln, die wir haben und auf allen ebenen, anzugreifen.'
(Karl-Heinz)

das alte lied der liberalität wird besonders deutlich in der eskalation der vernichtungshaft und deren vollstreckung in den trakten. die richtlinienfunktion die der brd für die counterinsurgency zukommt, braucht gerade jetzt während des 'europawahlkampfes' diskretion, um das projekt gegen die politischen gefangenen in ganz westeuropa durchzusetzen und um es exportfähig zu halten, wofür es inzwischen genügend beispiele gibt; bis hin zu dem oberst goosen der südafrikanischen sicherheitspolizei, der sich bei der ermordung steve bikos auch auf das 'modell deutschland' berufen hat.

günter sonnenberg wird seit zwei jahren, trotz seiner haftunfähigkeit, aufgrund schwerer gehirnverletzungen durch einen gezielten kopfschuß der bullen bei seiner verhaftung, gefangengehalten. in einem schnellverfahren, nach dem muster von militärgerichtsverfahren, wurde er trotz verhandlungsunfähigkeit abgeurteilt.

seit seiner gefangennahme wird er in isolationshaft gehalten, mit dem ziel ihm zu kretinisieren; die zeitweise, kaum als lokkerung zu bezeichnende möglichkeit, mit siegfried haag und roland mayer 'hofgang' zu machen, dieser einzige menschliche kontakt, wurde ihm jetzt auch noch durch die verschleppung nach bruchsal genommen, wo er total isoliert ins 'krankenrevier' gesperrt wurde. das projekt ihn endgültig zu brechen ist jetzt mit seiner abermaligen verschleppung in die mörderische knastpsychiatrie hohenasperg eingeleitet worden. unmittelbar nach der ersten verschleppung günters ist er, siegfried und roland in den hungerstreik gegangen: wir schließen uns ihnen an und halten uns die eskalationsmöglichkeit des durststreiks offen, falls günter nicht in den nächsten tagen aus hohenasperg verlegt wird.

karl-heinz dellwo wurde nach celle in den dort neugebauten vernichtungstrakt verschleppt, nachdem die durch die dpa-besetzung und den folgenden solidaritätsaktionen geschaffene öffentlichkeit ein wenig verebbt war; aufgrund derer man ihm noch die integration in den 'normalvollzug' zugesichert hatte.

dieser vernichtungstrakt entspricht denen, die jetzt in allen bundesländern gegen die gefangenen der guerilla errichtet wurden oder werden; nach den richtlinien des stuttgarter landtagsausschusses für die legitimierung der geiselhinrichtung in stammheim und zur planung einer auf zeit TODsicheren vernichtungsmaschinerie: hermetisch vom übrigen knast abgeriegelt, fernsehüberwacht, vollelektronisch bestückt, gelb gestrichene zellen, grelles neonlicht, nicht zu öffnende fenster aus panzerglas, luftzufuhr durch klimaanlage, sichtblenden (offen oder verdeckt, als meterhohe bretterzäune vor den fenstern), blechklo, blechwaschbecken, blechspiegel, 'sicherheitsmöbel', spezialfußböden, luftdichtabschließende zellentüren), betonschläuche für den 'hofgang', die den unterschied zwischen zelle und hof aufheben.

hier ist nicht mehr sicherheit das ziel, es geht um vernichtung. in dem trakt in celle sind außer karl-heinz noch harry stürmer und heinz herlitz; die drei können sich aber gegenseitig nicht wahrnehmen. sie sind selbst in dieser totalen tötungsmaschine voneinander isoliert. es ist, als ob niemand anwesend wäre. das leichentuch der trakte werden wir nur im kollektiven widerstand wegreißen können, der nicht erst ansteht, wenn die trakte allesamt voll sind und es die ersten toten gibt. der widerstand gegen die trakte braucht keinen anlaß.

seit dem herbst 77 nach der erfahrung der ungebrochenen kontinuität der bewaffneten antiimperialistischen politik der raf, hat die brd mit dem systematischen ausbau eines internierungssystems begonnen, um diejenigen genoss(in)en aus der legalen linken in den knästen verschwinden zu lassen, die ihren vernichtungsprojekten den entschlossensten widerstand entgegensetzte, die die diskussion über bewaffnete antiimperialistische politik nicht unter dem mantel staatlich verordneten schweigens ersticken lassen, die die entsolidarisierungsstrategien der counterinsurgency durchbrechen; um dem 'fisch' das 'wasser' zu nehmen, um den widerstand präventiv 'im keim zu ersticken'.

wenn hier die internierungen formalrechtlich gedeckt werden, der ausnahmezustand verrechtlicht wird, so drückt dies nicht eine situation aus, die 'noch nicht so weit' ist. sie ist weiter, die methoden der verdeckten kriegsführung und der institutionellen strategien des faschismus, wurden von den anderen imperialistischen staaten vom 'modell deutschland' übernommen.

UNSERE FORDERUNGEN:

SOFORTIGE VERLEGUNG GÜNTER SONNENBERGS AUS HOHEN ASPERG ENTSPRECHEND SEINER FORDERUNG!
SOFORTIGE VERLEGUNG VON KARL HEINZ, HARRY UND HEINZ AUS DEM CELLER VERNICHTUNGSTRAKT!
ABSCHAFFUNG DER VERNICHTUNGSTRAKTE!
ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS DER GUERILLA ZU INTERAKTIONSFÄHIGEN GRUPPEN!
ANWENDUNG DER MENSCHENRECHTE UND DER MINDESTGARANTIEN DER GENFER KONVENTION!
FREILASSUNG ALLER INTERNIERTEN SOWIE GÜNTER SONNENBERGS AUFGRUND SEINER KOPFVERLETZUNGEN!
DIE POLITIK BEWAFFNEN!
DIE ILLEGALITÄT ORGANISIEREN!
DEN ANTIIMPERIALISTISCHEN WIDERSTAND OFFENSIV FÜHREN!

die gefangenen dpa-bestzer:
peter alexa rosi priess
wolfgang beer simone borgstede
mathias böge ingrid jacobsmeier
h. ch. wächter helga roos

die gefangenen aus der raf:
klaus dorff
jürgen tauras
preungesheim, 26.2.79 "

Heinz Herlitz hat sich, wie uns brieflich mitgeteilt wurde, im Sondertrakt des Knasts von Celle am 5. Februar dem Hungerstreik von Karl-Heinz Dellwo angeschlossen.

GORLEBEN: STÖRFÄLLE SIND VON VORNHEREIN AUSGESCHLOSSEN

GORLEBEN/HANNOVER/HAMBURG/HEIDELBERG/ SCHWEIZ, den 1. März 1979

In der „Frankfurter Rundschau" vom 27.2.79 hatte Eckardt Spoo einen Artikel geschrieben darüber, wie die niedersächsische Landesregierung sich bemüht, kritische Gutachterstimmen aus dem Genehmigungsverfahren der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben auszuschalten. Daraufhin haben wir uns bemüht, Näheres zu den Vorgängen zu erfahren. Ein Teil davon sieht so aus:

Vorgeschichte

Im Juni 1978 fand in Niedersachsen die Landtagswahl statt. Gorleben machte Angst. Die Grüne Liste und die Bürgerinitiativen erschreckten die etablierten Parteien und es hagelte „grüne" Versprechungen. Die Landesregierung versprach: Es werde vor dem Baubeginn in Gorleben ein unabhängiges Gutachten gemacht; es würden auch kritische, nicht von der Atomindustrie abhängige Wissenschaftler beteiligt; die Öffentlichkeit, Bürgerinitiativen und landwirtschaftliche Verbände könnten Wissenschaftler ihres Vertrauens nominieren.

Das sollte ein erstmaliges Modell werden. Bis dahin wurden nur Atomenergie-„freundliche" Wissenschaftler für offizielle Gutachten bezahlt; die anderen – die gibt es – bekamen lediglich Kleingeld von Bürgerinitiativen.

Schon vor der Wahl fing die Landesregierung an, Wissenschaftler zu bestellen (versprochen waren insgesamt 50, aber es ist bisher nie zu mehr als zwei Dutzend gekommen). Allerdings war schon mindestens ein Team ab Juni '78 komplett und arbeitsbereit. In Heidelberg fingen sechs Radioökologen mit der Arbeit an.

Dieses Team, wie auch andere Wissenschaftler, wurde von der Hamburger Firma 'Öko-System-Consulting GmbH (ÖSC)' für das Niedersächsische Sozialministerium (NMS)!, den Auftraggeber, angeheuert.
Das Heidelberger Team hatte zwar bis jetzt nur Vor-Verträge, rechnete aber aufgrund von Absprachen damit, daß die radioökologischen Studien bis Januar 1981 von der niedersächsischen Regierung – über die ÖSC – fortgesetzt würden.
Aber es kam anders.



Die Kritiker werden ausgebootet

Kaum hatten die Radioökologen ihren ersten großen Zwischenbericht Anfang Februar fertig...

(„Regionale, wirtschaftliche und ökologische Auswirkungen des geplanten nuklearen Entsorgungszentrums bei Gorleben NEZ", Untertitel: „Strahlenbelastung: MENSCH"),

da erhielten sie alle am 14. Februar '79 Briefe vom Hamburger Büro der ÖSC: Die Kündigung der Verträge zum 31. März 1979. Auf Nachfrage wurde ihnen von der ÖSC gesagt: „Wir sind gezwungen worden, sie zu kündigen". – Frage der Heidelberger: „Gezwungen? Von wem? " – Antwort: „Von unserem Auftraggeber – der niedersächsischen Regierung".
Die Radioökologen fragten in Hannover nach. Sie bekamen zu hören: Nein, wir schätzen Ihre Arbeit, aber Bonn, das Innenministerium, Abteilung Kernenergie, die Leute, die sind es, die Sie nicht mehr wollen. – Anruf in Bonn beim Innenministerium: „Aber nein, es gab ja bis jetzt keinen Vorschlag aus Hannover. Deswegen gibt es von uns auch keine Ablehnung."

Verwirrung. Dementis. Aber einige Tage später hat das niedersächsische Sozialministerium eine offizielle Version der Kündigung parat: *„Es stimmt nicht, wir haben niemanden entlassen. Wir haben auch keiner Firma Anweisung gegeben, Leute zu entlassen. Der eigentliche Grund ist, ÖSC hat den Auftrag* (Gutachten zu Gorleben zu machen, d.Red.) *nicht erhalten. Deswegen konnte ÖSC die Heidelberger Radioökologen nicht länger beschäftigen. Öko-System-Consulting war lediglich beauftragt, eine Vorprogrammdarstellung zu erarbeiten. Sie haben auf eigenes Risiko, ohne Zusage des Ministeriums, gearbeitet."*

Immerhin: Die Erarbeitung dieser „Vorprogrammdarstellung" nahm mehr als acht Monate in Anspruch, wurde vom NMS voll finanziert, der Vertrag war nicht zeitlich begrenzt – und die ÖSC mietete noch im Januar 1979 zusätzlichen Büroraum. ÖSC-Geschäftsführer Dr. von Bismarck besteht weiter auf seiner Version: *„Wir sind gezwungen worden, von unserem Auftraggeber, (des NMS) Sie (die Heidelberger Radioökologen) zu kündigen."*

Mögliche Gründe für die Kündigung

Niemand gibt also einen konkreten Grund für die Kündigung an, weder die ÖSC in Hamburg, noch das Niedersächsische Sozialministerium in Hannover, oder das Innenministerium in Bonn.

Aber könnte nicht diese Kündigung in Verbindung stehen mit dem oben erwähnten Zwischenbericht aus dem Februar 1979 über die „Strahlenbelastung: MENSCH" ?
Entgegen der Versprechung der niedersächsischen Regierung vor der Wahl ist dieser Zwischenbericht bisher nicht veröffentlicht worden. Seine wesentlichste Aussage wäre auch nicht ohne weiteres verständlich.

„Die Transferfaktoren, die von der Strahlenschutzkommission bisher benützt wurden, sind viel zu niedrig. Das heißt, daß auch bei Normalbetrieb sehr viel höhere Strahlenbelastungen bestehen."
Dazu erklärten die Heidelberger Radioökologen in einem Gespräch:

„Die Gase, die durch die zweihundert Meter hohen Schornsteine gehen, die radioaktiven Gase..." „Was für Schornsteine?" Welche Gase? Ich dachte, daß man in Gorleben radioaktiven Müll, abgenützte Brennelemente aus den Kernkraftwerken, in den Salzstock hineingefahren würde... Was brauchen die dazu Schornsteine?" – „Wenn das alles wäre, das wäre eine Alternative, und nicht einmal die gefährlichste. Aber das ist nur ein Teil von Gorleben. In der Praxis kommt noch viel dazu. Die alten Brennelemente werden hingefahren und zersägt, aufgelöst in Salpetersäure. Diese Säure wird dann weiter bearbeitet. Plutonium und Uran werden zurückgewonnen, für den Schnellen Brüter zum Beispiel. Oder zum Bombenbauen. – Aus dieser Säure, in der Weiterverarbeitung, da entstehen Gase, radioaktive Aerosole. Radioaktives Jod, Cäsium, Strontium, Ruthenium, Edelgase, meistens Krypton... Die gehen durch die Schornsteine. Anfangs planten sie vierhundert Meter hohe Schornsteine, aber Gorleben ist an der DDR-Grenze. Anscheinend haben die da drüben protestiert, das gefährdet den Luftverkehr.
In den Schornsteinen gibt es Filter, sehr gute Filter, über 99 % effektiv. Was geschieht, wenn ein Filter nachläßt, also nur zu etwa 98 % effektiv ist, haben wir nicht untersucht. Das durften wir nicht untersuchen. **Störfälle waren von vornherein ausgeklammert.**
Jedenfalls, auch im Normalbetrieb gehen Gase in die Luft (auch radioaktives Wasser fließt zurück in die Elbe). Wir untersuchen, das heißt, wir haben untersucht (weil anscheinend hören wir jetzt damit auf), die Belastung der Umwelt durch diese „normale" Radioaktivität. Wieviel an radioaktiven Nukleiden in die Nahrungsketten weitergehen. Und dazu muß man wissen, was die Transferfaktoren sind. Zum Beispiel radioaktives Cäsium oder Strontium, das vom Schornstein in die Luft, von der Luft durch Regen, Staub, auf den Boden kommt, wieviel davon von dem Boden in die verschiedenen Pflanzen, ins Gemüse, Klee, Luzerne, Gerste usw. „hineintransferiert" wird. Und dafür muß man die Transferfaktoren für die verschiedenen Elemente, für die verschiedenen Pflanzen, für verschiedene Bodenarten, kennen.

Um das zu errechnen, nehmen wir die Gas-Emissions-Werte, die uns die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen für den Normalbetrieb angibt (die DWK baut und betreibt „Gorleben") – Störfälle sind ja ausgeklammert. Wir nehmen die meteorologischen Daten. Damit rechnen wir aus, wieviel radioaktive Nukleide wo in welcher Konzentration auf den Boden fallen. Und dann untersuchen wir, wieviel Radioaktivität vom Boden durch den jeweiligen gegebenen Transferfaktor in die Pflanzen, in die Nahrungskette bis zum Menschen kommt.
Nur, wer setzt den jeweiligen Transferfaktor fest? Bis jetzt die SSK, die offizielle Strahlenschutzkommission. Und die SSK sagt, daß sie immer den höchsten, das heißt den gefährlichsten Wert benutzt hat, um ihre Rechnungen zu machen.
Wir haben in der Literatur nachgesehen und die SSK-Werte mit denen anderer Quellen verglichen. Und wir haben festgestellt – das haben wir auch in unserem Gutachten geschrieben –, daß die SSK-Transferfaktoren keineswegs gleich sind mit den höchsten, die Andere gefunden haben. Zum Beispiel für Gemüse, für Cäsium: Da gibt die SSK einen Transferfaktor von 0,002 an. Aber wir finden auch in der Literatur für Blattgemüse 0,019 – das wäre schon das Zehnfache der SSK-Angabe – und andere noch höhere Werte. Ähnliches gilt für andere Elemente."
Jedenfalls ist, nach diesem Zwischenbericht, die Strahlenbelastung wesentlich höher, als man bis jetzt im Normalbetrieb berechnet hat.

Und schon im Normalbetrieb ist absehbar, daß nach ein paar Jahren in Gorleben in der Wiederaufbereitungsanlage eine aufgestaute Radioaktivität vorhanden sein wird, die den gleichen Wert hätte, wie 30.000 Hiroshima-Atombomben. Über tausend Spaltprodukte entstehen im Normalbetrieb. *„Es genügt"*, so die Radioökologen, *„wenn ein Millionstel, sogar ein Milliardstel des Inventars der Anlage rauskommt, dann ist es schon eine sehr große radioaktive Verseuchung."*
Wäre es möglich, daß die kritischen Inhalte dieses Zwischenberichts der Grund für die Kündigungen waren?

Atomkritisch = inkompetent ?

Aber es gibt auch ein früheres Dokument, das Aufschluß gibt über die Vorbereitung zu den Kündigungen. Einen Vertrag zwischen dem Bundesinnenministerium (BMI) und dem NMS vom 23.11.78. Darin wird schon ein Rückzug von den Vorwahl-Versprechungen sichtbar.
„Der von Öko-System Consulting vorgelegte Entwurf (blaues Buch) wurde vom NMS und BMI nicht akzeptiert... Das Gutachten soll im Gegensatz zum „blauen Buch" nach folgendem Modell des NMS durchgeführt werden:
Das Gutachten selbst wird ausschließlich von kompetenten Wissenschaftlern verfaßt und vertreten."
(Auskunft des Sprechers des NMS am 1. März 1979 über den Grund der Kündigung von ÖSC: *„Das hat so... so... fachliche Gründe."*)

Anscheinend finden Bonn und Hannover, daß die bisher von ÖSC gestellten Wissenschaftler nicht ausschließlich kompetent waren.
Aus dem Vertrag:
„Im radioökologischen Bereich wird durch Hinzuziehung von Mitarbeitern aus Forschungsinstitutionen oder von anderen kompetenten Gutachtern die erforderliche Ausgewogenheit hergestellt. Eine Beauftragung dieser Stellen könnte auch direkt vom NMS durchgeführt werden..."

Es scheint, daß schon im November „inkompetente" Wissenschaftler nicht mehr tragbar waren.
Im Oktober 1978 haben die Heidelberger Radioökologen eine Studie für die Hessische Landesregierung zum dritten Reaktor-Block in Biblis abgeliefert. Bereits in dieser Studie zweifelten die Heidelberger die Werte für Transferfaktoren, wie sie von der offiziellen Strahlenschutzkommission genannt wurden, an. Und von Hessen nach Niedersachsen brauchen sogar Bürokraten nicht mehr als einen Monat.

Wer ist kompetent ?

Wer macht jetzt das radioökologische Gutachten? Ministerpräsident Albrecht versprach unabhängige Wissenschaftler. Nach der Kündigung der Heidelberger soll ein Herr Brüssermann den Auftrag für das radioökologische Gutachten bekommen. Bis gegen Ende vorigen Jahres soll Brüssermann in der Kernforschungsanlage in Jülich gearbeitet haben. In seinen Veröffentlichungen kommt er zu dem Schluß, daß die Strahlenbelastung durch Atomkraftwerke nur gleich 0,0001 rem ist. In letzter Zeit soll er beschäftigt gewesen sein in einer Engineering-Consulting-Firma (technische Beratungsfirma), die im Atomenergie-Bereich arbeitet. Die Firma heißt Bonnenberg & Drescher. Neuerdings hätte er, wohl speziell für Gorleben, eine GmbH gegründet, die Gesellschaft für Umwelt-Überwachung.
Herr Brüssermann bürgt offenbar für Unabhängigkeit.

Das Ei des Columbus

Ähnlich unabhängig ist diejenige Firma, „die aller Voraussicht nach" (so NMS) anstelle von ÖSC die Gesamtgutachten für Gorleben organisieren wird. Bei der Firma handelt es sich um die „Motor-Columbus, Ingenieurunternehmung AG" (MCING) in Baden, Schweiz.
Aus einer Selbstdarstellung vom Dezember '77:
„Auch im Geschäftsjahr 1977 wurde die inländische Nachfrage nach Dienstleistungen der Motor-Columbus Ingenieurunternehmung AG (MCING) stark beeinflußt durch das bescheidene Wirtschaftswachstum, die Finanzknappheit der Öffentlichen Hand **und die politischen Widerstände beim weiteren Ausbau großer Infrastrukturprojekte."**
MCING klagt über die *„verzögerte Abwicklung des nuklearen Bewilligungsverfahrens im (schweizer) Kernkraftwerk Gösgen-Däniken"*. In Kaiseraugst *„erforderten die Vorarbeiten für die*

Abwicklung des Bewilligungsverfahrens für das Kernkraftwerk ... einen weiterhin unverminderten Projektierungseinsatz". Dagegen: *„Im Rahmen des iranischen Kernenergieprogramms ..."* konnte Motor-Columbus *„gegen harte Konkurrenz zwei Aufträge für Standortplanung und Standortuntersuchungen betreffend neuer Kernkraftwerk-Projekte"* gewinnen. In der BRD wurden Motor-Columbus *„Projektierungs- und Beratungsaufgaben... für die Ertüchtigungsanlagen der Kernkraftwerke Würgassen und Philipsburg zugewiesen".*

Motor-Columbus ist mit 44,6 % bei ATEL beteiligt. ATEL ist mit 10 % in Kaiseraugst, 10 % in Leibstadt und mit 27,5 % in Gösgen an Atomkraftwerken beteiligt. Kaiseraugst und Leibstadt liegen der Motor-Columbus sogar noch näher. Sie ist bei beiden mit jeweils 5 % direkt beteiligt.
Motor-Columbus verfügt auch über entsprechende Deutschland-Kontakte: Die im deutschen Atomkraftswerksbau nicht ganz unerfahrene BBC ist beteiligt an Motor-Columbus.

Soweit ihre Unabhängigkeit. Wegen ihrer Kompetenz jedenfalls war es ihr möglich, auch im schlechten Geschäftsjahr 1977 8 % Dividende in Schweizer Franken auszuschütten.

Frankfurter Schüler stellen aus:

ALTERNATIVE ENERGIEN — SELBSTGEMACHT

FRANKFURT
Feb. 79

"Wir, Schüler und Lehrer einer Fachoberschule in Frankfurt, haben eine Ausstellung über die Nutzung der unerschöpflichen und umweltfreundlichen Energiequellen Sonne, Wind, und Biogas usw. vorbereitet. Diese Ausstellung wollen wir in der Zeit vom 12.-18. März 1979 im neueröffneten Jugendzentrum in Frankfurt Höchst (am Gleisdreieck/Palleskestr.) zeigen. Wir werden dort unsere selbstgebauten Demonstrationsanlagen zeigen und auf Stellwänden und in einer Broschüre die technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte der Nutzung dauerhafter Energiequellen darstellen.
Im einzelnen haben wir u.a. folgende Anlagen gebaut:
- einen Savoniusroto, der eine Wasserpumpe antreibt
- eine Windmühle, die eine Lichtmaschine zur Stromerzeugung antreibt
- zwei verschiedene Typen von Sonnenkollektoren
- eine Biogasanlage, die aus organischen Abfällen Methan erzeugt
- eine Wärmepumpe — aus Kühlschrankteilen hergestellt
- das kleinste Solarkraftwerk der Welt, das direkt aus der Sonnenenergie elektrischen Strom erzeugt.

Die Ausstellung ist von Mo-Fr von 9.30 Uhr bis 18 Uhr geöffnet, Sa 14-18 Uhr, So 11 - 18 Uhr.
Schulklassen, (Jugend-)Gruppen oder Bürgerinitiativen, die eine Führung möchten oder mehr von uns und unserer Arbeit wissen wollen, sollten sich rechtzeitig mit uns in Verbindung setzen.

Kontakt: Christian 06151/76349, Robert 06035/6135

Die Schüler haben zur Ausstellung eine ca. 100-seitige Broschüre verfaßt und gedruckt mit Artikeln zu den verschiedenen Energiealternativen, vielen Bildern der gebauten Anlagen und vom Arbeitsprozeß, mit Meßergebnissen, Bauanleitungen, Berechnung einer solaren Warmwasseranlage für ein Wohnhaus usw.
Eine zweite von den beiden beteiligten Lehrern geschriebene Broschüre enthält "Eine Führung durch die Ausstellung" (für diejenigen, die keine Gelegenheit haben, sie anzuschauen),einen Erfahrungsbericht über das gemeinsame Arbeiten, Lernen und Leben und Tips für diejenigen, die ein ähnliches Projekt in der Schule oder anderswo vorhaben.
(Da wir alles selbst finanzieren mußten, können wir nur gegen Vorauszahlung etwas schicken! Briefmarken, Verrechnungsscheck beilegen oder auf Konto überweisen Nr. 117015115, Kreissparkasse Friedberg (BLZ 518 500 79)."

KEINE STARTBAHN WEST

FRANKFURT
25.Februar

Am 25.3.1979 (Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben) findet eine Kundgebung gegen die geplante Startbahn West statt. Der Widerstand gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens hat in den anliegenden Gemeinden des Flughafens eine breite Basis, was bei verschiedenen Veranstaltungen und Aktionen deutlich wurde. Der ursprüngliche Aktionskreis von verschiedenen Bürgerinitiativen, Gewerkschafts- und anderen Gruppen hat am 20.2. eine eigenständige Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung gegründet. Der Widerstand muß jedoch noch verbreitert , z.B. auch in die größeren Städte (Frankfurt, Offenbach usw.) getragen und von dort unterstützt werden. Der Bevölkerung soll durch gewaltfreie und nicht auf Konfrontation mit der Polizei ausgerichtete Aktionen die Angst vor praktischem Widerstand genommen werden. Die Bürgerinitiative wird jedoch meiner Ansicht nachletztlich nicht an einer Bauplatzbesetzung oder ähnlichen Aktionen vorbeikommen. Es zeichnet sich immer stärker ab, daß FAG (Flughafenaktiengesellschaft), Landesregierung, Gerichte, ÖTV-Bonzen, CDU Ffm usw. den Ausbau des Flughafens mit allen Mitteln durchsetzen wollen (Landesregierung und ÖTV sind an der FAG beteiligt). Während vor den Landtagswahlen wie bei Biblis ein Ausbau verneint wurde, hat die Landesregierung nun in einer Nacht- und Nebelaktion bereits 303 ha Land an die FAG verkauft. FAG und Politikern geht es natürlich wieder einmal nur um die Arbeitsplätze, die angeblich geschaffen werden. Doch selbst offizielle Absicht ist es, die Interessen der deutschen Exportwirtschaft zu sichern, wegen der Arbeitsplätze versteht sich. Doch die Erweiterung bedeutet verstärkte Rationalisierung, Umstellung auf Containerabfertigung, verstärkt Nacht- und Akkordarbeit. Außerdem Verlust von Arbeitsplätzen bei Bahn, Straßenfracht, Schiffsverkehr.

Übrigens: Vier Prozent aller Flüge sind Urlaubsflüge

Wir haben nichts vom Flughafen. Mehr Flüge bedeuten noch mehr Luftverschmutzung, Erkrankungen der Luft- und Atemwege (Bronchitis, Lungenentzündung), Schwächung der Abwehrkräfte gegen Erkrankungen. Mehr Flüge bedeuten noch mehr Lärm, damit weniger Schlaf, erhöhte Nervösität, mehr Magengeschwüre, Herz- und Kreislaufleiden. 700 ha Wald (7 qkm) sollen für die Startbahn West abgeholzt werden. (Gorleben 1000 ha.) Das Naturschutzgebiet Mönchbruch wäre damit im Arsch. Dabei gibt es schon Vermutungen über eine 4.Startbahn. Außerdem sind Abholzungen geplant wegen der Verlegung der Hochspannungsleitungen und einer Straße. Die Folge: weitere Absenkung des Grundwasserspiegels, Zerstörung des ökologischen wichtigen Kleinklimas im Wald.

Termine: Jeweils am 7., 8., 15., und 29. März um 20 Uhr in der Stadthalle in Walldorf

Kontaktadresse für Frankfurt: Ernst Kaiser, Brahmsstr. 4, Tel. 55 36 76
Anlaufstelle der Bürgerinitiative: H.J. Kleinlein, Waldenser Straße 97, 6082 Walldorf, Tel. 06105/6953

INFORMATIONSSYSTEM UND ATOMPLAN FÜR GORLEBEN

GÖTTINGEN
13.2.79

Auf dem bundesweiten Arbeitstreffen der Anti-AKW-Bewegung am 10./11. Februar in Braunschweig wurde beschlossen, ein Informationsnetz aufzubauen, das gewährleisten soll, wichtige Informationen und Nachrichten schnell über das gesamte Bun-

desgebiet zu verbreiten. Da aus organisatorischen, finanziellen und arbeitsmäßigen Gründen eine zentrale Info-Stelle nicht eingerichtet werden kann, wurde auf schon bestehende Informationszentren und Verteiler zurückgegriffen und ein sogenanntes Multiplikatorsystem aufgebaut. Dieses System hat folgende Struktur:

Es gibt 18 Hauptverteiler, die jeweils eine bestimmte Region bzw. einen Personenkreis in der BRD mit Informationen versorgt.
Aufgabe jeder einzelnen BI, einer Zeitung oder eines Initiatorenkreises ist es nun, eine wichtige Information, Einladung zu Treffen, Beschlüsse etc., die für alle Bürgerinitiativen der BRD von Bedeutung sind, an die 18 Hauptverteiler zu schicken.
Diese wiederum sollten die Informationen (Schwerpunkt: Infos über und Aktionen zu Gorleben) vervielfältigen und den BIs ihrer Region zukommen lassen. Dabei möge sich jede Bürgerinitiative etc. sorgfältig überlegen, welche Information von bundesweiter Bedeutung ist, um das Verteilersystem nicht unnötig zu belasten.

FINANZIERUNG:

Da den Hauptverteilern durch die Informationsverbreitung Kosten entstehen, die sie nicht allein tragen können, schlagen wir vor, daß jede Bürgerinitiative einer Region ihrem Hauptverteiler einen bestimmten Geldbetrag entrichtet. Über Höhe und Abwicklung der Finanzierung sollte sich jeder Hauptverteiler mit den Bürgerinitiativen seiner Region verständigen.
Um die Adressenliste des Hauptverteilers auf einem aktuellen Stand zu halten, sollte jede Bürgerinitiative ihrem Hauptverteiler Adressenänderungen umgehendst bekanntgeben.

Die Erfahrungen mit diesem Info-System sollen auf der nächsten Bundeskonferenz (voraussichtlich am 5. Mai in Göttingen) ausgewertet werden.

ALARMPLAN:

Über eine schriftliche Informationsverbreitung hinaus sollte es — z.B. im Falle des Bohrbeginns in Gorleben — gewährleistet sein, daß diese Nachricht alle Bürgerinitiativen der BRD über ein Telefonkettensystem auf schnellstem Wege erreicht. Deshalb ist es nötig, daß jedem Hauptverteiler drei Telefonnummern jeder Bürgerinitiative seiner Region bekannt sind (und er selbst durch mindestens drei Telefonnummern zu erreichen ist)!

Allein die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg ist befugt, dieses Alarmsystem bei Bohrbeginn auszulösen.

Es wäre schön, wenn durch das neue Informationssystem endlich auch kleinere Bürgerinitiativen mit wichtigen aktuellen Nachrichten versorgt würden. Hoffentlich klappt's, die Theorie praktisch werden zu lassen.

Für Nachfragen: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Marienstr. 10 (Postfach 45), 34 Göttingen, Tel.: 0551 / 77 00 158.

HAUPTVERTEILER

1. BI Umweltschutz Kielerförde, Weizstr. 41 a, 23 Kiel 1 Tel.: 0431 / 56 85 50
   Region: Schleswig-Holstein Ost
2. BI Quickborn, Pinnbergerstr. 8, 2085 Quickborn Tel.:
   Region: Schleswig-Holstein West
3. Hamburg, BUU (autonom), Lutterothstr. 33, 2 Hamburg 19 Tel.: 040 / 40 27 82
   Region: Norddeutschland/Wilster Marsch
4. Hamburg, BUU, Fruchtallee 9, 2 Hamburg 19 Tel.: 040 / 439 86 71 (16 bis 20 Uhr)
   Region: Hamburg und Umgebung
5. BAK, Bürgerei 18, 2819 Thedinghausen Tel.: 0421/218 32 93
   Region: Heide etc. (bezüglich Ostfriesland bitte mit Emden in Verbindung setzen: Projekt Umweltschutz an der Fachhochschule Ostfriesland, c/o Manfred Galewski, Klein-von-Diepholdstr. 17-26, 2970 Emden, Tel.: 04921/46 736)
6. Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Marienstr. 10 (Postfach 45), 34 Göttingen Tel.: 0551 / 77 00 158
   Region: Harz, Weserbergland, Südniedersachsen
7. Umweltschutzzentrum Hannover, Königstr. 53, 3 Hannover 1 Tel.: 0511 / 180 23
   Region: Hannover und Umgebung
8. AKU Münster, Grünes Blatt, c/o Ulrike Backhaus, Diepenbrockstr.24, 44 Münster Tel.: 0251 / 66 33 99
   Region: Münsterland
9. Landeskonferenz - Info Nordrhein-Westfalen, Bernd H. Meyer, Dorstenerstr. 115, 463 Bochum Tel.: 0234 / 51 33 82
   Region: Nordrhein-Westfalen
10. BBA - Walle/Gröpelingen, Michael Pelzter, Brakerstr. 37, 28 Bremen, Tel.: 0421 / 39 28 42
    Region: Bremen
11. BI Offenbach, c/o E. Hoffmann, Buchrainweg 61 (XII), 6050 Offenbach Tel.: 0611 / 83 11 92, 832258, + 85 41 83
    Region: Hessen / Nord-Baden / Rheingau
12. Nürnberger Initiative gegen Atomkraftwerke, Klaus Meyer, Kesslerplatz 15, 85 Nürnberg Tel.: 0911 / 55 83 61
    Region: Bayern
13. BI Kurier, c/o BFU Tübingen, Postfach 1141, 74 Tübingen
    Region: Baden Württemberg
14. BBU - Geschäftsstelle, Hellbergstr. 6, 75 Karlsruhe 21 Tel.: 0721 / 57 42 48
15. „Machwerk", Anti-AKW-Gruppe Kreuzberg, Reichenbergstr. 133, 1 Berlin 36 Tel.: 030 / 61 21 049
16. Initiative Österreichischer AKW-Gegner, Postfach 138, 1071 Wien Tel.: 043222 / 437 32 32 + 384 22 23
17. WISE (World service on energie), c/o Norbert Bambach, Thomahofstr. 19, 51 Aachen
18. Forum Humanum (Klägerverband), Wendtstr. 22, 28 Bremen 1 Tel.: 0421 / 76 976

WIDERSTANDSRECHT GEGEN ATOMENERGIE ? NICHT FÜR RICHTER !

BIELEFELD
Februar '79

Der Richter am Amtsgericht Bielefeld, Helmut Ostermeyer, darf sich erneut bei der nordrhein-westfälischen Justiz bedanken. Gegen ihn wurde — nach vorhergehenden anderen juristischen Verfolgungen — ein Disziplinarverfahren eingeleitet, weil er hinreichend verdächtig ist, „die ihm obliegenden Pflichten" als Richter „schuldhaft" verletzt zu haben. Warum ?
In einem Aufsatz für eine Bielefelder Studentenzeitung hatte er die Parole der außerparlamentarischen Anti-AKW-Bewegung „Wehrt Euch, leistet Widerstand!" nicht nur als Überschrift gewählt, sondern darüberhinaus auch noch mit politisch-juristischen Argumentationen verteidigt.

Das ging denn doch zu weit, meinen die besorgten Staatsschützer. Sie wittern Gewalt. Natürlich nicht ihre eigene. Gegen die gibt es keinen Einspruch. Unzulässig. Abgelehnt. Wer aber dennoch aufzumucken wagt, der hat halt seine Pflichten verletzt. Wer das nicht versteht, soll doch gefälligst in ein anderes Land. Oder sich *hier* wehren !

Kontakt: Helmut Ostermeyer, Am Gottesberg 27, 48 Bielefeld 1.

GROHNDE-ANGEKLAGTER MUSS INS GEFÄNGNIS VECHTA



Staatsanwalt Borchers, zuständig und verantwortlich in allen Grohnde Prozessen.

Bremen, den 27. Februar '79

Christian Gehrke ist einer von elf Angeklagten, die vom Landgericht Hannover wegen Teilnahme an der Demonstration am 19.3.77 in Grohnde verurteilt wurden. Fünf Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen zwischen neun und dreizehn Monaten ohne Bewährung verurteilt.
Christian soll nun als erster ab Freitag, den 2. März seine zwölfmonatige Strafe im Gefängnis Vechta antreten.

"Wir wissen, daß wir alle an Christians Stelle sein könnten. Diese Strafen sollen den Widerstand gegen Atomenergieanlagen kriminalisieren und zerschlagen. Dadurch sollen die größenwahnsinnigen und tödlichen Pläne der Atomindustrie durchgesetzt werden.

Der Strafantritt fällt zusammen mit:

- dem anstehenden Bohr- und Baubeginn in Gorleben
- der Freilegung von etwa 100 Gefängniszellen in Uelzen und Celle für Atomkraftgegner
- der Aufhebung des Baustopps in Grohnde
- den ständigen Treffen zwischen Spitzenpolitikern und Industriellen in Bonn zur „nationalen" Frage der Beseitigung des radioaktiven Mülls und der finanziellen Schwierigkeiten der Atomindustrie!

Wir fordern die demokratische Öffentlichkeit sowie die zuständigen Minister auf, dafür zu sorgen, daß die Urteile gegen die Grohnde-Angeklagten nicht vollstreckt und schließlich aufgehoben werden!!!"

Kontakt: Ermittlungsausschuß der Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA), Fedelhören 14, 28 Bremen, Tel.: 0421 / 32 75 30.

MUSIKTHEATERGRUPPE "WILLI"

DORTMUND Feb. 79

"Wir sind eine Gruppe von 8 Leuten, die sich in der Anti-AKW-Bewegung kennengelernt haben. Statt die Leute mit langweiliger Agitation zu beglücken, wollten wir ihnen eine spannende Geschichte vorspielen. Diese Geschichte spielt sich allerdings auch so ähnlich in der Wirklichkeit ab! Unsere Titelfigur — WILLI — kann man nämlich in jeder Großstadt millionenfach wiederfinden. Willi ist sehr gestreßt: durch Maloche, Großstadthektik und verseuchte Luft. Alles wäre ganz schlimm, wenn ernicht am Wochnende immer in die Dortmunder Rieselfelder gehen könnte, denn:

'Wandern kann man da noch sonntags,
denn dort ist die Luft noch rein.
Gemüse gibts dort noch für Dortmund,
doch das wird bald anders sein ...'
(aus unserem ersten Lied 'Uran Plutonium')

Düstere Wolken ziehen sich nämlich schon zusammen: Herr 'Pro', unermüdlicher Kämpfer für den Fortschritt durch Atomstrom, ist bereits unterwegs, um die Rieselfelder zu vermessen: für das größte Atomenergiezentrum, das es je gab! 'Wir schaffen eine wahre Goldgrube für Dortmund', eröffnet er dem verdutzten Willi. Natürlich ist Mr. Pro sich vollkomen einig mit dem Oberbürgermeister. Der ist auch der Meinung, daß es für das Wohl der Stadt am besten ist, die Rieselfelder an Pros Konzern zu verkaufen. Die 500 Pächter und Landarbeiter, die in den Rieselfeldern Gemüse anbauen, können sich ja einen Job in der Industrie suchen oder in Rente gehen. Es ist also alles in Butter. Da wären nur noch die Bergleute, deren Zechen so nach und nach überflüssig werden, wenn der Atomstrom aus Pros Energiezentrum erstmal fließt. Aber Herr Kniggefilz, 'Kumpel, Betriebsratsvorsitzender, Aufsichtsratsmitglied' und ‚mit der Materie in engstem Kontakt', wie er so schön sagt, hat die beruhigende Formel gefunden: KERNKRAFT UND KOHLE HEISST DIE PAROLE!
Soweit wäre für die Herren aus Politik und Wirtschaft alles klar. Wenn sie mal nur ihre Rechnung nicht ohne den Wirt gemacht haben. Denn die vielen kleinen Willis, die Bauern und Bergleute sind vielleicht doch nicht so glatte Posten in ihrer Rechnung? Man wird ja sehen ...
Den Hintergrund für dieses Stück bildet das Vorhaben der VEW, in den Dortmunder Rieselfeldern — nördlich Dortmunds, bei Waltrop und Datteln gelegen, — ein Riesen-Energiezentrum zu bauen. Die ersten Schritte dazu sind bereits getan: das Genehmigungsverfahren zum Bau der ersten 2 Kohlekraftwerke läuft bereits. Im Dezember, quasi als Weihnachtsgeschenk, hat die Stadt Dortmund die Rieselfelder an die VES verschachert. Deshalb wurden die bisher als großes Gemüseanbaugebiet genutzten Rieselfelder kurzerhand in industrielle Nutzungsfläche umbenannt. Viele Bauern sahen sich schon gezwungen, neues Land zu suchen. Die meisten aber wehren sich dagegen, zusammen mit vielen Ruhrpottlern, daß dann auch noch die letzte Luftaustauschzone für die ohnehin schon vergiftete Luft dichtgemacht wird — der letzte Smog-Alarm liegt erst kurze Zeit zurück!
Die VEW behaupten zwar noch immer, daß die AKWs entweder gar nicht oder erst im nächsten Jahrhundert gebaut werden. Aber dennoch sind von den ursprünglich 13 in NRW vorgesehenen Atom-Standorten nur noch 4 übriggeblieben. Von diesen vieren einer sind die Rieselfelder! Die dort geplanten drei (!) THRs (Thorium-Hochtemperatur-Reaktoren) — der erste soll sogar schon 1984 stehen! — sind für die VEW besonders interessant. Die hohen Temperaturen aus'm THTR wollen sie nämlich zur Kohlevergasung einsetzen. Allerdings soll nicht die heimische Kohle 'vergast' werden, denn die ist zu 'hochwertig', sprich: zu teuer, auch wenn sie gleich nebenan abgebaut wird. Nein, man bevorzugt da lieber die schwefelreichere und billigere Auslandskohle!

Kein Wunder also, daß trotz der großen Sprüche der IG Bergbau und Energie — von wegen Erhaltung der Arbeitsplätze im Bergbau durch das Atomenergiezentrum — die Zeche „Wiltrop" noch dieses Frühjahr schließen wird! Ein zweite Zeche („Radbod" liegt gleichfalls direkt bei den Rieselfeldern) soll auch demnächst dichtgemacht werden...
Wir haben das Stück „Musiktheater" genannt, weil auch viele Lieder drin vorkommen, die das Geschehen kommentieren. Es dauert anderthalb Stunden und eignet sich hervorragend zur anschließenden Diskussion, z.B. über Atomfilz, Rolle der Gewerkschaften und der Kommunen beim Atomprogramm, unsere Widerstandsmöglichkeiten usw. Außerdem kann man nach dem Stück z.B. ein Fest feiern: So was bringt ja vielleicht manche müde gewordene Initiative gegen Atomanlagen, Zerstörung von Landschaften und sonstigen Lebensbedingungen wieder etwas auf die Beine!
Also schreibt uns oder ruft an, wenn ihr Interessen habt, daß wir bei euch auftreten!

Kontakt: Eva Weber, Max-Brod-Str. 15, 4600 Dortmund 14, Tel.: 0231/ 239607; Ellen Sievers, Tel.: 0231/ 573843.

GROHNDE IST AUCH ÜBERALL UND KARNEVAL SOWIESO

HAMELN 28.2.79 Als am letzten Samstagmorgen die Meldung durchs Radio kam, daß der Baustopp in Grohnde aufgehoben sei, war glücklicherweise für den selben Nachmittag ein Karnevalszug der Umweltschützer aus dem Weserbergland geplant gewesen. Den ungefähr fünfzehn Karnevalswagen schlossen sich spontan noch etwa 30 weitere Autos an, so daß daraus eine kleine spontane Demonstration durch das Weserbergland wurde. Viele Zuschauer am Straßenrand hatten offensichtlich „richtigen" Karneval erwartet und fühlten sich verarscht: „Ich denke, hier ist Karneval mit Musik und allem Drum und Dran, und jetzt gucke ich mir hier 'ne Atom-Demonstration an."













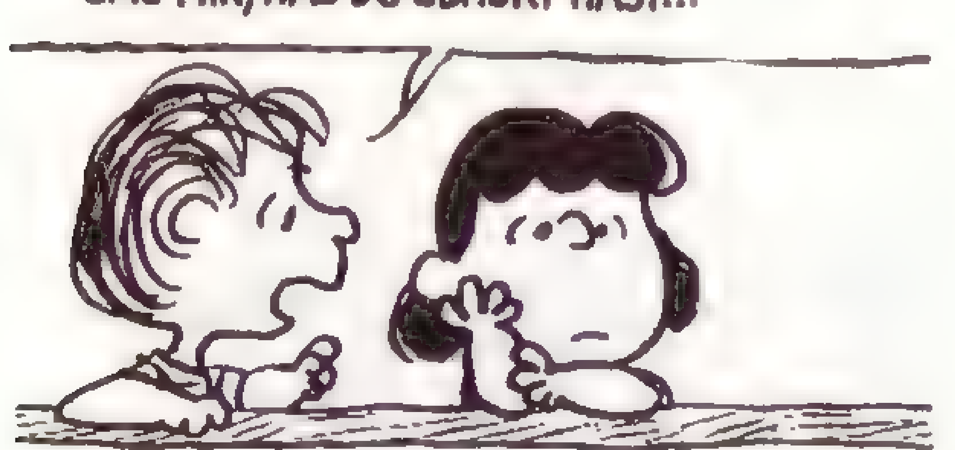
Kontaktadressen von den Bürgerinitiativen, die gegen das AKW Grohnde arbeiten, sind: Bürgerinitiative Hameln, c/o Buchladen Hameln, Neue Marktstr. 17, 325 Hameln, Tel.: 05151 / 26 161, und Gewaltfreie Aktion Umweltschutz Grohnde, c/o Gerstenberger Kuckucksweg 4, 3254 Emmerthal 1.



INTERVIEW ZUM POLITISCHEN BANKROTT

Frankfurt
Februar 79

Das folgende Gespräch fand zwischen Isaac (ID) und Reinhard (seit Januar ASTA-Vorsitzender Uni Frankfurt) statt.

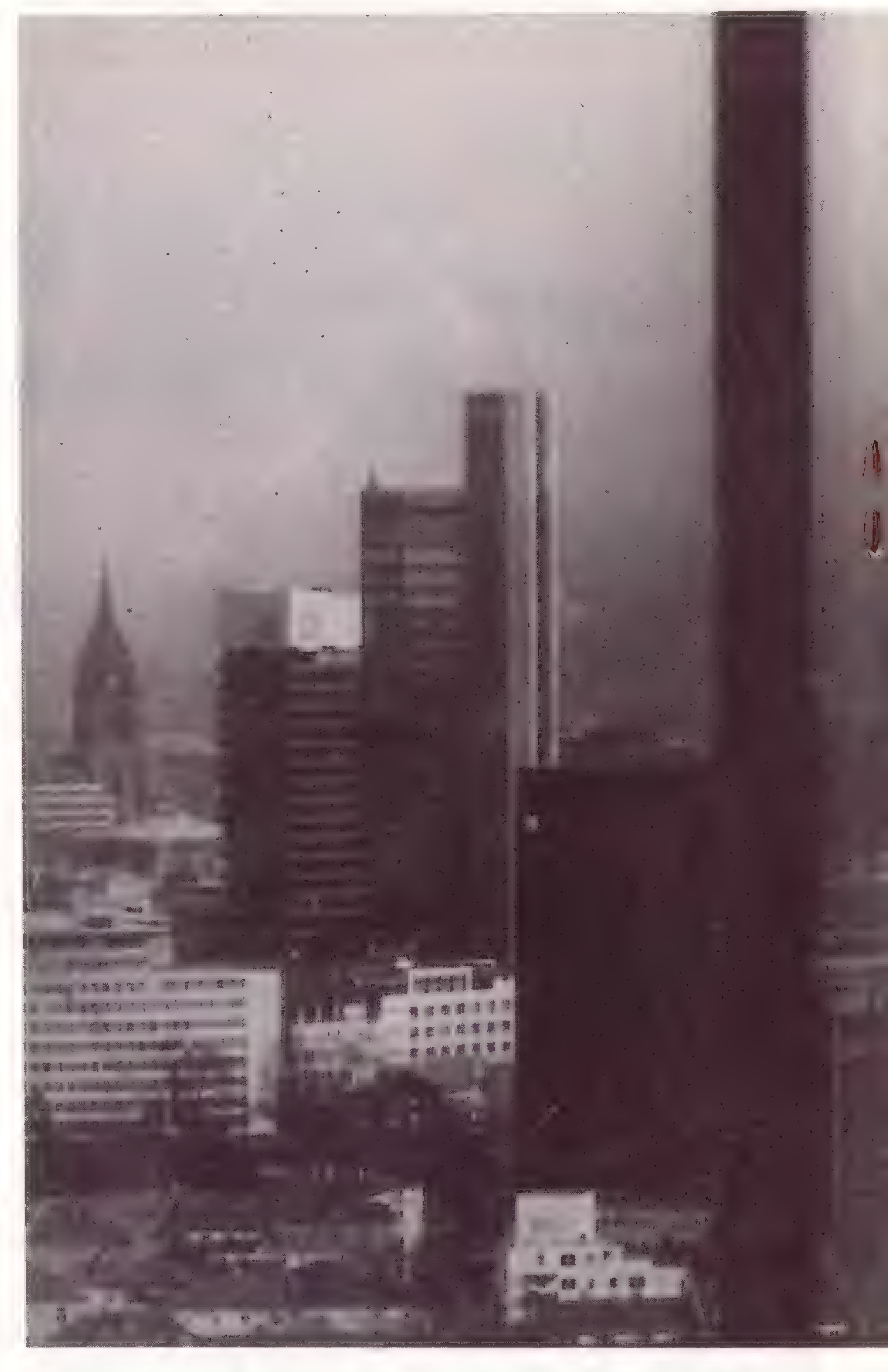


I: Deine Analysen Deiner Gefühle und dessen, was du im Nahchinein erlebst, tuagen die was?
R: Was heißt taugen, das schon, aber helfen. . . Ich trau meinen Gefühlen nicht mehr.
I: Du hast zu vielen Frauen so etwas wie eine Gefühlsbeziehung?
R: Ja schon, ich hab noch nie so was wie eine feste Beziehung gehabt, zumindest nicht länger.
I: Nicht mal so ne typische Jugendliebe?
R: Niemals. Einerseits war ich sowieso ein Spätentwickler in der Hinsicht, und dann, als es losging, da gab es nur das Chaos, is wirklich wahr, ich hab noch nie wo was wie ne "normale" Zweierbeziehung gehabt. Mein Chaos, meine Geschichte wiederholt sich ständig, Parallelen, selbst wie mein Körper darauf reagiert.
I: Steht dir dein Körper eigentlich gegenüber oder seid ihr ne Einheit, ihr zwei?
R: Mehr gegenüber. In so Situationen, da trenn' ich mich richtig davon. Das ist auch komisch. Ich laß mich gar nicht auf den anderen ein; ich weiß es genau, ich könnte mich sofort verlieben, ich wüßte sogar schon in wen, aber ich laß es einfach nicht zu. Wie soll ich das sagen, ich stehe neben meinem Körper, aber auch sonst noch.
I: Das heißt, du bist dreigespalten?
R: Genau.
I: Vor drei Wochen hast du mir das noch nicht so erzählt.
R: Genau ist es auch drei Wochen her, daß cih B. (eine Freundin) gesehen habe. Ist auch meine Schuld, sie hat dreimal angerufen, ich hab da nicht drauf reagiert, ist ja das Verrückte. Ich mach mich zu. Ich kenne dieses Phänomen. Im Sommer habe ich das über ein Vierteljahr lang gehabt, daß ich mit nieman Kontakt hatte. Das war ganz schlimm, das schmerzt unglaublich. Aber ich hab das selbst halb gewollt, halb drunter gelitten.
I: Mir hat mal jemand gesagt, ich sei zu einer partnerschaftlichen Beziehung völlig unfähig.
R: Ich denke das auch oft, ich habe aber auch nicht das Gefühl, von einem Gegenüber verstanden zu werden, ich suche auch gar nicht mehr danach. Selbst mit B. ging es mir so, daß ich manchmal kein Gefühl zu ihr hatte, wahrscheinlich aus verdrängter Verlustangst. Ich hatte dann soweit meine Gefühle zu ihr abgetrieben, daß ich in bestimmten Situationen keine Lust mehr spürte, sie zu sehen. Und doch tat ich es. Komisch mit dem "partnerschaftlich". Ich hab nie die Vorstellung, daß ich mit einer Frau auch mal länger, vielleicht ein Jahr oder so, zusammen sein könnte. Ich bin jemand, der haut ab.
I: Und nun bist du in den AStA geflohen?
R: Nicht ganz so einfach. Zum Teil flüchte ich in mich, dann heul ich mal irgendwo, wenns keiner sieht, oder ich hau ab; ich hab selten versucht, offensiv zu werden.
I: Hast du mal so nen klassischen Autoritätskonflikt durchgestanden?
R: Is lange her, mit 16/17.
I: Warum bist du damals nicht abgehauen?
R: Dummheit.
I: Nee, ich mein vor dem Konflikt.
R: Ja, das ging mit Vietnam los, das ging nicht. Ich habe jahrelang meinem Vater nachgeplappert, in der Schule. Mein Alter ist in der KWU und wählt CDU,
Also, man kann nicht sagen, daß ich in einem so autoritären Elternhaus groß geworden bin. Ich habe selten mal Prügel

oder Ohrfeigen gekriegt. Das Schlimme war eigentlich der STreit zwischen meinen Eltern. Ich hatte immer mit meiner Mutter Mitlied. Ich glaube, ich will das nachholen, in dem ich zu den Frauen, die ich gern hab, unheimlich lieb bin. Und Frauen, die ich nicht so lieb habe, da verhalte ich mich eher gleichgültig. Ich mache das teilweise bis zur Selbstaufgabe.
I: Machst du den Frauen was vor?
R: Nein, eher mir selbst. Aber ich habe auch gelernt, mich selbst wahrzunehmen. Das hat mir B. vorgelebt und da hab ich unheimlich viel gelernt.
I: Hast du deinen Vater geliebt?
R: Ich glaub nicht, entweder hab ich ihn gehaßt oder ich hatte kein Verhältnis zu ihm, so wie jetzt.
I: Ist das parallel zu deinem Verhältnis zu dir selbst?
R: Kann sein, aber nicht ganz. Ich habe mir immer gewünscht, anders zu sein als mein Vater.
I: Ich hab das Gefühl, daß Leute, die in irgendeiner Form Politik machen, psychisch ingeklärt sind. Immer ist irgendwas furschtbar dureinander.
R: Ich glaube, daß man das so pauschal nicht sagen kann, ich kenne x Leute, die kaputt sind.
I: Ich hab immer gedacht, die Polit-Freaks, die leben uns was vor. Die wissen mehr, die denken besser. Die haben ihre Probleme schon viel genauer verarbeitet. Ich seh immer mehr, daß das nicht stimmt, daß was kaputt ist.
R: Aber ich würd da hinzufügen, sie sind nicht die einzigen! Sonst kommt man auf son gefährliches Gleis. Ich seh zum Beispiel bei mir alle möglichen Sachen, Eitelkeit, Narzißmus. Ich freu mich, wenn ich was mache und die Leute sagen, das ist gut. Oder vor tausend Leuten zu reden, das ist unangenehm, und doch, wenns dann geht, du hast was Gutes gesagt. Dann aber auch leide ich darunter. Diese Erfüllungen von Eitelkeit und so, das sind nicht die eigentlichen Triebfedern. Ich will auch nicht diese Psycho-Theorie, das haut nicht hin. Darauf will ich das nicht reduzieren, daß man dem so jede politische Ambition abspricht.
I: Ich bin früher gegen alles Sturm gelaufen, Fußball als Aggressionsventil, Tanzen als Sexualventil, ich wollte mich da nie gleichschalten lassen. Wir sind in einer Zeit der Ventile und der Moral aufgewachsen.
R: Nur kommst du jetzt dahin, daß du jegliche Tätigkeit, ob Artikel schreiben oder sonstwas, darunter subsumierst: verdrängte Sexualität.
I: Okay, gefährlich, aber etwas zu tun, da muß doch irgend ne Kraft sein, woher kommt die? Unrechtsbewußtsein, Selbstschutz oder was?
Ich will eigentlich nicht subsumieren, ich wundere mich nur, daß all die Leute, die sich irgendwie engagieren, so kaputt sind.
R: Denk nur, wieviel Menschen kaputt sind, ohne Politfreaks geworden zu sein, die nur rumhängen, viele saufen sich einfach voll.
I.: Du kommst aus Frankfurt?
R.: Ja.
I.: Ich frage, weil ich denk, wenn man in so einer Stadt groß wird, dann gibt es schon ein ganz anderes soziales Bezugsfeld, als wenn einer hier an die Uni fällt. Wann fing es an in Deinem Kopf?
R.: So mit siebzehn. Ich war noch Schüler. Häuserkampf am Rande, Demos und so.
I.: Und ohne Mahlersche Verwirrungen gleich nach links?
R.: Schon, aber nie ne Partei, sozusagen in der antiautoritären Bewegung die zweite Sozialisation.
I.: Das gehört wohl irgendwie zu unserer Generation: der Autoritätensturm.
R.: Deswegen hab ich Vietnam gesagt. Gegen meinen Vater. An einem gewissen Punkt war dann klar, daß dieser Krieg nicht die freie Welt vor dem Kommunismus schützte, sondern ein Aggressionskrieg war. Ich hab in der Schule lange meinem Vater nach dem Mund geredet, bis ich eines Tages das nicht mehr fertigbrachte, ich konnte die Amerikaner nicht weiter verteidigen.
I.: Woher kamen die Informationen?
R.: Vor allem von den älteren Schülern, aber auch von einigen Lehrern. Ich hab dann aufgegeben, wie mein Vater daherzureden.
I.: Ist politisches Engagement eine Frage der Information? Als ich nach Frankfurt kam, war ich so ein naiver pseudo-liberal-Sozialist. Ich stellte fest, ich hab nichts gewußt. Jede politische Information, die ich von irgendwoher bekam, hat einen Teil meines Weltbildes erschüttert. Ich politisierte in dem Maße, wie ich mehr erfahren habe.
R.: Ja, aber Erfahrung ist schon mehr als nur Information. Ich hatte ja Kontakt mit Leuten, ich war in den Wohngemeinschaften, ich war in den besetzten Häusern, ältere Schüler haben mich irgendwohin mitgenommen, weißt Du, das ist ein anderer Weg in die scene. Natürlich auch Informationen, viele, die diesen Umschwung in mir einleiteten.
I.: Was machen wir mit all unseren Enttäuschungen, Vietnam, Portugal, Chile?
R.: Wir sind hilflos in unserer Hoffnung, selbst was anderes machen zu können. Das muß man ja auch differenzieren. Unsere Solidarität gilt dem Befreiungskrieg oder der Bewegung und keiner irgendwie gearteten Konterrevolution. D i e Gefahr besteht immer und überall. Diese Solidarität für entfernte Länder ist hier in der BRD auch ein Stück unserer eigenen Bewegung, ein Einigungs- und Prüffaktor: Wie stark ist die Bewegung. So war es auch in der Studentenrevolte, und es zeigte sich, die starke Bewegung richtet sich auf die Verhältnisse im eigenen Land, sozusagen manifestiert sich im Verlauf an den eigenen Zuständen, der Uni, den Notstandsgesetzen etc. Die Bourgeoisie wird entlarvt, hinter der demokratischen Fassade verbergen sich die wahren Gewaltverhältnisse. Die Uni-Revolte brachte andere Lern- und Lebensformen – Marx an die Uni –, die Wohngemeinschaften, die 'Alternativen'. Daraus entwickelte sich etwas, das ist ja nun nicht mehr zu leugnen. Die Solidarität mit den entfernten Bewegungen hat immer exemplarischen Charakter, die Identifikation mit 'Bewegung', die Feststellung des vorhandenen Widerstandspotentials.
I.: Aber das hat sich doch so entwickelt: Wenns nix wird mit der Befreiung oder die Befreier die neuen Unterdrücker werden, dann sagen wir: war nix. Und auch hier bei uns: immer schauen wir auf den wöchentlichen Börsenbericht, was gerade enwog ist. Ob sich die kritisierten Zustände geändert haben oder nicht: wenn eine Sache passe ist, da kann passieren, was will, das lockt keinen Arsch mehr hinter dem Ofen hervor. Das ist doch einer der großen Vorteile der K-Gruppen, die meist solange auf einer Forderung rumhacken, bis diese "sich erfüllt"! Und wenn das bis ans Ende des 160. Jahrgangs (im Moment ists der 10.) der "Roten Fahne" dauert.
R.: Diese Konsequenz führt allerdings dazu, sich am Skelett festzuhalten. Formal ist da wirklich eine fantastische Kontinuität gesichert, aber da ist doch nix merh dahinter, außer dem abstrakten Willen, sich nicht unterkriegen zu lassen. Diese Organsationen nehmen ab, sowohl an Mitgliederzahlen als auch inhaltlich-politisch. Der chinesische Umschwung findet seine glorreiche kommentarlose Übernahme. Die undogmatische Linke hat es da schwerer: niemand kann verbindlich sagen, woran sich festhalten. Dafür hält sie auch nichts fest, was nicht mehr zu halten ist.
I.: Ein Deutscher in Frankreich sagte über "Liberation":"Die linke Bild-Zeitung ist perfekt, mit Redaktionsanweisung regelrecht: wenn etwas nicht neu ist, kannst du es vergessen. Streiks: vergessen: Uni: perdu; Hans-Joachim Klein: her damit; Mesrine: juchhuuu etc. Wir fahren ab auf alles, was neu ist. Sensationen. Heiße Würstchen.
R.: Das entspricht unserer Politik. Über Iran hat kein Mensch geredet, zehn Jahre lang; seitdem die Bewegung so stark geworden ist, stürzen wir uns darauf. Oder wenn die Fascisten wieder in Frankfurt aufmarschieren. Klare Sache, auch einfach. Genauso ist es mit der Anti-AKW-Bewegung. Nimm, was Du willst. Sobald die Sache abschwillt, ist wieder nix. Das ist unsere Kampagnenpolitik. Der Alltag läuft unter der Oberfläche der Kampagnen: es entstehen immer mehr Kneipen, Projekte, die zwar den Anspruch, der an sie gerichtet war, nicht einlösen, aber so die Strukturen aufrechterhalten, auch minimale Lebensfähigkeit im Elend der Linken.
I.: Nichts Neues. Wir sind in den Ghettos. Aber wir haben auch die Politik verloren. Jede/r weiß, daß in den Institutionen nix zu holen ist, wie sie auch immer heißen: Uni, Schule, Parteien, AStA. Wir haben unseren Konflikt mit dieser Gesellschaft regelrecht abgetrieben und beschränken uns auf Aktionismus und Happening, stoned und alternativ.
R.: Die Ghettos werden größer.
I.: Aber die weiten sich nicht aus. Ein "Freistaat Bockenheim" (Uni-Stadtteil in Ffm) hätte die Linke zusammengefaßt, aber nicht auch andere einbegriffen.
R.: Solche Mini-Freistaaten gehen nicht. Sie erfordern eine Rigidität, die wir aber gerade ablehnen.



I.: Warum machst Du eigentlich AStA?
R.: Oje, da reichen keine zwei Sätze, ich kann nur kurz die Entwicklung beschreiben: Im Wintersemester 75 war mein erstes Seminar "Einführung in die Kritik der Politischen Ökonomie". Soll ichs sagen: der Laden war überfüllt. Kleiner Raum, kaum Stühle, die erste beste Idee: ein Aktionsfest. Wir besetzten das ganze Turmfoyer einen Tag lang, Fressen, Trinken, Musik, Informationen. War damals ein großer Erfolg. Hunderte von Leuten kamen, Gruppen bildeten sich, holterdiepolter, so bin ich im ersten Semester in die Uni-Sponti-scene reingefallen. Und ich hatte viel Energie und Enthusiasmus: die Uni k a n n verändert werden. Im nächsten Semester sah ich schon etwas klarer. Die Uni frißt alles, vereinnahmt auch jeden Widerstand fast reibungslos. Naja, ich schlug mich von Semester zu Semester, von Gruppe zu Gruppe, und ich kriegte mehr Kontakte in der scene.
I.: War es schwer, Kontakte zu kriegen?
R.: Ja, ich mußte mich ziemlich drum bemühen. In die scene rutscht man nicht automatisch rein, weil mans da gut findet und Spaß hat. Viele machen eine ähnliche Entwicklung wie ich und haben kaum Kontakte, auch wenn sie gern mehr hätten.
I.: Ist das Arroganz und woran macht sich das fest, daß manche da nicht so reinkommen?
R.: Insiderkreise, die machen schon lange was an der Uni, die haben Erfahrungen und Beziehungen zu anderen. Dieser Kreis vergrößert sich nicht automatisch, ist vielmehr in sich abgeschottet. Das sind auch so informelle Strukturen, die kann man nicht aufbrechen, in die kann man nur reinwachsen.
I.: Das heißt doch, Du mußt zu jedem Termin dackeln, alle möglichen Organe und Flügelblätter gelesen haben, mußt in der Lage sein, zu jedem Thema ein passendes Statement abzugeben.
R.: Zuerst läuft das über reine Anwesenheit, dann Teilnahme an Diskussionen und die göttliche Basisarbeit, Flugblätter machen, verteilen, so lernst Du die Leute kennen. Ich weiß nicht, wie ich es nennen soll. Es ist ein Hocharbeiten, Karriere machen, aber in dem Sinn von "sich assimilieren.
I.: Ich wollte mal ein Flugblatt schreiben, in dem es darum ging, was bei der Eierwurfaktion anläßlich KUMI Krollmanns Besuch in der Uni passiert war. Ich gab mir Mühe, den Hergang wirklich genau zu schildern, während Thomas und Norbert (damals AStA-Vorsitzende) parallel die politische Würdigung schrieben. Als ich so nach einer Stunde fertig war mit meinem Konzept und es den anderen zeigte, da nahm der Thomas den Zettel und fing an zu diktieren. Es interessierte gar nicht, was ich da dachte. Das mußte er auch gar nicht begründen: ich saß nur da und staunte und ärgerte mich, überhaupt da zu sein.
R.: Mir ging das genauso. Ich hab bestimmt über ein Jahr gebraucht, bis ich es geschafft habe, daß ich ein Flugblatt schreiben durfte (!) oder einen Artikel fürs Info. Das ist so eine Ebene von scheinbarer Kompetenz. Wenn du in einer bestimmten Gruppe drin bist, wenn Du so ne gewisse Position hast, dann wird Dir auch sowas überlassen wie ein Flugblatt schreiben. Solange Du noch nicht bekannt bist oder nicht das Vertrauen der Obermacker genießt, solange wird Dir nie etwas Wichtiges übertragen. Das machen die, und Du darfst es dann falten, verteilen oder sonstwas. Oder wenn Du was schreibst, da wird das erstmal von den entsprechenden Leuten gelesen und auch verändert. Die Erfahrung hab ich gemacht.



I.: Unterscheidet sich diese Hierarchie von der "normal/gesellschaftlichen"?
R.: Kaum. Immerhin sagen wir alle "Du" zueinander. Von den Strukturen her – ich kanns nicht sagen.
I.: Kommt Frau einfacher in die Obermackerszene?
R.: Würde ich nicht sagen, mir ist da kein Unterschied aufgefallen. Immerhin, das geht da über Beziehungen, aber auch über Durchsetzungsvermögen und Rhetorik. Ich hab das schon vor einem Jahr gesagt: die Leute, die im AStA sind, das sind nicht in erster LInie große Denker/innen oder politische Koryphäen, sondern flüssige Redner/innen mit Durchsetzungsvermögen und Machtbewußtsein.
I.: Und das sind noch Spontis?
R.: Die Institutionen produzieren dieses Verhalten genauso wie z.B. Familien, Spontis sind ja keine andere Rasse Mensch. Es gibt bestimmte andere Denk- und Verhaltensweisen als bei autoritären Zwangscharakteren wie DKPlern und MLern.
I.: Wo sind da die Unterschiede?
R.: Bei den Denkweisen. Ist doch klar, daß die Spontis ein anderes politisches Selbstverständnis haben als die DKPler, das würde ich schon sagen, zumindest eine ganz andere Politik machen w o l l e n. In der Durchsetzung zeigt sich dann, wie sehr sich diese Formen quer durch alle politischen Gruppen erhalten.
I.: Aber es hat doch eine Zeit gegeben, wo alles das aufgebrochen war?
R.: Klar, 68 war aber auch sehr viel mehr in Bewegung, und ich denk an die Köpfe von damals: Dutschke, Krahl, Cohn-Ben-



dit usw. Da gabs noch viel größere Makker, das hat sich gelegt heute: aber obwohl die Bewegung viel schwächer geworden ist, inhaltlich, gibt es immer noch Leute, die "Bewegung" repräsentieren. Das daraus erwachsende Selbstbildnis begründet ihre faktische Macht.
I.: Es ist doch so, daß die Schicht der Obermacker sich verbreitert hat, damals, das waren wenige hochintegrative Köpfe, heute, das ist eine Vielzahl von Lokalmatadoren, deren Reichweite und Zusammenhang gering sind.
R.: Die großen theoretischen Durchblicker gibts nicht mehr. Was wir machen, das sind Demos, Teach-ins, Flugblätter, Presseerklärungen. Wir sind auch nicht mehr die Repräsentanten der scene, der Spontilinken; im Prinzip vertreten wir nur uns selbst, und auch das hat noch einen Haken: indem wir meinen, daß wir andere vertreten, vertreten wir auch nicht mal uns selbst. Wenn wir konsequent wären, müßten wir uns von der Institution trennen, d.h. wir müßten die Institution abschaffen.
I.: Deine Schizophrenie ist aber, im Konjunktiv zu verharren und weiterhin AStA zu machen. AStA ist auch eine Machtposition.
R.: Das stimmt, und es ist auch eine unserer Diskussionen, die sich kontinuierlich durch die letzten Jahre zieht. Vor jedem neuen AStA, den wir gestellt haben, entbrannte die Diskussion neu, ob wir es überhaupt machen wollen. Eigenartigerweise gab es immer Mehrheiten, die dafür waren, es einfach hinzuschmeißen. Und es gab die Fraktion, die meinte, es sei doch noch wichtig, unsere Vorstellungen und eine bestimmte Politik nach außen hin zu vertreten, sowohl gegenüber der Uni als auch gegenüber der Gesellschaft insgeamt. Ein wichtiger Punkt ist auch, daß wir finanzielle und publizistische Mittel in gewissem Maße nur über die Institution zur Verfügung hatten. So wurde jedes Mal diese Fraktion zur Mehrheit.
I.: Ist die Politik nicht eine Art Vorzeigeblatt für die eigene Profilneurose?
R.: Das sicher auch. Wichtiger finde ich aber, daß da eine Vorstellung dahintersteht, mann könnte Politik machen, indem mann zum großen Teil etwas aufbaut, was nicht da ist. D.h., wenn wir uns in der Öffentlichkeit äußern, dann suggerieren wir das Studentenpotential, das dahinter stehen sollte, das wir zu vertreten scheinen. Wir geben vor, eine bestimmte Kraft zu repräsentieren, eine gewisse Relevanz zu besitzen. Wir können zwar real 7000 Leute mobilisieren wie bei der KITATAG-Demo, aber wir sind nicht die Vertretung dieser Frankfurter Linken, die in sich viel zu verzwuzzelt ist, Unmengen unterschiedlicher Vorstellungen hat.
I.: Was ist denn überhaupt Sponti-Politik? Woher kommt sie, was hat sie bedeutet, was bedeutet sie heute?
R.: Natürlich, 68, die Auflösung der Bewegung in die K-Gruppen, Parteien, eine Mehrheit, sagen wir mal, die sich in der Tradition der antiautoritären Linken begriff, die fing an mit Interventionspolitik. Hier in Frankfurt z.B. Opel Rüsselsheim, später Häuserkampf, Besetzungen, Fahrpreiskämpfe. Gut, das sind die Aktionen. Dahinter stand die Vorstellung, daß mensch nicht dahergehen könne wie Maxisten-Leninisten: erst Analysen, dann das revolutionäre Subjekt herausfinden und durch Agitation dazu bringen, Revolution zu machen, sondern sich selbst zu begreifen als soziales Subjekt, als Kollektiv, als Potential von Veränderung. Für uns heißt das: keine Parteien, keine Kader, keine revolutionäre Avantgarde, sondern gesellschaftliche Analyse verbinden mit der eigenen Lebenspraxis. Da fing es an. Der Häuserkampf war ein starker Kristallisationspunkt, wo sich subjektive Interessen mit objektiven Entwicklungen verbunden haben, aneinander gerieten. Die realen Machtverhältnisse haben diese Bewegung über kurz oder lang zerstört. An der Uni – parallel dazu – entwickelte sich die Einsicht, daß eine irgendwie geartete Reformpolitik, Inhalte auszutauschen (Marx an die Uni), daß das nichts bringt. Wir forderten vollkommen neue Verkehrsformen, eine neue Art zu lernen, eine neue Bestimmung der Uni überhaupt. Wir mußten ja feststellen, daß sich auch in den linken Seminaren an den Verhältnissen der Studenten untereinander nichts geändert hatte. Viele Versuche, diese aus der bürgerlichen Uni übernommenen Strukturen zu durchbrechen, viele gute Versuche scheiterten und mündeten in die breite Resignation.
I.: Spontipolitik, das hieß also erstmal: Politik in erster Person.
R.: Ja, aber auch die erste Person plural, das wurde lange mißverstanden und viele kümmerten sich fast nur noch um ihren eigenen Bauch. Wichtig sind die Wechselbeziehungen zwischen meinem Bauch und denen anderer.

I: Aber das kann sich doch gar nicht einlösen, solange mensch noch in die Institutionen geht. Spontipolitik hat sich also selber ein Bein gestellt.
R: Schon. Das kam daher, daß sich in der Uni Stück für Stück so ne Art Spontifeeling gurchgesetzt hat, was dazu führte, daß die SHI (Sozialistische Hochschulinitiative/Uni-Spontis) seit 5 Jahren jeden ASTA gestellt hat, vormals eine Domäne

vom SHB. Plötzlich vertraten 10 Spontis im ASTA 25.000 Studenten, ein Fakt, der einem Spontiverständnis geradezu Hörner aufsetzt. Der Zusammenhang zwischen ASTA und ASTA-Wählern verlor sich in den Spontiplenen, die früher mal von 2-300 Leuten besucht wurden. . . .
I: Basisdemokratie: von 5.500 gewählt, immerhin noch von 200 kontrolliert. Yippie!
R: . . . wo heute noch 20 Leute auftauchen, die sich meist jahrelang kennen, eine feste Clique. Der ASTA ist vom Rest der undogmatischen Linken abgebrochen oder umgekehrt. Das ist keine Frage der Schuld. Der ASTA regiert volklos, er soll sich ein neues suchen.
I:Hat das zu einer Verflachung der ASTA-Politik geführt? Was ist denn ASTA-Politik mehr als Flugblätter, Teach-Ins und Demos, die dann rechtzeitig aufgelöst werden müssen. Sind das denn nur noch formale Akte?
R: Nehmen wir die Streiks vor ein, zwei Jahren. Das war eine große Mobilität und viele Leute haben sich beteiligt. Zerbrochen ist der Streik im Prinzip an seiner Perspektivlosigkeit, weder hat er erreicht, daß die Auswüchse der permanenten Repression zurückgenommen wurden, noch hat sich daraus, wie es in früheren Jahren der Fall war, eine eigene neue Subkultur gebildet. Es ist ja auch schon eine da, die Zusammenhänge reichen herrüber und verhindern eine Auflösung der Mackerstrukturen. Einer der Oberhelden war ja immer dabei. Selbst dünne Ansätze von Beziehungen aus dem Streik sind nachher kaputtgegangen, an der Realität zerbrochen.
I: Auch am ASTA zerbrochen?
R: Das würde ich weniger sagen. Ich würd eher sagen, daß sich die zerbrochenen Beziehungen später im ASTA wiedergefunden oder sich zurückgezogen haben. . .
I: Verschiedene ASTA-Größen vertreten offensichtlich hauptsächlich ihre eigene Politik, auch über die Köpfe von beteiligten Mehrheiten hinweg.
R: Es gibt so eine Abgehobenheit im ASTA. Gewisse Gedankengänge seien allgemeiner Konsens in der scene/Uni, denken wir. Das stimmt halt immer weniger. Manchmal treffen sich die Studenten mit dem ASTA zufällig in ihren Interessen, z. B. bei der Veranstaltung mit Krupp (Uni-Präsident) über die Mescalero-Affäre, den Sumpf, den Terrorismus, doch das kommt selten vor. Mehr punktuell. Weil, die Bedürfnisse der Studenten artikulieren sich ja nirgends offen und öffentlich, und so meint der ASTA, diese fiktiven Interessen wahrnehmen zu müssen, irgendwas vorwärts zu treiben. Daher kommt das auch, daß wir einen unheimlichen Papierausstoß haben. Auch bei Demos: zur einen kommen 500, zur anderen 5.000.
I: Immerhin habt ihr noch eine ganz schön hohe Trefferquote.
R: Ja, wir sind ja auch nicht nur im ASTA, wir haben "privat" ja auch noch ne Menge Verbindungen, so daß wir mittlerweile schon fast voraussehen können, wenn wir irgendwas anzetteln, was draus wird.

Das Problem ist aber auch bei guten Veranstaltungen, bei 7.000 Leuten, daß trotzdem eine Perspektive ausbleibt. Siehe AG-(Abendgymnasium)Demo, wo drei Tage nach dieser für unsere Verhältnisse machtvollen Demo 60 AGler einfach verhaftet werden und wir wieder machtlos vor dem Polizeipräsidium standen und obendrein noch die Hucke voll kriegten. Aber hier ist der ASTA nichts Spezifisches, das geht den Alternativmedien nicht anders. Der ASTA ist ein Teil der linksradikalen Bewegung, aber auch Teil der Institutionen, zu denen auch der "Pflasterstrand" oder der ID gehören.
I: Was ist eigentlich mit eurer Sekretärin? Nimmt die dem 'Scheff' die Arbeit ab?
R: Na ja, das stimmt. Das ist unsere Geschäftsführerin. Von uns würde da auch keiner durchblicken. Sie wird vom ASTA bezahlt.
I: Aber sie würde auch einem RCDS-ASTA die Geschäfte führen?
R: Das glaube ich nicht. Ich glaub eher, ein rechter ASTA würde sie rausschmeissen. Aber weißt du, das würde allein zeitlich schon keiner schaffen, die ist acht Stunden am Tag da, bewältigt einen Riesenberg Post, führt die ganzen Bankgeschäfte, macht die Buchführung, und ich glaube nicht, daß es von uns irgendjemand machen wollte. Aber alle wichtigen Sachen wie Schecks, Druckaufträge oder so, das müssen natürlich die Vorsitzenden machen. Wesche der rechtlichen Verantwortung, versteht sich.
I: Warum habt ihr den Vorsitz eigentlich nicht kollektiviert?
R: Das scheitert immer an zwei Problemen: einerseits die formaljuristische Seite, d.h. alle Geldgeschäfte, Demo-Anmeldungen und so, kann immer nur eine/r machen. Wenn da z.B. drei Namen stünden, wären diese Unterschriften wertlos, nichts würde passieren, das wird nicht anerkannt. Rechtliche Konsequenzen aber treffen immer zuerst den ganzen Vorstand.
I: Gut, bei irgendwelchen Sachen mit der Stadt oder so, da habt ihr keine Chance. Aber nehmen wir mal die allgemeine ASTA-Verantwortung, da könntet ihr euch doch auf den Standpunkt stellen: das haben wir alle gemacht.
R: Paß auf, klar ist, daß die Arbeit, die im ASTA so gemacht wird, daß die Flugblätter, daß die Diskussionen kollektiv (hüstel, hüstel) geführt werden, das geht gar nicht anders. Manchmal nur dürftig, oft kontrovers, nur auf der juristischen Ebene geht das nicht anders.
I: Nach dem Frauen-ASTA gibt es nur noch Männer.
R: Von uns fünfzehn Menschen im ASTA sind drei Frauen. Zwei von ihnen waren auch im Frauen-ASTA. Die meisten Frauen haben sich in andere Bereiche begeben. Und "Nachwuchs im Spontiumfeld" das sind fast nur Männer; im SHI-Plenum sind fünf, sechs Frauen, der Rest sind Männer. Ich kann mir nur vorstellen, daß die Frauen aus dem ASTA durch ihre Erfahrungen über ein Jahr die Schnauze voll gekriegt haben. Und selbst bei den Männern ist kaum noch jemand, der im Juni weitermachen will, wenn wir überhaupt weitermachen.
I: Seid ihr Gremien-Schwule?
R: Dazu kann ich mich nicht äußern. (Heiterkeit, verlegene) Vielleicht ist es ja nur so, daß Frauen weniger Profilierungsbedürfnisse haben als Männer.
I: Hast du solche Profilierungsbedürfnisse?
R: Ja, teils. Also ich kann das nicht so gut sagen. Ich leide auch unter bestimmten Auswirkungen, aber ich weiß zumindest, daß die Eitelkeit und die soziale Anerkennung eine Rolle spielen, also weniger, daß ich jetzt vielleicht einen Namen hätte, sondern eher, wie ich in Gruppen mit anderen rede. Früher hatte ich Mühe, einen Artikel zu schreiben, also Mühe, den auch durchzudrücken. Wenn ich jetzt schreiben will, da gibt es keine Probleme mehr.
I: Das geht mir ähnlich. Seitdem ich im ID bin, kann ich so meine Funktion bzw. meine Zugehörigkeit vorweisen und kann von mir aus z.B. auf Leute zugehen, an denen ich ein Interessen habe. Meine Charakterstütze.
R: Bei mir wirkt sich das auch auf meine Selbstsicherheit aus. Ich hab andere Möglichkeiten, mich zu artikulieren, mein Auftreten ist selbstsicherer. Aber das Üble ist: ich mußte mich hocharbeiten, war im ID, schrieb für den Pflasterstrand zwei drei Artikel etc. Natürlich, ich hab immer gern geschrieben. Aber alles, was ich so im Kopf hatte, ging umso leichter sowohl über die Lippen als auch in der Tat, je anerkannter meine Stellung in der scene war. Aber das hat auch seine Grenzen, wo diese soziale Anerkennung nicht umschlägt in Befriedigung. Also meine gefestigte politische Stellung half mir bei meinen Beziehungen oder in der WG nicht weiter. Es hat nur den Vorteil, daß ich weglaufen kann, ich kann mich da reinstürzen, aber das verdrängt die Leiden oder Frusts nur temporär, irgendwann kriegen die mich wieder ein. Also mein Ich spaltet sich in einen Teil Institution, aus dem ich eine gewisse Art Befriedigung ziehen kann, und dieses "private Ich", das sich aber keine Geltung verschaffen kann,

Uni Frankfurt:

Minister mit Eiern beworfen

Terror-Spezialisten warteten auf ihre Bewährung / Beileid des Kanzlers

erst recht nicht in den Institutionen.
I: Ist das eine symbiotische Beziehung zwischen der eigenen Unsicherheit und dem Amt, d.h., hat der "politische Mensch" IM PRINZIP Probleme?
R: Ich dag mal so: diejenigen, die es verstehen, mit ihrer eigenen Unsicherheit auf spezifische Weise umzugehen, die diese gewissermaßen verdecken/offensiv machen können, sind am besten geeignet, sich politisch zu profilieren. Inzwischen spielt da auch eine gewisse Koketterie mit der Unsicherheit eine Rolle. So ein Amt verhindert eine Selbstbefriedigung mehr, als daß es sie fördert, aber in gewissen Bereichen, auch durch den Streß, hat es mir geholfen mich besser artikulieren zu können. Diese Spaltung ist ganz bewußt, ich weiß, daß ein Rumwirbeln im ASTA eine gutsortierte Verdrängung ist. Ich weiß meistens genau, was ich verdränge, aber ich weiß, daß ich es machen kann. Andere bringen das nicht fertig. (Koketterie: sich selbst kritisieren und dadurch stärken. Ich mach das auch) Ich glaube, jeder von uns setzt das auch taktisch ein, andererseits ist es auch eine wirkliche Errungenschaft, innerhalb einer Gruppe die eigenen Schwierigkeiten thematisieren zu können. Meistens allerdings führt das nur zu einer Stärkung der Position. "Ich hab da'n Problem!" Der Thomas sagte es mal: wenn er ne zeitlang draußen ist und die Uni in Entfernung betrachtet, dann sieht er viel klarer. Wenn er drin ist, erfaßt ihn ein Strudel und die Übersicht ist dahin. Mir geht es ähnlich, meine Phantasie und Erkenntnisfähigkeit steigt mit der Entfernung aus diesem Saftladen.
I: Warum machst du den ASTA-Vorsitz?
R: So, wie die Entwicklung in der scene ablief, da ist es schon fast folgerichtig, leicht zu sagen: bis Juni ein Interims-ASTA, da ergab sich ein billiger Sachzwang, und nur wenige, drei, die es überhaupt hätten mache wollen und können, die schon gewisse Zeit im ASTA waren. Dann ist es auch nötig, daß man wenigstens jeden Tag ein paar Stunden da ist. So jemand Neues, der würde sofort verrückt werden oder alles hinschmeißen. Dann ist es auch eine Geldfrage, der Job bringt knapp 500 und letztlich natürlich eine gewisse Anerkennung.
I: Und nun, was machst du dieses Jahr mit deinem Interims-ASTA?
R: Ich mach das nicht allein! Das sind zum Teil so die Sachen, die ewig weiterlaufen, von außen diktierte Sachen wie z.B., wenn der Neville (wegen der Iran-Demo in Ffm.) ausgewiesen werden soll, sofort läuft die Maschine an. Wir meinen immer noch, wir müßten auf bestimmte Sachen reagieren, z.B. Präsidentenwahl, dann brauchen Leute Rechtsberatung, dann wollen unsere diversen Prozesse vorbereitet sein. Aber das sind alles Sachen, die immer und ewig so laufen, oder, daß wir uns auf den 17. Juni vorbereiten wollen, weil wir wohl wieder ne Demo machen werden, diesmal mit anderen größeren Veranstaltungen und Aktionen drumherum.

Dann die Sache mit Brückner, doch das sind alles keine neuen Impulse. Ich glaube nicht mehr, daß der ASTA noch irgendetwas initiieren kann, was eine neue Qualität hat, wenn das nicht von der Linken, der Basis ausgeht, das glaube ich nicht.
I: Du bist so aber doch ein Bürofließbandarbeiter!?
R: Politischer Büroarbeiter, der permanent reagiert, eine ständige Wiederholung



der Kampagnenpolitik. So innerhalb der Strukturen Bruchstellen zu finden, Konflikte zu schüren, wie das früher mal der Fall war. Das läuft nicht mehr. Es gibt wesentlich mehr Linke als vor zehn Jahren, aber die sind versteinert.
I: Was wird die SHI nach dem halben Jahr machen?
R: Wir überlegen uns das gerade. Wir sagen im Moment, wir hören auf zu taktieren und zu reden über das, was mensch machen KÖNNTE, sondern wir wollen wieder MACHEN. Wir wollen provozieren, wenns sein muß, dann können wir auch unsere eigene Amtsenthebung provozieren. Andere sagen, wie jedes Jahr, ein linker ASTA ist besser als ein rechter. Meistens hat sich diese pragmatische Position durchgesetzt. Es steht keine Politik zur Debatte, keine andere. Kritik am ASTA gibt es massenhaft, auch von uns selbst.
I: Müßte die SHI in die Opposition? Frei nach dem bürgerlichen Regenerationsschema.
R: Wenn überhaupt, dann würden wir uns entschließen, eine ganz andere Politik zu machen. Der ganze Druck, den die Institution mit sich bringt, wäre entfallen, wir würden Aktionen machen. Aber ich bezweifle, daß sich was ändert, mit oder ohne linken ASTA. Ich glaube nicht, daß der ASTA der Hemmschuh der Uni-Linken ist; eine nachhaltige Bewegung setzt sich auch mit oder ohne ASTA durch. So delegieren die Basisgenossen ihre Politik an uns: ASTA wird schon machen.

Dann natürlich auch die Medien. Hessicher Rundfunk, BILD, FAZ, FR, SPIEGEL und politische Organisationen, alle wollen irgendwas wissen, wir sind so ne Anlaufstelle. Und dann glauben wir, wir müßten was vertreten, die Linken, die Bewegung, die Studenten; das Irre ist, wir fühlen uns dann auch teilweise akzeptiert und gehen darauf ein. Vor drei Wochen war ne Spiegel-Redakteurin da, die haben wir zwei Stunden lang vollgelabert, haben sogar was erzählt, was wir besser gelassen hätten. Wir sind auch geil auf Publicity. Wenn wir was machen, schauen wir auch immer, wie die Presse darauf reagiert.
I: Die Bourgeoisie schluckt ihren Widerstand.
R: Wir ärgern sie auch, aber wenn wir sie zu sehr ärgern, dann kommt auch nix. Also, wir wissen genau, was wir schreiben müssen in Presseerklärungen, damit sie weitgehend abgedruckt werden: So ne Mischung aus Sensation, Originalität und sachlich-kritisiertem Hintergrund. '68 gab es eine Bewegung, die ohne irgendwelche Organe auskam, es reichte schon, was die Medien von sich aus meinten tun zu müssen. Heute bemühen wir uns noch irgendwelche Teiläußerungen von uns in bürgerliche Organe zu bringen, als ob wir damit was wrreichen könnten. In begrenzten Bereichen mag es noch irgendeine Funktion haben, wenn ich an Neville denke z.B. Und obwohl wir das wissen, daß die uns nur verarschen, machen wir immer wieder die "große Politik". Das ist auch nicht zu ändern, wenn du in so ner Institution drin bist. Ich sehe nur die Möglichkeit rauszugehen, d.h. die Institution abzuschaffen, aber das ist auch nur sehr schön verbal-radikal, ich verhalt mich nicht danach. Wir haben uns schon oft gefragt, was wäre, wenn der RCDS den ASTA stellen würde, was könnten wir da z.B. alles anstellen: natürlich wird dann die RCDS-Presserklärung in der Rundschau stehen. Und es ist nicht bedeutungslos, was der ASTA der viertgrößten Uni der BRD sagt – und es ist doch fürn Arsch. Es ist ja nicht so, daß wir nun, da wir Funktionäre geworden sind, alles vergessen haben, was wir mal gewollt haben. Wir sind keine Gewerkschafter, die in 20 Jahren ruhmreicher Tätigkeit wahrhaftige Arbeiterverräter geworden sind und nur noch die eigene Publicity pushen.
I: Aber eine Basis habt ihr auch nicht mehr.
R: Richtig, na, es gibt schon welche, aber ohne diese Wechselwirkung, diesen tatsächlichen Austausch, wir sind halt die Leithammel. Aber wir können auch ohne Studenten existieren, die bürgerlichen Medien würden das gar nicht merken. Wir haben das schon gemerkt: wenn wir was schreiben mit gezinkten Zahlen oder getürkten Infos, die prüfen das gar nicht nach, es muß denen nur in den Kram passen. Wir bauen da so Potemkin'sche Dörfer auf. Unsere begrenzte Funktion hebt sich dadurch auf, daß wir sonst in der Uni nix mehr in Bewegung bringen.

Aber wir sind nicht VERANTWORTLICH in DEM Sinne. Die Uni ist auf die Sau gekommen. Schon dieser Wechsel von

Krupp auf Kelm (alter/neuer Uni-Präsident), da kann man schon sehen, daß nicht mal mehr irgendwelche theoretischen Konzeptionen gefragt sind, nicht mal Phrasierungen bürgerlicher Uni-Vorstellung, sondern nur noch rein technokratischer status quo-Erhalt (vorhandene Machtpositionen nicht zu verlieren) angestrebt wird. Der Kelm hat in seinen ersten Sätzen nichts wichtigeres zu sagen gehabt, als daß er auch die Bullen holt. Seine inhaltlichste Aussage für die Uni war, daß er ein paar Millionen für nen neuen Betonbau locker machen will. Die Uni sinkt immer weiter in ihre gesellschaftliche Funktion: Aufbewahrungsanstalt für potentiell Arbeitslose, Produktionsstätte von minderqualifizierten, dafür flexiblen austauschbaren Akademikern, die doch zu nichts anderem taugen werden, als ein akademisches Proletariat zu bilden, das letztlich Lohndrücker wider Willen wird. Die universitäre Linke dagegen stellt sich selbst ein Bein zwischen das andere, die linke Wissenschaft produziert zwar in schöner Regelmäßigkeit ein gewisses Quantum Neu-Linker, entwickelt aber keinerlei Perspektive, steckt den Kopf tiefer in die Hölderlin-Forschung; einen drückenden Schuh zieht man am besten aus (auch wenns dann erstmal stinkt!) Die Hoffnungen auf neue Verkehrsformen verlaufen sich im vertraulichen "Du, du, du, weißt du, verstehst du..."

I: Kann der ASTA noch Realpolitik machen?

R: Realpolitik soll heißen: "das Machbare in den Institutionen"? Also, solange hinter uns keine aktivierte Bewegung steht, können wir uns nur äußern: protestieren, demonstrieren, Stellungnahme fordern, Presseerklärung, was weiß ich. Wir schreiben viel, aber das sind nur verbale Kraftakte, es ist nicht so, daß wir noch was durchsetzen könnten. Das gilt auch für das neue Hochschulgesetz, unser Geheul verklingt im Wind; selbst wo die rechten Profs wegen dequalifizierender Verkürzung die Regelstudienzeit ablehnen, schleift sie sich – wenn auch modifiziert – ein.

I: Immer wieder: warum machst du es dann?

R: Vor zwei Jahren schrieb ich im DISKUS: "Zerschlagt die Universität!" – aus vollem Herzen, ich mein das immer noch. Mein Engagement ist ein Widerspruch, aber Ausdrucksform einer Reaktion auf die Entwicklung. Andere gehen in die Seminare, schreiben ihr Diplömchen, abends Kneipe, Batschkapp (Tanz- und Unterhaltungslokal der Linken in Frankfurt, neudeutsch: disco), zum Frühstück Pflasterstrand und Tageszeitung. D.h., sie sind nicht weniger schizophren als ich. Eigentlich sind das alles Formen von Hilflosigkeit; manchmal habe ich meinen Spaß beim Provozieren. Es gibt keine theoretische Begründung, die mich überzeugt, im ASTA weiterzumachen.

I: Der ASTA (SHI) wollte mal mit der GOL (MSB Spartakus) koalieren.

R: Wir brauchten zwei Stimmen, führten also Verhandlungen. Es gab mehrere Streitpunkte, unter anderen war der wichtigste, daß uns die GOL per Klausel verpflichten wollte, in ASTA-Äußerungen nicht den sozialen Realismus, äh realen Sozialismus zu diffamieren. Wir wollten noch ne Kompromißformel durchsetzen, das führte zu nichts, dann haben wir abgebrochen. Wir können auch nicht einfach denken, ja, ja, wir unterschreiben, danach können sie uns am Arsch lecken. denn im Studentenparlament brauchst du Mehrheiten, für den Haushalt, z.B., für alles. Nach den Wahlen haben wir dann mit der Linken Liste und dem SB koaliert und jetzt ist es so, daß es in keinem Punkt tiefergehende Meinungsverschiedenheit gibt.

I: Es gibt keinen Streit im ASTA?

R: Nee. Diskussione, na klar, unterschiedliche Positionen, aber die sind sogar von den Fraktionen unabhängig. Ich muß sagen, daß die SBler im ASTA schon was anderes sind als diese SB-Obermacker in Offenbach. Die unterscheiden sich von Sponti-Vorstellungen nur wenig.

I: Und ich wollte so gern wissen, wie ihr euch streitet. Scheiße! Was hat denn der ASTA für ein Gewaltkonzept?

R: Viele halten immer noch stur an der Auffassung fest, daß die Gesellschaft von Gewaltverhältnissen beherrscht sei. Deshalb könne linke Politik nicht a priori eine Absage an Gewalt enthalten, meinen sie. Der ASTA hat als Institution keine Möglichkeit, etwa direkt Gewalt auszuüben wie z.B. der Staat mit seiner Polizei. Ich persönlich bin aus meiner ganzen Erziehung heraus ein sehr religiös fixierter Mensch und halte es mit dem Koran, der ja als äußerst pazifistisch gilt, wie derzeit im Iran zu beobachten ist. Trotz entschieden friedenstiftender Politik hat der ASTA immer wieder Strafanzeigen gekriegt, wo dann Nötigung, Hausfriedensbruch, Veruntreuung, Sachbeschädigung Körperverletzung oder sonstwas drinstand. Was sollen wir tun? Wir werden offensichtlich diffamiert, denunziert, kriminalisiert, sgregiert, weiß der Teufel!

I: Ah, ich verstehe. Aber ihr distanziert euch nicht von Gewalt als Mittel der Politik?

R: Wie meinst du das?



I: Inwieweit antwortest du jetzt anders als vor drei Wochen, vor deiner Wahl?
R: Na ja, erstmal ist das ein Gespräch, das zur Veröffentlichung bestimmt ist. Somit hat das, was ich sage, eventuell Konsequenzen, sagen wir mal formal-juristisch oder strafrechtlich. Je nachdem, was ich sagen würde. Ich habe z.B. keine Schwierigkeiten, irgendwelche Steinwürfe zu legitimieren, wo aber doch die Frage ist, ob man das in so einem Interview machen sollte. Das ist natürlich Selbstzensur. Im Moment versuchen wir, das mal wieder zu durchbrechen. Ich fürchte nur, daß irgend son Aktionismus nichts durchbricht. obwohl ich die Hoffnung nicht aufgegeben habe. Wir haben noch die Idee im Kopf, daß wir Aktionen machen, die mehr sind, als nur irgendwas kaputtzuschlagen. Und der Glaser bringt das dann wieder in Ordnung. Solche Aktionen müssen politischen Druck ausüben, der Konsequenzen hat für die Uni insgesamt.
I: Gibt es Auswirkungen linker Politik?
R: Ja schon, aber anders, als wir denken. Und nicht nachprüfbar, daß man sagen könnte, diese Bewegung hat das und das erreicht. In der Uni hat sich das Verhältnis ZUR Uni verändert. Mit dem Niedergang der Hoffnung auf eine Veränderung hat sich ein sehr funktionales Verhältnis zur Uni entwickelt. Die Leute kommen, lernen und gehen. Nichts über ihr Interesse hinaus. Die Uni als Zentrum der linken Subkultur ist tot. Mensch geht heim in die WGs, Projekte, Kneipen. Das ist eine Form von Widerstand durch IGNORIEREN. Da ist eine große Desillusionierung eingetreten.
I: Was für Auswirkungen hat die ASTA-Arbeit auf dein Leben?
R: Ich bin fast jeden Tag 4 - 8 Stunden im ASTA, es kommt Routine. Abends fühl ich mich wie Daddy, müde, erschlagen, ausgewrungen; Fernseher, Kneipe. Wegen meiner privaten Probleme mach ich zeitweise die Arbeit noch intensiver. Andererseits wird die Schizophrenie noch deutlicher. Wenn es mir besser geht, kann ich besser einschätzen, wozu ich Lust habe. Die Distanz ist größer. Ich werde als Politmacker wahrgenommen (nicht nur), ich unterliege Projektionen. Manche meiner Eigenschaften werden einfach nicht wahrgenommen. Das ist natürlich eine Wechselwirkung und ich verhalte mich so, wie ich meine, daß es erwartet wird. Ich habe gelernt, wie ich Strukturen unmerklich ausgeliefert bin, wie sich Veränderungen an mir schleichend vollziehen, daß ich es nicht einmal merke.

Nochmal, wenn ich etwas Abstand gewinne, dann merk ich, wie unwichtig das alles ist, wie sich das in einem Zirkelschluß alles selbst aufwertet. Mitten im Gewühl bin ich ausgeliefert, der nächsten Presseerklärung, dem Teach-in, usw. Wenn ich den VDS-Scheiß lese, kann ich nur lachen, diese Prügeleien zwischen Basisgruppen-ASTen und MSB, wir gehen da nicht mehr hin, haben nix damit zu tun. Eine einzige Papierschlacht. Im Prinzip machen wir dasselbe, eine Ebene tiefer. Wir kommen dazu, uns für den Nabel der Welt zu halten.
I: Was hat dein Vorsitz mit deiner Krise zu tun?
R: Das ist mir zu wenig bewußt. Ich würde das nicht als auslösenden Faktor betrachten. Ich fliehe in den ASTA. Das führt dann dazu, daß ich nicht mehr unterscheiden kann, was ich eigentlich will und was nicht.Ich kann das sonst leichter trennen, daß ich abhauen kann, wenns mir stinkt.
I: Mit dem Vorsitz hast du dir aber auch eine Tür versperrt. Du hast gestern schon von deinem Masochismus gesprochen, du sagst, du machst dich unheimlich zu. Du verstopfst alle Rohre.
R: Manchmal ist es so, daß der Schmerz das einzige Empfinden ist, was noch übrig bleibt, was noch wahrnehmbar ist. Ich weiß, daß ich auf andere zugehen kann, aber ich verhindere das bewußt. Ich habe so ein Gefühl von Verlassensein und verdränge das, indem ich mich in die ASTA-Arbeit reinstürze. Manche merken das und kritisieren mich deshalb, aber sie wissen nicht, warum ich mich so verhalte. Ich habe eine krückenhafte Identität, aber ich glaube nicht, daß der ASTA Auslöser ist, höchstens eine Voraussetzung. Weil er die Schizophrenie verstärkt, weil ich die Möglichkeit habe, mich zuzumachen. Im ASTA fragt mich halt keiner, wie's mir geht.
I: Da haben wir dann ja auch endlich die lange gesuchten Neuen Verkehrsformen. Gibt es auch menschliche Beziehungen im ASTA?
R: In besonderer Form. In manchen Phasen habe ich das Gefühl, daß ich alle unheimlich gern habe; auch jeden einzelnen, wenn ich mit ihnen spreche oder sie besuche. Insgesamt aber haben wir Arbeitsbeziehungen, so ne Art Familie im schlechten Sinn.
I: Wie ist deine Perspektive nach dem ASTA?
R: Keine Ahnung, ich hör auf damit.
I: Sicher?
R: Sicher, höchstens nebenbei wegen der Kohle. Ich weiß, daß mich das Studium nicht ausfüllt, die Uni ist gestorben, schon im dritten Semester. Ich hab hier keine entscheidende Weiterentwicklung für mich selbst mehr zu erwarten. Berufsvorstellung gibts eh nicht. Bleibt nur, formal Examen zu machen, Diplömchen. Wie das jeder gute Linksradikale nach zwanzig Semestern (genauso wie der Uni-Präsident Kelm) macht.

Außerdem wahrscheinlich wieder verstärkt im ID weitermachen, weil ich keine Lust habe rumzuhängen. Aber das ist auch nur so ne pragmatische Notperspektive, die eigentlich nur den Alltag überleben hilft.
I: Beschäftigungstherapie?
R: Ja, im weitesten Sinne, böse gesagt.
I: Was denkst du denn über das Interview?
R: Na ja, ich hab sicher manche Antwort gegeben, die ich dir in der Kneipe anders gegeben hätte, ausführlicher, treffender. Und so manche Fragen, die stelle ich mir selbst nicht mehr: Warum bist du im ASTA? Ich kann die kaum noch beantworten. Weil das so ein Punkt ist, wo ich das mit fast nichts mehr rechtfertigen kann.
I: Kannst du was mit "Konzept denunzieren" anfangen?
R: Mit was?

ALTERNATIVZEITUNG BRAUCHT GELD

EMSDETTEN 20. Februar *Die „Emsdettener Nachrichten", eine kleine Alternativzeitung, hat einen Aufruf geschrieben, und bittet um finanzielle Hilfe:*

„Seit Mai 1978 haben wir mit ein paar Leuten im schwarzen münsterländischen Emsdetten eine Alternativzeitung produziert, die „Emsdettener Nachrichten". Die Resonanz war sehr gut — wider Erwarten. Denn Probleme wie die skandalöse Stadtkernsanierung, Kinderspielplatzproblematik, Kultur in der Provinz, Jugendzentrum, Umwelt etc., sprachen doch sehr viele Leute aus allen Altersschichten an, so daß wir zum Schluß in unserem kleinen Ort wohl an die 2000 Leser hatten.
Hatten? Ja. Mit viel Tammtamm kündigten wir für Dezember/Januar eine Doppelnummer an, die inhaltlich und vom Layout her auch stand. Erschienen ist sie dennoch nicht, was uns von Seiten der Leser viele, viele Rügen eintrug.

Die Zeitung ist nicht erschienen, weil Repro-Anstalt und Druckerei es nicht geschafft haben. Die Zeitung später herauszubringen, erschien uns als zu großes finanzielles Risiko, denn unser Konto war konstant auf „Normal-Null". Die Repros sind dennoch fertig geworden, was uns ein Minus von über 300 DM einbrachte.
Wenn die Zeitung überhaupt erscheinen soll (und das soll sie), müssen wir die Schulden weg haben — als allererstes. 300 — 500 Mark, das mag manchem lächerlich erscheinen, für uns ist es ein fast unüberbrückbares Hindernis, wenn wir nicht mit ein bißchen Solidarität unter der Alternativpresse rechnen würden.
Deshalb fordern wir euch dringend auf, Spenden bei uns eingehen zu lassen:
Albert Ernst Verlag, Weststraße 44, 4407 Emsdetten
Konto 6556346 (Bankleitzahl 400 800 40) bei der Dresdner Bank Emsdetten.
Wir hoffen, daß das klappt und danken euch allen im Voraus ganz herzlich!

Emsdettener Nachrichten, c/o Uli Lindner, Müldersbusch 10
4407 Emsdetten/W.

HERAUSGEBER
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 90 03 43,
Tel.: 0611 / 704 352 Verantwortl. Redakteur: Richard Herding

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

GESCHMACKSACHE

BONN 22. 2. In Bonn geht der Prozeß gegen die Stadtzeitung 'De Schnüss" in die zweite Runde (siehe ID 268).

Von den ursprünglich vier Angeklagten, den drei am ersten Mai 78 Verhafteten und dem Redakteur der Zeitung, blieb nur noch einer übrig – und zwar absurderweise der Journalist. Nachdem das Verfahren gegen die drei wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt Beschuldigten und die Presserechtssache mit viel Mühe und Paragraphengewirr zusammengelegt waren (der Anwalt legte dagegen Widerspruch in Karlsruhe ein!) stellt sich nun die Situation – mehr poppig als juristisch – als bereinigt dar. Der verantwortliche Redakteur von ‚De Schnüss' sitzt wieder allein auf der Anklagebank, die drei anderen sind inzwischen freigesprochen worden.
Dazwischen liegen vier lange Verhandlungstage mit über 40 Zeugen, davon die Hälfte Polizisten,Sachverständige,Beweisanträgen, Plädoyers und dem üblichen Gerangel in deutschen Gerichtssälen. Trotz der Vielzahl der aufgebotenen Polizeizeugen, oder gerade deshalb, war es nicht möglich, auch bei allen guten Bemühungen des Richters Hasse, die wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung Angeklagten zu verurteilen. Je mehr Beamte aussagten, um so widersprüchlicher erschien die Situation. Ein 'geprügelter' Ordnunghüter mußte sich erst von seinen Kollegen darauf aufmerksam machen lassen, daß er geschlagen worden sei;der Einsatzleiter befürchtete "Übergriffe in Form von Diskussionen und Gewalttaten". – "Die rechtmäßig einschreitenden Polizeibeamten verhielten sich ruhig,sachlich und korrekt" (Text der Strafanzeige), gab die Ordnungsmacht zu Protokoll und war sich zumindest darin einig, was sonst selten vorkam, alles das nicht gesehen zu haben, so z.B., daß eine Person des öfteren mit dem Kopf gegen die Scheibe eines MTW (Mannschaftstransportwagen) geschlagen wurde. Eine weitere auffällige, weil seltene, Übereinstimmung ergab sich aus den schriftlichen Äußerungen der Polizisten. Hatte der erste geschrieben, daß "der KBW und die DKP einen Büchertisch betrieben", so schrieben die anderen diesen hahnebüchenen Politunsinn einfach ab. Daß aus der DKP mal die KPD wurde, spielt dabei weiter keine Rolle, Hauptsache das 'K' ist vorhanden. Erst ein unscheinbarer Beamter des K 14 (politisches Kommissariat) brachte Ordnung in diese vertrackte Sache.
Trotz dieser naiven Ungereimtheiten wollte das hohe Gericht den ‚korrekten Beamten' mehr Glauben schenken als den ‚zivilen Zeugen', die "die ganzen Vorgänge wohl doch durch eine gefärbte Brille" (O-Ton Richter) sahen. Erst die Aussage eines Richters verleiht den vorherigen Bezeugungen der Zivilpersonen die notwendige Glaubwürdigkeit. So blieb dem Vorsitzenden des Schöffengerichts schließlich keine andere Möglichkeit, als die Angeklagten 'in dubio pro reo' freizusprechen. Wenigstens drei. Der vierte, der 'Schnüss'-Redakteur, der nur über die Vorfälle am 1. Mai, die damals zu den Verhaftungen führten, berichtete hatte, bleibt allerdings immer noch auf der Anklagebank. Und dies, obwohl die Tatsachenbehauptungen der Zeitung von mehreren Zeugen unter Eid als wahr bestätigt worden sind, die Anklage wegen Verleumdung ("wider besseres Wissen falsche Tatsachen behaupten") somit hinfällig ist. Dies war auch dem Richter einsichtig, der daraufhin erklärte, daß auch eine Veruteilung nach dem Beleidigungsparagraphen möglich wäre. Für die Zeitung heißt das, daß nicht mehr ihre Behauptungen zur Debatte stehen – diese waren als richtig bewiesen –, sondern daß jetzt über die Art und Weise und den Stil der Berichterstattung verhandelt wird. Sollte die bundesdeutsche Pressefreiheit zu einer Frage des 'guten Stils' werden?

Für die 'Schnüss' bedeutet die Weiterführung des Verfahrens, bei einer auch nur geringen Strafe, daß sie mit Gerichtskosten zu rechnen hat, die ihren finanziellen Bankrott zur Folge hätten. So kann über den Umweg eines aufwendigen, langgezogenen Prozesses eine kritische Zeitung mundtot gemacht werden.

Kontakt: De Schnüss, Wilhelmstr. 3, 53 Bonn 3, Tel.: 02221 / 65 07 66.

AUFRUF ZUM JUGENDPOLITISCHEN FORUM

HANNOVER 20. Februar '79 *Dieser Aufruf kommt von mehreren Gruppen, die sich bereits im letzten Jahr wegen der Streichung der Gelder für das unabhängige Jugendzentrum (UJZ) Kornstraße dort getroffen haben und auch die Demonstration und das Plakat zur Erhaltung der Kornstraße „Das UJZ bleibt – die Stadtverwaltung soll abhauen" mitgetragen haben.*

Vom 16. bis 18. März 1979 findet in Hannover das erste jugendpolitische Forum (Tribunal gegen die Jugendpolitik der Stadt Hannover und des Landes Niedersachsen) statt. Der Zeitpunkt ist nicht zufällig. Das unabhängige Jugendzentrum (UJZ) Glocksee war in seiner Existenz noch nie so bedroht wie im letzten Jahr. Ständige Versuche der Stadtverwaltung in die Selbstverwaltung des Zentrums einzugreifen, wurden flankiert von heftigen Angriffen der CDU. Das hat schließlich dazu geführt, daß die „Glocksee" gezwungen war, einen Vertrag anzunehmen, der Selbstverwaltung zur Farce werden läßt. Wenn es schon nicht gelungen war, das UJZ Glocksee kaputtzukriegen, dann wenigstens das unabhängige Jugendzentrum Kornstraße.
Die Verwaltung der Stadt Hannover hat vorgeführt, wie sie bereit ist, politisch mißliebige Projekte verschwinden zu lassen. Seit im März durch eine Indiskretion ein Brief des ehemaligen Innenministers Groß in der 'Hannoverschen Allgemeinen Zeitung' veröffentlicht wurde, setzte ein Kesseltreiben auf das UJZ Kornstraße ein, das ohne Beispiel ist. Der Brief an den Oberstadtdirektor hatte Spitzelberichte zur Grundlage, die sich als reine Legendenbildung erwiesen. Das Kesseltreiben führte dazu, daß das Jugendzentrum ab 1. Januar '79 keine Förderung mehr erhält und die dort angestellten Sozialarbeiter ab 1. April nicht mehr von der Stadt finanziert werden. Andere Projekte, die eine fortschrittliche sozialpädagogische Arbeit versuchen, wie Raschplatz-Pavillon, Frauenhaus und Kommunales Kino, werden in Zukunft mehr und mehr um ihre Existenz bangen und kämpfen müssen.
In den städtischen Jugendzentren werden die Bedingungen, unter denen die Mitarbeiter ihre sozialpädagogische Arbeit leisten, immer schwieriger. Die Forderungen der Mitarbeiter nach besseren Arbeitsbedingungen werden nicht erfüllt, Personal und Mittel für die sozialpädagogische Arbeit werden knapp gehalten. Und das in einer Zeit, wo sich die Lage der Jugend mehr und mehr verschlechtert (Jugendarbeitslosigkeit, psychische Verelendung, faschistische Tendenzen bei einigen Gruppenbildungen von Jugendlichen). Die Reaktionen der Mitarbeiter auf diese Überlastungssituation sind häufig Resignation und Flucht aus der sozialpädagogischen Arbeit. Kaum ein Sozialarbeiter ist mehr als eins bis zwei Jahre in der Offenen-Tür-Arbeit tätig. Ganze sozialpädagogische Berufsbilder, wie z.B. die Behinderten-Arbeit, die sich in den letzten Jahren entwickelt haben, werden durch radikale Stellenstreichung wieder zurückgenommen.

In dieser Situation halten wir es für wichtig, nicht den Kopf in den Sand zu stecken, sondern zu beratschlagen, was zu tun sei. Wir fordern alle Gruppen und Menschen, die im sozialpädagogischen Bereich arbeiten, auf, sich an dem jugendpolitischen Forum zu beteiligen. Es ist nötiger denn je, gemeinsame Erfahrungen auszutauschen, die augenblickliche politische Situation zu analysieren und praktische Schritte gegenseitiger Unterstützung und Gegenwehr zu besprechen. Den Ablauf der Veranstaltung und politische Vorstellungen über die Konzeption des Forums werden jeden **Dienstag um 20 Uhr im UJZ Kornstraße** direkt diskutiert. Alle Gruppen und Leute, die sich am Forum beteiligen wollen, sollten sich an diesem Dienstags-Treff beteiligen.

...

Kontakt: UJZ Kornstraße, Kornstr. 28/30, 3 Hannover 1. Spenden fürs UJZ an: Stadtsparkasse Hannover, Kto.Nr. 589 403.

Nach langem Rechtsstreit klärt ein deutsches Gericht:

DER FRANKFURTER POLIZEIPRÄSIDENT LÜGT HIN UND WIEDER UND HANDELT AUCH SCHON MAL GÄNGSTERHAFT !

FRANKFURT
21. Februar '79

Nachdem auch die bürgerliche Presse dieses hierzulande leider sehr seltene Urteil relativ breit dargestellt hat, soll hier auf die ganze Vorgeschichte mit der Demo zum Tod von Ulrike Meinhof und die darauffolgende Linkenhatz in Frankfurt nicht weiter eingegangen (siehe ID Nr. 126/1976), sondern nur noch ein paar Schlaglichter auf der Verlauf der beiden Prozesse geworfen werden, in denen Dany Cohn-Bendit wegen Beleidigung von Polizeipräsident Müller angeklagt war.

Nur noch ein kurzer Rückblick zum besseren Verständnis des Prozeßverlaufs. Nach der militanten Demonstration mit dem durch Molotow-cocktails verletzten Polizisten brach bei den Staatsorganen die große Hektik aus. Die CDU fragte im Wiesbadener Landtag an, ob die Frankfurter Polizei die Lage noch im Griff habe. Die SPD-Landesregierung konterte mit der Einsetzung einer Sonderkommission unter Leitung von Staatssekretär Werner und kündigte die schnelle und rücksichtslose Überführung der Schuldigen an. Wenige Tage später verhaftete die Polizei in einer Großaktion 14 Leute, wobei sich später herausstellte, daß einzig und allein ein anonymer Anruf mit wirren Ausführungen die Verhafteten belastet hatte. Dazu kam, daß alle mehr oder weniger allgemein als Linke bekannt waren und in entsprechenden Wohnzusammenhängen wohnten.

Am Abend desselben Tages wurden in der ZDF-Sendung 'heute', in der 'Tagesschau' und in der 'Hessenschau' die Bilder von einigen der Verhafteten gezeigt und Fahndungsaufrufe verlesen.
Im Studio der 'Hessenschau' saßen damals die Leiter der Sonderkommission, Staatssekretär Werner und der Frankfurter Polizeipräsident Müller, und ließen sich von Schlittschuhreporter Rauschenbach interviewen. Dabei sprach Müller im Sinne einer **Feststellung** von acht überführten Rädelsführern und Molotow-Cocktail-Werfern und zeigte dazu 7 Bilder aus dem Kreis der Festgenommenen. Das ZDF hatte nur 5 Bilder gezeigt, ebenso wie die Presse am nächsten Tag. Am darauffolgenden Tag fanden auch Haftprüfungen statt, einer wanderte unter dem dringenden Verdacht des versuchten Mordes in U-Haft, die anderen wurden alle freigelassen, teilweise ohne dem Haftrichter vorgeführt worden zu sein. Nach elf Tagen wurde auch dieser eine freigelassen, ein Jahr später waren alle Ermittlungsverfahren eingestellt.

Freunde der Verhafteten hatten bereits kurz nach der Verhaftungsaktion, im Wissen über die Falschheit der Beschuldigungen, eine Art Gegenuntersuchungsausschuß gebildet, der Gegenbeweise sammeln und eine Gegenöffentlichkeit herstellen sollte. Nachdem Müller und Werner im Fernsehen einen Teil der Verhafteten als festüberführte Täter angeprangert hatten, erklärte Daniel Cohn-Bendit öffentlich: „Müller und Werner haben gelogen und die Polizei hat gangsterhaft gehandelt!"
Müller fühlte sich beleidigt (Werner nicht) und klagte.

In der ersten Instanz vor dem Frankfurter Amtsgericht mit dem jungen Richter Lüttke-Holter, der seine ganze Karriere noch vor sich hat, verlief alles nach Wunsch des Polizeipräsidenten.
Die Bezichtigungen Müllers als gangsterhaft handelnder Lügner wurde als persönliche Beleidigung Müllers gewertet, weder Richter noch Staatsanwalt interessierten sich für die Situation, unter der die Äußerungen gemacht worden waren. Unliebsame Fragen der Verteidiger wurden abgeblockt. Mal hatte eine Frage angeblich keinen Bezug zur Sache, mal erstreckte sich die Aussagegenehmigung des Zeugen Müller nicht auf die Frage, mal akzeptierte der Richter bereitwillig die vorgeschützten Gedächtnislücken des Zeugen. Als Verteidiger und Angeklagter insistierten, wurde ihnen das Wort entzogen.

Bei Abwesenheit der total frustriert abgezogenen Verteidiger, des Angeklagten und der Zuschauer erging der Schuldspruch: 1800 DM.

Dem Staatsanwalt Galm war's nicht genug, dem Dany und den Verteidigern war's nicht recht. Also gingen beide Seiten in Berufung, die jetzt vor dem Landgericht Frankfurt so glücklich zu Ende ging.

Die Szenerie war verändert. Statt dem jungen Spund Lüttke-Holter führte jetzt Richter Bauer den Vorsitz, von dem man den Eindruck hat, daß sein Verständnis von Recht und Unrecht und Rechtsstaatlichkeit noch nicht im politischen Opportunismus vor der staatlichen Macht verschwimmt, und der in seinem Alter auch billiges Karrieredenken nicht mehr so nötig hat.
Entsprechend anders war das Prozeßklima. Mehr Ruhe und Sachlichkeit, das Gericht bemühte sich um das Verständnis der damaligen Gesamtsituation, man versuchte auch Details zu klären und blockte nicht von vorneherein wesentliche Aspekte ab.
Der Zeuge Müller hatte es diesmal nicht leicht. Er mußte diesmal etwa drei bis vier Stunden im Zeugenstand verbringen und viele quälende Fragen ließen ihn auf seinem Stuhl nervös hin- und herrutschen und Halt in einer festen Umklammerung des Tisches suchen. — Zuerst versuchte er wieder mit billigen Ausreden, die mit überheblicher Selbstsicherheit vorgetragen wurden, sich rauszureden.
So habe er in der 'Hessenschau' doch nur vorgetragen, was ihm seine 'Experten' aus der Sonderkommission nach „gründlicher Ermittlungsarbeit" mitgeteilt hätten. Offensichtlich versuchte er damit zwei Tricks: einmal würde das Gericht ja wohl nicht so weit gehen, daß 'Polizeiexperten' Fehler begehen oder gar Gesetze nicht beachteten. Falls das wider Erwarten doch so weit komme, dann hätten die Experten die Schuld, und er war aus dem Schneider. Es wurde schon fast peinlich, wie sich der Polizeipräsident als hilf- und willenloses Ausführungsorgan seiner 'Experten' dem Gericht anzudichten suchte.

Zu seinen eigenen Hessenschau-Äußerungen, die das Gericht, dank technischer Unterstützung der Videowerkstatt Frankfurt-Bornheim, selbst in Augenschein nehmen konnte, meinte er ganz frech: Das sei ein „sprachlicher Schnitzer" gewesen und jedem Fernsehzuschauer wäre aus dem Zusammenhang selbstverständlich klar gewesen, daß er das anders gemeint hatte.
Naiv oder unverschämt sei dahingestellt, er wollte jedenfalls damit sagen, daß jeder Zuschauer sich selbst dazuzudenken habe, daß hier nur *mutmaßliche* Täter und der Rädelsführerschaft *Verdächtigte* gezeigt wurden.

Doch diesmal reichte solche Kokettheit gegenüber den formaljuristischen Ausführungsbestimmungen dem Gericht nicht. Es fragte weiter: Was denn die konkreten Ermittlungsergebnisse der 'Experten' gewesen seien, was Müller wann, wie und von wem mitgeteilt worden war und was ihm denn die Sicherheit für die Äußerungen bei seinem TV-Auftritt gegeben hätte ?
Besonderes Interesse richtete sich darauf, wer denn die gezeigten Bilder ausgewählt habe, besonders das von L., von dem doch der 'Experte' Kowalski schon Stunden vor der Sendung eine Akte angefertigt hatte, aus der eindeutig hervorging, daß gegen ihn nicht die Spur eines Verdachts vorlag. Die Aussagen Müllers erhellten wenig, sie ließen quasi den Schluß zu, daß die Bilder auf mysteriöse Weise ganz allein den Weg auf den Bildschirm gefunden haben mußten. Nicht er habe die Bilder ausgesucht, sondern man habe sie ihm gegeben! Auf die Frage, wer sie ihm gegeben hätte, antwortete er nach längerem Taktieren mit Gedächtnislücken, das müßten wohl die damals ermittelnden Staatsanwälte aus der Sonderkommission gewesen sein. Dieser Darstellung widersprach aber sehr sicher der später als Zeuge gehörte Staatsanwalt Kramer!
Auf die Frage, warum Müller in der Hessenschau von acht feststehenden Rädelsführern und Molliwerfern gesprochen hatte,



„Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!" Müller-Transparent auf der Demonstration Pfingsten 1976.

dann aber nur sieben Bilder gezeigt wurden, ZDF und Presse hingegen sogar nur fünf Bilder gezeigt hatten, versuchte er sich hinter der Technik zu verschanzen. Das ZDF habe aus 'technischen Gründen' nur fünf Bilder zeigen können. Das klang so, als wollte er damit sagen, daß auf einem ZDF-Bildschirm nur fünf Bilder Platz hätten, bei der Hessenschau dagegen sieben, maximal, denn der sogenannte achte Rädelsführer war dort ja auch nicht gezeigt worden. Und die Presse hatte wiederum nur Platz für fünf Bilder. Dem Gericht wollt's nicht so recht einleuchten. Warum das Bild von L., trotz eines seine Unschuld feststellenden Aktenvermerks, präsentiert wurde, fiel Müller noch schwerer zu begründen. Schließlich rang er sich dazu durch, daß, obwohl am nächsten Tag der Staatsanwalt die Unschuld von L. bestätigte, zum Zeitpunkt der Hessenschau noch ein oder zwei Mitglieder der Sonderkommission Zweifel an dieser Auffassung gehabt hätten und L. doch für verdächtig hielten. Deshalb sei die TV-Präsentation berechtigt gewesen! Müller glaubte das wohl selbst nicht so recht, wie man aus seinem Gesichtsausdruck beim Vortragen dieser Version annehmen mußte. Auch das Gericht schaute nur noch bestürzt drein.

Auch die Fragen nach den konkreten Ermittlungsergebnissen der 'Experten' brachten ein äußerst mageres Ergebnis. Da war nichts außer dem anonymen Anruf.

Sichtlich gereizt und überfordert beendete Müller seine Zeugenaussage mit einer „scharfen" politischen Rede. Die Arbeit der Polizei habe ja schließlich der Verteidigung des Rechtsstaates gedient und der Dany sei ja der Anführer von 'Gruppierungen', die ihn persönlich verleumdeten und schon lange abschießen wollten. Diese Ansicht war vermutlich dadurch bestärkt worden, daß während der Verhandlungspausen von Zuschauern über die derzeitig gerade laufende 'Holocaust'-Serie geredet wurde und dabei, für Müller vernehmlich, böswillige Vergleiche zwischen ihm und dem SS-Mann Dorf gezogen wurden.

Auf die Schlußplädoyers der Verteidiger soll jetzt nicht weiter eingegangen werden, es kamen im wesentlichen die Argumente, die das Gericht später auch in der Begründung für den Freispruch anführte.

Bezeichnend für das Rechtsverständnis von Politstaatsanwälten – die Staatsanwaltschaft hält sich nach eigenen Angaben für die objektivste Behörde der Welt! – war das Plädoyer von Staatsanwalt Galm:
Müller könne gar nicht gangsterhaft gehandelt haben, da er ja keine Gang oder kriminelle Vereinigung gebildet habe. Seine Wortwahl in der Hessenschau sei „unglücklich" gewesen und der „sprachliche Schnitzer" sei zu entschuldigen. Das 'mutmaßlich' hätte jeder Zuschauer zum 'Täter' hinzudenken **müssen**, denn – so Galmsche Logik – wenn eindeutige Schuldbeweise vorgelegen hätten, dann wäre ja gar keine Fernsehfahndung mehr notwendig gewesen! L. hingegen sei, trotz der nicht bestrittenen Existenz der o.g. Aktennotiz, verdächtig gewesen: denn wer wie er in einem besetzten Haus wohne, wo zudem noch Transparente und Helme gefunden wurden, die möglicherweise auf dieser Demonstration benutzt worden waren, die der reinste Aufmarsch gegen den Rechtsstaat gewesen sei, der habe das selbst zu verantworten.
Er beendete sein Plädoyer mit einer Antwort auf den Vorwurf der Verteidiger, daß die Sonderkommission unter einem sehr großen Erfolgszwang gestanden hätte und deshalb irgendwelche Täter, auch ohne Verdachtsmomente, präsentiert hätte. Dazu meinte Staatsanwalt Galm wörtlich: „Es bringt nichts, irgendjemand zu präsentieren." Armes Deutschland, wem holocausts nicht bei solcher Logik!

Wer etwa glaubt, die Darstellung der Aussagen von Müller sei hier verzerrt und übertrieben wiedergegeben worden und das Plädoyer des Staatsanwaltes sei gar nicht so absurd gegenüber dem Prozeßverlauf gewesen, der soll lieber glauben, daß das Ganze noch viel absurder war als es hier beschrieben worden ist. Sonst hätte sich sicher kein Gericht bereitgefunden, so hart über einen Polizeipräsidenten und dessen Polizeipraktiken zu urteilen.



DANN SITZ ICH WIEDER AUF DEM BOCK

DÜSSELDORF 20. Februar *Aus Fernfahrerkreisen wird uns geschrieben:*

Hallo Joachim, hallo liebe Mitleser!

Deinen Brief (ID 269) habe ich mit Begeisterung gelesen, zumal ich selbst zeitweise in der Schrauberei dringesteckt habe und — das weiß ich hundertprozentig — irgendwann wieder drinstecken werde.

Bei mir lief's genau so, wie Du es beschrieben hast: als kleiner Junge hab ich immer zugeschaut, wenn auf unserer Straße Mercedesse vom Transporter geladen wurden, da wollte ich — mit sechs Jahren — Direktor von Mercedes werden, damit ich das auch mal durfte. Später auf den spärlich zusammengesparten Europatrips bin ich dann der Faszination für die verfallen, die sowas jeden Tag machen. Dann kam die Bewerbung für 'n Studienplatz bei der Zentralstelle und die lange Wartezeit habe ich dann dadurch genutzt, daß ich den 2er Führerschein gemacht habe (nicht beim Bund) und in den Fernverkehr gegangen bin.. Da hatte ich dann plötzlich das, wovon ich ganz tief drin immer geträumt hatte, was aber zu „Erfüllung meines Lebens" immer irgendwie zu niedrig war — Scheiß-Erziehung!

Da bin ich dann gefahren: Röhren mit Sondergenehmigung für 22 m Länge im Benelux- und Südfrankreichverkehr, Henschel F 261 mit gelenktem, ausziehbarem Tapper Auflieger. Dann kam's langsam, aber dicke: So langsam merkte ich, daß ich durch die permanente Arbeit sämtliche Kontakte zuhause verlor, nur noch auf meine Freundin fixiert, die in meiner Not mit manchem Schweinkram konfrontiert wurde und das zum Glück nicht lange mitgemacht hat. Wie hab ich die Jungens und die Kranführerinnen beneidet, wenn beim Abladen in den Fabrikhallen plötzlich das Elektrohorn zum Schichtwechsel dröhnte, und die ihre Klamotten fallen ließen. Dann hatte ich meist noch 500 oder 1000 Kilometer vor mir, ganz zu schweigen von den weiteren 1 1/2 Stunden Ladezeit.

Irgendwann hab ich 's dann darauf angelegt, auch bezüglich Fahrtenschreiber keine Tricks mehr anzuwenden. Sollten sie mich doch kriegen. Ich würde es denen schon erzählen, daß ich nicht derjenige bin, der für die Fahrtzeitüberschreitungen verantwortlich ist. Aber sie haben mich nie gefragt, nie angehalten oder kontrolliert (privat im PKW erwischen sie Dich bei jedem Kinkerlitzchen). Einmal hat mir einer an der holländischen Grenze bei der Einfahrt in die Bundesrepublik gesagt, daß zwei Kilometer weiter eine Kontrolle der BAG (Bundesanstalt für den Güterfernverkehr) steht. Da hab ich auf die Frachtpapiere gesehen, nachgerechnet und gemerkt, daß ich 42 Tonnen Gesamtgewicht hatte (38 Tonnen sind erlaubt). Da hab ich's dann doch nicht fertiggebracht, über die Grenze zu fahren, hab mich in die Koje gehauen und bei minus vier Grad gepennt. Meine Klamotten waren noch naß vom Laden im Hagel. Am nächsten Morgen bin ich dann von Venlo nach Düsseldorf. Ich hatte einen so dicken Kopf und Fiebern und Zittern, daß ich Muffe hatte, beim Fahren die Seitenspiegel abzureißen. Auf dem Firmenhof hab ich dann noch 'n bißchen dazugedichtet, damit ich mich mal 'nen Tag ins Bett legen konnte. Als ich dann am nächsten Mittag wieder angerufen hatte, um Bescheid zu sagen, daß es morgen wieder klappen würde, haben sie mich rausgeschmissen. Dagegen hab ich dann nicht einmal was gemacht, weil ich irgendwie besinnungslos war: einerseits die Schnauze voll, hab mich auf die Ruhe und das Arbeitslosengeld gefreut — endlich mal nach Monaten wieder was für sich selbst machen — anderseits den Bauch voller Wut.

Nachher hab ich dann noch Nahverkehr gefahren, verschiedene Sachen: Schrott im Muldencontainer, Gemüse für Supermärkte (muß bis 7.30 Uhr da sein), Stückgutverkehr und Lieferbeton.

Später, während des Studiums, bin ich auch gefahren. Da fand ich die Fahrerei im Vergleich zum Fließband auch wieder gut — trotz Funk und permanenter Überwachung. Alles nur Nahverkehr mit relativem Feierabend. Da steigst Du abends vom Bock, freust Dich übern Feierabend und 'ne halbe Stunde später kommt der dicke Hammer: da merkst Du auf einmal — obwohl Dir's den ganzen Tag nichts ausgemacht hat — daß Du zehn oder zwölf Stunden total konzentriert gearbeitet hast. Dann ist's Essig mit Feierabend; da machst Du nichts mehr, nur noch hängenlassen und konsumieren. Und dann überlegst Du's Dir wieder: zwei Stunden länger am Tag würdest Du schon schaffen — dafür mehr Erlebnisqualität, Freizeit ist eh für'n Arsch, also wieder Fernverkehr!

Inzwischen bin ich examinierter Sozialpisser in „guter Stellung". Von der Fahrerei bin ich aber trotzdem nicht los und werd's auch wieder machen. In einigen Jahren sitz ich wieder hauptberuflich auf dem Bock. Aber klar ist, daß das für keinen Unternehmer sein wird. Ich will auch selber keiner werden.

Deine Idee von der syndikalistischen Transportarbeitergewerkschaft finde ich traumhaft aber alles andere als unrealistisch: Ich kenne 'ne Menge Leute, die da mitmachen würden, und die gibt's woanders sicherlich auch!

'Ne andere Idee: Der Alternative Europazug!!! 'nen 38tonner kollektiv betreiben, z.B. für die besetzten Betriebe in Frankreich, in denen 13897 Arbeiter malochen (laut ID 214), mit eigener Zeitung, Mitteilungsfläche und Nachrichtentransport, Doppelsitzkabine, der endlich auch mal von Frauen gefahren wird.

Übrigens sind wir schon mehrere, die das vorhaben. Laß uns ein Treffen arrangieren und weiter im ID und der TAZ darüber berichten!

Grüße von allen möglichen Initiativen in Düsseldorf: Henrik W. Gähte *(Kontakt über ID, Stichwort: BETRIEB)*



DIE ÄNGSTE DER FRAUEN INTERESSIEREN DAS GERICHT NICHT

FRANKFURT 21. Februar *Die Frankfurter Rundschau bringt in ihrer Ausgabe vom 8. Februar unter dem Titel „Sexualverbrecher: Täter und Opfer brauchen Behandlung" einen Bericht über einen Prozeß in Frankfurt. Angeklagt ist ein 21jähriger, der in der Frankfurter Innenstadt drei Frauen überfiel. Zweimal konnten Frauen ihm mit Hilfe von Passanten und Nachbarn enkommen, die dritte, eine Koreanerin, wurde schwer mißhandelt. Frauen aus dem Frankfurter Frauencafe und dem Haus für mißhandelte Frauen haben den Prozeß beobachtet und nehmen zur Berichterstattung der Frankfurter Rundschau Stellung. Die Rundschau schrieb damals u.a.:*

Sexualverbrechen: Täter und Opfer brauchen Behandlung

Junger Mann mißhandelte und mißbrauchte Krankenschwestern / Drei Jahre Freiheitsentzug

Für dringend therapiebedürftig hält die Jugendstrafkammer in Frankfurt einen 21jährigen Elektromonteur, der wegen Vergewaltigung, Körperverletzung und Freiheitsberaubung dieser Tage zu drei Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde. Wie in dem Prozeß zu erfahren war, bedürfen auch die Opfer des schwer neurotisch veranlagten Angeklagten der psychotherapeutischen Behandlung, nachdem bei ihnen erhebliche Angstzustände aufgetreten sind.

Auf Grund eines Phantombildes, das die Polizei nach Angaben der bedrohten Frauen anfertigen ließ, war der Täter im April des vergangenen Jahres gefaßt worden. Tage zuvor gelang es ihm, zwei Polizeibeamten zu entkommen, die ihn bereits festgehalten hatten. Sein Auftreten hatte die Öffentlichkeit beunruhigt, nachdem Einzelheiten der Taten bekannt wurden.

Wie die Beweisaufnahme ergab, war am 27. März 1978 von dem Angeklagten eine indonesische Krankenschwester mit dem Messer bedroht worden. Sie war an diesem Morgen auf dem Weg ins Diakonissen-Krankenhaus. Bereits in der U-Bahn verfolgt, wurde sie gezwungen, mit ihm in ein Abbruchhaus in der Finkenhofstraße aufzusuchen. Dort mußte sie sich im obersten Stockwerk seinen sexuellen Forderungen fügen. In der Hoffnung, vor dem Mann weglaufen zu können, schlug die Krankenschwester schließlich vor, man sollte zu ihr nach Hause gehen.

Vor ihrem Haus im Grüneburgweg aber schöpfte der Angeklagte plötzlich Verdacht — und sah sich darin auch bestätigt. Denn als er klingelte, meldete sich aus der Wohnung eine Freundin. Nun bestand der Mann darauf, daß die Krankenschwester mit ihm wieder in das Abbruchhaus zurückkehrte. Hier sollte es im Keller und später im ersten Stock zu brutalen Szenen kommen: Mit Drahtschlingen an den Füßen und von dem Täter an einem Balken aufgehängt, wurde die Krankenschwester unter anderem von dem Mann mit einer Latte mißhandelt, bis sie zu Boden fiel. Dann vergewaltigte er sie erneut. Anschließend durfte sie nach Hause.

Als der Angeklagte am 3. April zwischen fünf und sechs Uhr morgens wieder an der Wohnung dieser Krankenschwester klingelte, waren Freundinnen da, die sofort nach der Polizei riefen. Zwar entdeckten die Beamten den beschriebenen Täter in seinem Wagen vor dem Haus, doch gelang es ihnen nicht, ihn auf der Stelle festzunehmen. Er riß sich los — und sprach eine Stunde später in der Fichardstraße wiederum eine Kanrkenschwester an, eine Koreanerin,

* * *

die ebenfalls auf dem Weg in eine Klinik war. Mit seinem Arm, den er massiv gegen ihren Hals drückte, zwang der Mann die sich verzweifelt wehrende Frau zurück in ihr Haus und hinunter in den Keller. Dort fesselte er sie mit Draht.

Wie das erste Opfer, schlug auch diese Krankenschwester vor, nach oben auf ihr Zimmer zu gehen, wo man es bequemer haben könnte. Ihr Einfall hatte Erfolg: im Treppenhaus riß sie sich von ihm los, rannte auf die Straße und schrie um Hilfe. Als die ersten Passanten herbeieilten, ergriff der Täter die Flucht.

Während der Angeklagte beide Taten vor Gericht auch zugab, bestritt er energisch einen dritten Überfall, den ihm die Staatsanwaltschaft anlastete. Das Gericht hingegen sah es als erwiesen an, daß er bereits im Sommer 1977 nachts im Kettenhofweg in eine Mansardenwohnung eingestiegen war und dort mit den Worten: „Ich will was von dir" einer Studentin das Messer an den Hals gesetzt hatte. Dabei sei es zu einem Kampf gekommen, worauf Nachbarn aufwachten und der Täter flüchtete. Die Studentin war sicher, daß der Angeklagte jener Eindringling war, der über die Gerüste des renovierten Nachbarhauses in die Mansarde kletterte.

Was die Jugendstrafkammer — der Angeklagte war zur Tatzeit noch keine 21 Jahre alt — besonders interessierte, waren die Motive, die für die Tat bestimmend waren. Hatte der Angeklagte lediglich erklärt: „Ich weiß nicht, warum ich es getan habe", konnte der psychiatrische Sachverständige Focken vom Frankfurter Institut für Kinder- und Jugendpsychiatrie mehr Aufschluß geben.

Wie aus seinen Gutachten hervorging, liegt bei dem hochgradig neurotischen Angeklagten eine sadomasochistische Störung vor, die ihren Ursprung in ungünstigen Kindheitskonstellationen hat. Von Bedeutung ist dabei, daß der Angeklagte erst mit zwölf Jahren entdeckte, wer seine Mutter war. Bis dahin nämlich war ihm vorgespielt worden, daß er der Sohn jener Frau sei, die in Wirklichkeit seine Großmutter war.

Die Verwirrung über die tatsächlichen verwandtschaftlichen Beziehungen kam nicht ohne Grund zustande: Da der Junge unehelich geboren wurde, hatte man aus Angst vor einem Gerede im Dorf kurzerhand die Großmutter zur Mutter, die Mutter zur Schwester und die Onkel zu Brüdern gemacht. Vor allem aber fehlte es dem Kind an männlichen Bezugspersonen, mit denen es sich hätte identifizieren können.

Sein vermeintlicher Vater, in Wirklichkeit der Großvater, verließ die Familie schon früh und war für den Jungen eine Enttäuschung. Als die Mutter-Schwester dann wieder heiratete, kam er zu ihr nach Frankfurt, gewann aber keinen rechten Kontakt zum Stiefvater. Belastet mit dieser Vorgeschichte, entwickelten sich Schwierigkeiten im Umgang mit Schulkameraden und Lehrern, wurden später die Stellen häufig gewechselt. Sein Verhältnis zu Mädchen blieb im Schwärmerischen stecken, reale Beziehungen existieren nicht. Und die Verwaltigung im Abbruchhaus war überhaupt der erste sexuelle Kontakt.

Während Staatsanwalt Manfred Oswald eine Jugendstrafe von drei Jahren und zehn Monaten beantragt hatte, sprach sich die Verteidigung für eine Strafe aus, die unter zwei Jahren liegen und zur Bewährung ausgesetzt werden sollte. In dem Urteil, das die vom psychiatrischen Sachverständigen attestierte verminderte Zurechnungsfähigkeit berücksichtigte, wies der Vorsitzende Mückenberger besonders auf die Notwendigkeit einer Therapie hin: Die Prognose im Fall dieses jungen Mannes ist nicht ungünstig, und in der Höchster U-Haftanstalt konnte bereits mit den ersten Therapieschritten begonnen werden.

Lepp

Die Frankfurter Frauen meinen dazu:

Zwei Frauen aus unserer Gruppe „Frauen gegen VerGEWALTigung" waren unmittelbar von dem Prozeß betroffen. Deshalb wollten wir alle als Zuschauer am 23. und 25.1. den Prozeßverlauf verfolgen.

Am 1. Verhandlungstag wurde die Öffentlichkeit jedoch ausgeschlossen, mit der Begründung, daß dem „sensiblen jungen Mann" nicht zugemutet werden könne, sein Intimleben vor der Öffentlichkeit auszubreiten (was dann seltsamerweise 2 Wochen später in der Presse doch geschah). Trotzdem wollten wir uns nicht einfach abschütteln lassen und beschlossen, zumindest vor der Tür, die Öffentlichkeit zu wahren.

Am 2. Verhandlungstag machte eine Frau aus unserer Gruppe ihre Zeugenaussage; wider Erwarten wurde ihr Glauben geschenkt.

Am 26. war die Urteilsverkündung — nun öffentlich. Gerade der FR-Artikel vom 8.2. spiegelt die Argumentationsweise des Gerichts sehr gut wieder.

In der Urteilsbegründung bewies das Gericht eine außergewöhnlich-differenzierte und einfühlsame Haltung gegenüber den Sozialisationsschäden des Angeklagten. Das Hauptanliegen des Gerichtes war, die fehlgelaufene psycho-sexuelle Persönlichkeitsentwicklung des Angeklagten zu einer „gesunden" und „normalen" Sexualität hinzuführen. Die Sexualität und die Ängste der verGEWALTigten Frauen dagegen interessierte das Gericht recht wenig! In der Presse wurde zwar registriert, daß auch die „Opfer behandlungsbedürftig" sind, tatsächlich haben diese aber bisher keinerlei öffentliche Hilfeleistung bekommen.(z.B. Geld für Umzug, Therapie...).

Die verständnisvolle Haltung und das Eingehen auf die persönlichen Hintergründe einer Straftat ist an sich begrüßens- und wünschenswert, nur bleibt die Frage offen, warum dies nicht bei anderen Straftaten geschieht; solchen, die gesellschaftliche Wertvorstellungen in Frage stellen. (z.B. Eigentumsdelikte, linke politische Aktionen).

Sind Verbrechen, die sich gegen Frauen richten, nicht so gravierend? Kann ein Mann, der Frauen verGEWALTigt, nicht

immer mit einem relativ niedrigen Strafmaß rechnen? Ist es nicht bekannt, daß gerade Zeuginnen in Ver GEWALTigungsprozessen oft wie Angeklagte behandelt werden?
Es scheint doch so, daß hier die Männer, die über einen Mann zu Gericht saßen, der Frauen gefoltert hat, dies ausschließlich als individuelle, wegtherapierbare Verfehlung interpretieren.
Wir meinen jedoch, daß die gesamtgesellschaftliche Frauenverachtung, die wir alle schon mal am eigenen Leibe erfahren haben, und täglich neu erfahren, die Basis solcher Delikte darstellt und sowohl beim Richter wie auch beim Täter latent vorhanden ist (beim letzteren war lediglich die Dosierung unüblich hoch!).
Dieses Gesellschaftssystem bietet einem Mann, wie diesem Angeklagten die Möglichkeit, das Elend seiner Randgruppenexistenz im Frauenhaß zu kanalisieren; und somit verhindert diese patriarchalisch strukturierte Gesellschaft, daß er seine Wut gegen das richtet, was sein Elend produziert.
Um nicht mißverstanden zu werden: dies soll kein lauter Ruf nach „law and order" sein; vielmehr haben wir mit dieser Thematik „VerGEWALTigung und seine Bestrafung" große Konflikte: Auf der einen Seite unsere direkte Betroffenheit und die Bedrohung, die uns wünschen läßt, alle Frauen für immer vor Ver GEWALTigern zu schützen; zum anderen unser politisches Bewußtsein, das die Funktion von Gefängnissen im bürgerlichen Staate kennt, und auch das Wissen, daß Knast und die HERRschende bürgerliche Psychiatrie kaum bessere Verhältnisse und Einsichten schaffen.
Wir sind der Ansicht, daß es dringend nötig ist, sich mit diesen Widersprüchen auseinanderzusetzen, daß Frauen auf breiter Ebene diskutieren, was wir, von wem und überhaupt fordern sollen, daß über VerGEWALTigung und ihre Konsequenzen öffentlich gesprochen und nicht mehr verdrängt wird, daß das Mäntelchen des Schweigens, der Scham und der Schuld, das über solche Vervrechen gebreitet wird, endlich beiseite gehängt wird!

Wir sind zu erreichen über:
Frauencafe Frankfurt/M–Bockenheim
Landgrafenstraße 13 Tel.:0611/778288

Haus für Mißhandelte Frauen Tel.:0611/439541

PRIVATE ROLLKOMMANDOS UND SCHLÄGERTRUPPS GEGEN HAUSBESETZER

AMSTERDAM
Januar '79

Aus Amsterdam erhielten wir neue Informationen zum Thema Hausbesetzungen. Wir setzen damit die Berichterstattung aus dem ID 261/62 fort. Diese Meldungen kommen von Genossen des Buchladens „Het Fort van Sjakoo" sowie aus der Zeitung „Het Parool".

Als Montagmorgen um 10 Uhr ungefähr in der Keizersgracht 257 geklingelt wird, bricht unter den Bewohnern etwas Panik aus. „Was ein Glück", so das Mädchen, das die Tür öffnet, „Sie sind nur ein Reporter. Wir dachten schon es wäre Alarm vom Hausbesetzerdienst." — Diese Unruhe ist bezeichnend für die Besetzer im Amsterdamer Grachtengürtel. Johan: „Wir sind informiert worden, daß im Augenblick hundert Mann angeheuert werden, um einen Angriff auf besetzte Häuser vorzunehmen. Deswegen ist ein Alarmdienst aufgebaut worden. Unsere einzige Rettung ist, so schnell wie möglich mit soviel Besetzern wie möglich anwesend zu sein." Zum Beispiel Oktober letzten Jahres: „Drei Mal wurde mit Gewalt versucht ein besetztes Haus in der Singel 114 zu räumen. Kamen beim ersten Mal nur 4 Mann, bewaffnet mit Brecheisen, beim letzten Mal stand Harry Goudswaard mit seiner 12 Männer starken Karatetruppe vor der Tür. Er hat fürchterlich gewütet und zwei Besetzer krankenhausreif schlagen lassen."

Beim Thema ‚Rollkommandos' taucht der Name Goudswaard immer häufiger auf. Ein Typ, der Schläger anheuert, um Hausbesetzer für seine privaten Auftraggeber aus den Häusern zu prügeln. Johan: „Dieser Mann schreckt vor nichts zurück. Er macht daraus auch kein Geheimnis. Hat selbst mal gesagt, daß er für 14.000 Gulden ein Haus leerschlägt." Ein Protokoll, aufgenommen im Polizeibüro Warmoesstraat beweist, daß Goudswaard übel im Haus Singel 114 gewütet hat. Als Rechtfertigung führt er an, daß er das Haus selbst für 40.000 gemietet hat, um eine Sportschule für seine Schüler aufzumachen. Die ‚Schüler' hatte er dann gleich mitgenommen, um das Haus von den Besetzern zu räumen. Am Schluß des Protokolls wird dann erwähnt, daß Goudswaard gegenüber einem Zeugen erklärt hat, daß ihm „die 40.000 Gulden auf jeden Fall sechs Menschenleben wert sind"

Bei der letzten größeren Räumungsaktion am 5. Januar in der Brouwersgracht hat sich Goudswaard nicht gezeigt. Im Büro des Hausbesetzerdienstes werden die Beweise, wer dahinter steht, allerdings noch gesammelt. Für Johan steht fest, daß Goudswaard nicht abwartet bis ein ratloser Hausbesitzer ihn aufsucht, sondern selber aktiv ist". Er weiß genau, welcher Hausbesitzer in finanziellen Schwierigkeiten ist. Er kommt dann mit dem Räumungsangebot oder kauft das Haus selber auf."

Die Kommandos von Goudswaard sollen sich aus Jugendlichen zwischen 16 und 21 Jahren zusammensetzen. Die meisten Besetzer sind der Auffassung, daß diese Jugendlichen bei Amsterdamer Fecht- und Sportschulen angeheuert werden. Beim Hausbesetzerdienst glaubt mensch das nicht. „Ich möchte keine einzige Schule beschuldigen, daß sie bewußt Menschenmaterial liefert," so ein Wortführer. „Durch meine frühere Sozialarbeit in den Stadtteilen Amsterdams kenn ich diese Jugendlichen. Meistens sind es Arbeitslose, die in den Cafes rund um den Leidseplain angeheuert werden. Pro Aktion kriegen sie angeblich rund 500 Gulden. Ein großer Teil Drogenabhängiger ist darunter, Jugendliche, die alles machen um an Heroin zu kommen." Auffallend ist die große Publizität, die die Tageszeitungen dem angekündigten Auftreten der Schlägertrupps widmen. Eine Gefahr, die sich dahinter verbirgt, ist, daß sich folgende Auffassung durchsetzt: die privaten Schlägertrupps greifen den Rechtsstaat an, der Grund dafür sind die Hausbesetzer, wenn der Staat gegen die Besetzerbewegung härter vorgeht, werden auch die privaten Rollkommandos verschwinden. In diesem Zusammenhang sind auch Versuche zu sehen, einen alten umstrittenen Gesetzentwurf aus den sechziger Jahren, das ‚Anti-Besetzergesetz', wieder aus dem Kühlschrank zu holen. Dieser Gesetzentwurf gibt der Polizei die Befugnis, direkt gegen das Hausbesetzen vorzugehen. Es wird zu einem strafrechtlichen Vergehen und bleibt nicht im Rahmen des Zivilrechts, wie es im Augenblick noch der Fall ist. Seit Beginn Januar gibt es in Amsterdam ein Informationstelefon für Stadtteil- und Besetzeraktionen, ein Zentrum, das Auskunft gibt über die vielen unabhängigen Gruppen in der Stadt. Auch für alle deutschen ‚politischen Touristen', die mit den Stadtteilgruppen in Amsterdam in Kontakt kommen wollen, kann diese Nummer interessant sein .

Kontakt: Huistelefoon, täglich anwählbar (außer Sonntags) zwischen 13 und 17 Uhr, Tel.: Amsterdam 25 31 50.

88,5% GEGEN DIE ERWEITERUNG DES TRUPPENÜBUNGSPLATZES

MILLAU/LARZAC
22.Februar

Im Februar wurde vom Bürgermeisteramt ein offizielles Referendum zur geplanten Erweiterung des Truppenübungsplatzes bei Millau, am Rande des Larzac-Plateaus, abgehalten. Eine solche Volksabstimmung hat in Frankreich keinen legislativen Wert, aber die mit den Bauern sympathisierenden Stadtväter wollten zeigen, wie die Mehrheitsverhältnisse sind.
Von den 15 793 Wahlberechtigten kamen 10 613 zur Wahl. 88,5% stimmten gegen die Erweiterung des Camps und nur 11,5% dafür.

IRAN



Bestreikter Basar in Teheran. Foto: LNS / Eva Cockcroft

DER SCHAH IST WEG, WAS NUN?

FRANKFURT/ PARIS/TEHERAN 26.Februar

Nach dem Bericht des ,Liberation'-Korrespondenten in Teheran vom 26. Februar beginnt sich das Leben im Iran wieder zu normalisieren. Post, Transportmittel, Iran-Air usw. funktionieren wieder, auch die öffentliche Verwaltung, die Banken und der Basar sind geöffnet.

Aber dieser Anschein hat auch seine Kehrseite. ,,Fast alle Leute sind an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt, aber das heißt noch nicht, daß sie auch die Arbeit wieder aufgenommen haben," sagt ein Buchhändler aus der Avenue ,Schah Reza'. Eine beträchtliche Anzahl von Industrieunternehmen ist noch geschlossen, die Banken sind zwar geöffnet, aber bis die Zahlungen wieder abgewickelt werden können, muß erst das Chaos des monatelangen Streiks geordnet werden. In den Depots der Zollverwaltung sammeln sich Waren im Werte von mehreren hundertmillionen Dollar, die noch auf die Verzollung warten. Die endgültige Normalisierung der Wirtschaft wird sicher noch auf sich warten lassen, solange die politische Situation jeden Tag unsicherer wird.

Letzte Woche fand die erste Kraftprobe zwischen den Khomeiny-Leuten und den ,Linksradikalen' statt. Während Khomeiny das Ende der ,Revolution' ausruft und auf Normalisierung,Ruhe und Ordnung drängt, verkünden die ,Linksradikalen' die ,Permanenz der Revolution' und mobilisieren sich überwiegend für ihre derzeitige Hauptforderung nach einer ,Volksarmee'.

Die iranischen Linksradikalen sind zur Zeit wahrscheinlich eher ein diffuses Konglomerat von verschiedenen Linken, als deren Sprecher derzeit aber die ,Volksfeddayn' erscheinen. Die ,Volksfeddayn', die als ML-Kaderorganisation seit mehreren Jahren den bewaffneten Kampf gegen das Schahregime führten, hatten nach Schätzungen bis vor kürzerer Zeit nur zwei- bis viertausend Kader. Aber es scheint, daß sie in den letzten Wochen einen sehr starken Zulauf hatten und gerade bei den linken Studenten wegen ihres Muts und ihrer Opferbereitschaft hohes moralisches Ansehen genießen. Obwohl auch feststeht, daß sie beim bewaffneten Aufstand gegen die Bakhtiar-Regierung eine erhebliche Rolle gespielt haben und nach der Erstürmung der Kasernen über große Waffenvorräte verfügen, ist ihre derzeitige Fähigkeit auch spektakuläre, bewaffnete Machtdemonstrationen durchzuführen, nur im Zusammenhang mit dem allgemein herrschenden Machtvakuum zu sehen. Auch stellt sich die Frage, wie fest der organisatorische und ideologische Zusammenhang zwischen den alten Kadern und neuen Anhängern überhaupt ist.

Letzte Woche jedenfalls mobilisierten sich 50.-100.000 ,Linksradikale' für eine Radikalisierung der Revolution, für eine Volksarmee, für Nationalisierung und Arbeiterkontrolle der Industrie und Khomeiny persönlich beschimpfte die ,Linksradikalen' als ,,Feinde der Revolution", ,,Atheistenbande" und als letzte Steigerung als "Kommunisten", gab schließlich aber doch nach und hob das Demonstrationsverbot auf.
Wie verhärtet aber hier bereits die Fronten sind, deuten die Äußerungen des Colonel Tavakoli an, die er in einem Interview gegenüber dem amerikanischen Journalisten Ralpf Schoenmann machte. Tavakoli war Koordinator der militärischen Aktivitäten im ,Comite Khomeiny' und dem neuen Generalstabschef Gharani direkt beigeordnet. Seine Äußerungen lassen sich so zusammenfassen: ,,Lassen wir noch etwas Zeit ins Land streichen, wenn die Bevölkerung dann so weit ist, legen wir alle Linksradikalen um!" Zwar mußte Tavakoli zurücktreten und seine Äußerungen wurden offiziell dementiert, aber sicher war er nicht der einzige Khomeiny-Vertraute mit dieser Haltung.

Am vergangenen Samstag mobilisierten auch die offen islamischen Guerrillas der ,Moudjahiddins' zu einer größeren Versammlung, auf der sie sehr ähnliche Forderungen wie die 'Volksfeddayn' hinsichtlich der Ersetzung der Schaharmee durch eine revolutionäre Volksarmee, der Einsetzung von Arbeiter- und Volksräten und öffentlichen Prozessen gegen hohe Schahvertraute aufstellten.

Auch unter den Arbeitern selbst gärt es. Am Freitag belagerten mehrere tausend Arbeiter das Arbeitsministerium und diskutierten schließlich mit dem Arbeitsminister über Fragen der gewerkschaftlichen Organisierung, Streikrecht und Arbeiterräte zur Kontrolle der Fabriken. Zum letzten Punkt wiegelte der Arbeitsminister Forouhar stark ab, und warnte die Arbeiter vor dem ,,krankhaften" Extremismus der Intellektuellen und Studenten.

Auf der politischen Ebene erscheint das Kommen einer islamischen Republik heute weniger sicher als noch vor zwei Wochen. Wichtige politische und religiöse Führer, darunter der vor wenigen Tagen aus dem Exil zurückgekehrte ehemalige Führer der Nationalen Front, Ali Shayegan, und die Ayatollas Shariat Madari aus Quom und Talegani aus Teheran, haben sich in sehr ähnlichen Erklärungen für eine moderne laizistische Republik ausgesprochen. Am 21.März soll eine Volksabstimmung über die politische Herrschaftsform stattfinden.

Die Respektierung der politischen und demokratischen Freiheiten auch durch die Religiösen ist ein Punkt, der weiterhin eine Reihe von Organisationen und Gruppen bewegt.

So haben sich in den letzten zwei Monaten auch mehrere Frauengruppen gegründet. Meistens stehen sie den Organisationen der marxistischen und islamischen Linken nahe und wollen eine autonome Beteiligung der Frauen an der künftigen politischen Entwicklung des Landes sicherstellen. Eine dieser Gruppen, die "Bewegung zur Erweckung der Frauen", hielt in der Fakultät der schönen Künste der Teheraner Universität ein Teach-In ab. Dabei erklärten die Frauen, daß sie mit der Abschaffung der von den Frauen noch unter dem alten Regime erkämpften Rechte und Freiheiten nicht einverstanden seien. Eins davon sei das Scheidungsrecht, das die im Koran festgelegte Verstoßung der Frau abgeschafft hatte.

DEN PUTSCH DER GENERALE HAT DIE GARDE DES SCHAHS VERMASSELT

FRANKFURT
1. MÄRZ

Die Informationen zum folgenden Bericht stammen aus einem Gespräch mit Hannelore, der Frau des Persers Hamid, der Ende letzten Jahres nach Teheran zurückgekehrt ist. Er hat dort als Arzt in Kliniken gearbeitet und „auch ganz stark das Gefühl gehabt, daß er da gebraucht wird und gefordert ist und daß es sinnvoll war, daß er hingegangen ist".
Jetzt hat er aufgehört, in der Klinik zu arbeiten, weil augenblicklich nicht mehr soviel zu tun ist und er auch nach Frankfurt zurückwill, wo er die letzten Jahre lebte.
Der Bericht enthält das, was Hamid am Telefon erzählt hat. Es ist ein Stück persische Revolution, die einen weiten Weg gegangen ist, die vom Ort der Handlung mit zeitlicher Verzögerung durchs Telefon und dann über ein Gespräch aufs Papier gekommen ist. Im Gespräch habe ich gemerkt, wie schillernd die Entwicklung in Persien ist, wie auf ganz unterschiedlichen Ebenen gleichzeitig etwas im Fluß ist mit Widersprüchen, Ecken und Kanten. Als ich die Geschichte nach Gesichtspunkten wie „allgemeine politische Situation", „linke Gruppen", „Familienstrukturen" etc. sortiert und zusammengeschrieben hatte, geriet das alles zu glatt. Deshalb habe ich in den Text wieder ein paar wörtliche Zitate von Hamid und Hannelore eingerückt, Kontrapunkte alltäglicher Vielschichtigkeit und Verwirrung.
Gänzlich außer Acht gelassen sind Fragestellungen, die auf eine verdauliche Antwort abzielen, wie wir in der Bundesrepublik die Vorgänge im Iran einzuschätzen haben. Absicht war, die Eindrücke eines Beteiligten wiederzugeben, der mit unseren politischen Verhältnissen vertraut ist. Die aufgezeigten Übermittlungsschwierigkeiten sollten dabei beachtend in Kauf genommen werden.

Frieder

Der Machtwechsel in Persien zwischen dem 9. und 11. Februar kam überraschend. Als an jenem Freitagabend das Fernsehen den Filmbericht von der Ankunft Khomeini's in Teheran zeigte, war es in der Stadt relativ ruhig. Viele Leute haben sich den Film angeschaut und sich gewundert, daß er überhaupt ausgestrahlt wurde. Prompt rebellierten auch Soldaten eines Luftwaffenstützpunktes im Nordosten von Teheran und entgegen strikter Anweisung, sich zurückzuhalten, ist die kaiserliche Garde, die persische Elitegruppe, ausgerückt, den Aufstand niederzuschlagen.

Dies hat sich in Teheran blitzartig rumgesprochen und da sind die Leute auf die Straße gegangen, haben sich zusammengeschlossen, hat es Schießereien gegeben, haben sich die Guerillatruppen auf den Weg gemacht undundund. Hamid wollte auch durch die Stadt zur Luftwaffenkaserne, auch weil er wußte, daß da ein Krankenhaus ist, wo er gebraucht würde. Doch er kam nicht mehr durch. Er hat dann zunächst übers Telefon den Kontakt zwischen den verschiedenen Stadtteilen aufrechterhalten und Informationen durchgegeben. Das Telefon war wichtigster Nachrichtenübermittler. Man konnte sich das ganze Wochenende über verständigen. Keiner der Schahfreunde ist auf die Idee gekommen, da mal das Telefon abzukneifen.

> Gestern sagte Hamid: „Wir sitzen eigentlich fast jede Nacht zusammen und das sind dann nicht unbedingt Leute aus irgendwelchen Gruppen, das sind Eltern, Brüder, Onkels, Cousins die da sitzen und die Situation bereden, zusammen mit einer engen Gruppe von Freunden. Der Vater von Hamid ist frommer Moslem, der inzwischen ein bißchen aufgeklärt ist, der das Radio nicht mehr ablehnt, der aber regelmäßig betet. Die Mutter macht, was man als fromme Frau macht: sie betet und im übrigen versorgt sie das Haus. Die waren sehr aufgeregt und hatten unheimlich Angst. Doch durch das Verhalten ihrer Kinder sind sie auch ein Stück weit gestärkt worden. Die Mutter hat sich jetzt dran gewöhnt, daß die Söhne nachts abwechselnd Wache schieben und kann dabei durchaus schlafen. Anfangs hat sie nur immer wach im Bett gesessen und gedacht, heute nacht wird der eine Sohn erschossen und morgen der andere."

Am frühen Samstagnachmittag ist ein massives Ausgehverbot für die folgende Nacht verhängt worden unter Androhung saftige Strafen für den Fall, daß es nicht befolgt wird. Khomeini reagierte mit der Anweisung: bleibt alle auf den Straßen, befolgt das Ausgehverbot nicht. Das muß phantastisch geklappt haben. Die Stadt war voll von Leuten. In dieser Nacht sollten alle strategischen Punkte der Stadt mit Panzern besetzt und bewaffnet verteidigt werden. Es war klar, daß jeder, der sich entgegenstellt, niedergeschossen wird, ganz rigid. Dies auch deshalb, weil durchgedrungen war, daß für eben dieses Wochenende ein Putsch von Schahgenerälen geplant war. Vereitelt wurde dies, weil sich die kaiserliche Garde nicht an die Auflage „zurückhalten" gehalten hat und auf die Provokation der Luftwaffensoldaten eingegangen ist. Dadurch ist die Bevölkerung Teherans mobilisiert worden und deshalb fiel der Putsch der schahfreundlichen Generäle aus.

Bis zu dieser Nacht hatten nur ganz linke Gruppen Waffen. Vereinzelt gab es auch in Moscheen welche. Die eigentliche Bewaffnung fing damit an, daß die Luftwaffensoldaten ihre Depots öffneten. Später wurde dann versucht, die Waffen wieder einzusammeln. Jetzt werden Waffen in den Moscheen ausgegeben, doch wird genau registriert, wer welches Gewehr bekommt.

II

Ende Februar. Es breitet sich Unmut aus in Teheran. Nicht nur bei linken Gruppen, sondern insgesamt. Die Leute bemäkeln, der Khomeini habe tolle Sachen versprochen, die er nun nicht halte: „Der hat uns Mitbestimmungsmöglichkeiten garantiert, der hat gesagt, alle Gruppen können zu ihrem Recht kommen, alle Gruppen könnten sich äußern und was macht er jetzt: eine ganz zentralistische Geschichte, wo wir nicht einmal den zentralen Punkt kennen." Selbst in Persien weiß man nicht, wer dieser Revolutionsrat ist. Man kennt Namen, doch nur zwei oder drei, mehr nicht. Es stinkt den Leuten ungeheuer, daß da dauernd irgendwelche geheimen Gremien tagen und Khomeini dann schlicht bestätigt, das sei in Ordnung. Das ist auch mit den Hinrichtungen so. Zwar sei es schon richtig, daß diese Persönlichkeiten



Trauerversammlung auf dem Teheraner Friedhof Behesht Zahra am 16. Okt. 1978. Foto: LNS/ Eva Cockcroft

dran glauben müßten, weil sie es waren, die Schlüsselrollen hatten, aber: einmal hätte man von ihnen noch sehr viel mehr Informationen bekommen können und zum anderen gefällt nicht, daß alles hinter verschlossenen Türen vor sich geht. Die Leute wollen keine Tribunale um sich dran zu ergötzen, aber sie wollen einfach Durchsicht, Transparenz.

„Die Kinder wagen auch schon herbe Kritik an ihren Eltern, das kenn ich durchaus. Was ich bei Hamids Eltern erlebt habe, ist, daß sie ihn auch akzeptieren können, wenn er sich ein stückweit von ihnen wegentwickelt hat. Da sagen sie, er hat's ja zu etwas gebracht, er hat einen Beruf erlernt, er kommt als Arzt zurück, das ist ja ganz toll. Und dazu kommt noch immer, daß die Alten total von den Kindern abhängig sind. Es gibt in Persien überhaupt nichts an Sozialversicherung. Wenn der Vater von Hamid nicht seine Söhne hatte, müßte er ins Armenhaus. Es gibt nur für Leute im öffentlichen Dienst sowas wie Rentenversicherung. Alle anderen sind auf private Absicherung angewiesen. Die Alten hängen in der Luft, wen nichts von ihren Kindern läuft."

Die Situation, sagt Hamid, ist für die Bildung einer Alternative zur Regierung Bazargan günstig. Unter den Religiösen gibt es fortschrittliche Gruppen, die bereit sind, sich mit linken und liberalen Gruppen, z.B. dem linken Flügel der nationalen Front auseinanderzusetzen. Sie arbeiten an einer Plattform, auf der sich all die Gruppen zusammenfinden können und das sieht ganz gut aus. Doch noch immer sind sie auf der Hut: sie haben die Bewaffnung aufrechterhalten. In der Nacht wachen in den Stadtteilen kleine Gruppen, so fünf bis sechs Männer, weil immer noch wildgewordene Geheimdienstleute angreifen und auch die Gefahr durchs Militär dadurch nicht gebannt ist, daß ein paar Obere hingerichtet wurden. Das beispielsweise wird zur Zeit diskutiert. Die Leute, die die Plattform erarbeiten, sagen, wir können uns erst sicher fühlen, wenn das Militär total umstrukturiert ist. Solange nicht auch auf unterster Ebene etwas geändert ist, haben wir keine ausreichende Sicherheit.

„Lediglich der älteste Bruder, der auch bei den Eltern wohnt, hält sich ein bißchen zurück, geht nach Möglichkeit nicht aus dem Haus, mischt sich nicht ein. Der hat einen Sohn, der beim Militär war. Den haben sie über Gespräche soweit gebracht, daß er dort abgehauen ist, Fahnenflucht begangen hat."

Alle Gruppen und Gruppierungen, darunter auch von der Guerilla, die tendenziell zu einer Alternative zur jetzigen Regierung streben, treffen sich in der Universität. Die ist völlig offen für alles, was sich treffen will. Auch die Presse trägt dazu bei, daß die Leute besser durchblicken. Das Radio und Fernsehen, die ja jetzt im Auftrag von Khomeini berichten, sind noch immer zensiert. Da kommt auch heute nichts an brauchbarer Information. Doch die großen Teheraner Zeitungen sind von einer totalen Freiheit. Hamid sagt, sowas habe er einfach noch nie gesehen. Das übersteigt selbst das, was er in Portugal erlebte. Da kannst du alles und jedes lesen, da kommt jeder Leserbrief und jede Stellungnahme von Gruppen. Jede Nachricht, egal von welcher Seite, steht da drin. Und als Kontrast gibt es diese komische, staatsfade Radio und Fernsehen — deutlicher geht's nicht.

„Ich war noch nicht richtig aus Südamerika wieder in Frankfurt, da riefen auch schon die ersten Perser an und fragten, wann ich nach Teheran fliegen würde. Ich war richtig wütend, denn der Hauptgedanke war diese ganz ganz patriarchalische Vorstellung: weil mein Mann da ist muß ich als seine Frau jetzt auch hinfahren. Nicht was für mich da interessant sein könnte, ach woher denn. Und wenn du das schon mitgekriegt hast über viele Jahre, wie die Leute, die schon lange hier gelebt haben, das noch so drauf haben, dann mußt du dich wirklich erschrecken, wenn du hörst, was der Khomeini vielleicht vor hat mit seiner Islamischen Republik."

And when the war is over und dear old Ireland free / I'll take her to the church to wed and a rebell's wife she'll be. (Und wenn der Krieg vorbei ist und das gute alte Irland frei, dann werde ich sie zur Hochzeit führen, daß sie die Frau eines Rebellen sei. Refrain aus einem irischen Lied, Anmerkung des Verfassers)

Hamid hat in einer dieser Zeitungen beispielsweise ein langes Kommunique einer Frauengruppe gelesen, die sich in der Uni trifft. Die hatten in ihrem Programm alles drin, was man auch hier kennt, bis hin zu „Lohn für Hausarbeit". Überhaupt werden Frauen zunehmend aktiv. Waren sie bei den großen Demonstrationen fast alle in Schleier, so kann man jetzt zusehen, wie mehr und mehr der Schleier fällt. Das deutet darauf hin, daß der Schleier bei Aktionen auch funktional eingesetzt worden ist.

Von einer Frauengruppe an der Fachhochschule für Sozialarbeit weiß Hamid, daß diese Frauen gleich nach dem Sturz der Schahfreundlichen Regierung gezielt unverschleiert auf Demonstrationen gegangen sind. Die ganze Zeit sonst traten eigentlich nur Frauen aus der Guerilla ohne Schleier auf. Es waren wenige, und sie waren gut bewaffnet.

III

Jetzt, wo die Auseinandersetzungen abgeflaut sind und es darum geht, sich in Gruppen zu organisieren, im Stadtteil was zu machen, bekommen die Perser, die aus dem Ausland zurückgekommen sind, eine ganz wichtige Aufgabe. Sie sind es, die wenigstens ein Stück weit Erfahrungen haben, wie man mit Gruppen was macht, wie man eine Diskussion führt. So war es unumgänglich, daß Hamid Diskussionsleiter wurde, als sich ein einem groß en Garten in der Nähe seines Elternhauses die Bewohner des Viertels getroffen haben.

„Der Stadtteil, in dem Hamid wohnt ist ein ganz vornehmes Viertel im Norden von Teheran. Dort wohnen Leute, die sich ein Haus gebaut haben mit zwei Etagen, Garten samt Schwimmbad und einer Mauer drumrum. Daß sie sich in einer Gruppe zusammenfinden und die Situa tion diskutieren und versuchen, Versorgungsprobleme gemeinsam zu lösen, ist wirklich erstaunlich. Zumal einige darunter sind, die sicher Möglichkeiten genug haben, über irgendwelche Kanäle sich nochmal hier ein bißchen Öl und da noch mal ein bißchen Zucker zu besorgen. Es muß wohl so sein, daß das eine Generation und soziale Gruppe ist, die trotz der Aufstiegsmöglichkeiten, die das Schahregime ihnen geboten hat, begriffen hat, daß es so nicht geht."

Die Leute in Persien hatten nie Möglichkeiten, einzuüben, wie man sich auf Verammlungen verhält. Sie fühlten sich unsicher, wußten einfach nicht, wie solch eine Versammlung eigentlich ablaufen kann. Die Repression war so vollständig, daß sich fast nichts entwickeln konnte . Es gab im Grunde nur die Tudeh-Partei, die alte persische kommunistische Partei, moskautreu, und ein paar Guerilla-Gruppen. Aber es gab nicht, wie beispielsweise damals in Portugal, verschiedene ausgeformte politische Gruppen im Untergrund. Gewiß, da ist hier mal ne Zeitung gemacht worden dort mal ne Aktion gewesen von Intellektuellen, undogmatischen Linken, die Kontakte zu Persern im Exil aufrechterhalten haben und auf die sich viele Heimkehrer vornehmlich beziehen. Doch diese Zusammenschlüsse waren sporadisch und locker.

„Die Häupter von der CISNU, die sind erstmal geblieben. Im Dezember sind die ersten Perser zurückgeflogen und ich fand das unverantwortlich, weil man noch gar nicht wußte, wie die da aufgenommen würden. Einige von denen hatten Botschaftsbesetzungen mitgemacht Die haben in Schweden im Knast gesessen, in England im Knast gesessen. Die wurden nach gemeinsamer Diskussion zur Probe mitgeschickt. Das finde ich einen Hammer."

Die Riesendemonstrationen vor dem Umsturz sind stark aus den Moscheen heraus organisiert gewesen, in denen sich ja schon seit geraumer Zeit Widerstand geregt hatte. Die Moscheen sind ein sozialer Ort, wo man sich auch in normalen Zeiten trifft, um Familienangelegenheiten zu bereden, Tee zu trinken, etc. Das waren die Stellen die ermöglichten, daß überhaupt soviele Menschen zusammengekommen sind, den Schah zu verjagen. Die Mullahs, diese gewählten Basispriester, haben da sehr gut gearbeitet. Sie haben sich häufig abgesprochen und Reden, die sie in den verschiedenen Moscheen gehalten haben, aufeinander abgestimmt. Eigentlich erst nach diesen Massendemonstrationen haben sich in den Stadtteilen Komitees gebildet, um einmal die jeweilige Situation zu bereden und auch schon Probleme gemeinsam anzugehen. Diese Komitees haben beispielsweise den Verkauf von Brennmaterial und von Grundnahrungsmitteln organisiert. Das ist auf Stadtteilebene gelaufen und da entstanden auch wichtige Informationsverbindungen. Und am Wochenende des Umsturzes ist es blendend über diese Stadtteilgrenzen hinausgegangen, sind Leute aus allen Gebieten der Stadt auf die STraße gelaufen.

IV

Man kann sich schwer vorstellen, daß sich auf dem Land auch so viel abspielt wie in Teheran. Was die Leute da bestimmt gut begriffen haben ist die maßlose Unterdrückung, unter der sie standen. Aber — es gibt in Persien noch Gebiete, da wußten die Leute nicht, daß Schah Reza Pahlewi regierte, da dachten sie, daß es dessen Vater ist, noch immer.

LESERBRIEF ZUR FRITZ-WERNER-GMBH

FRANKFURT 7. Februar *Die Gesellschaft für bedrohte Völker schickte den folgenden Leserbrief an die Frankfurter Rundschau. Dort wurde er nicht veröffentlicht:*

Zu der am 19. Januar veröffentlichten Kurzmeldung auf Seite 2 der FR, die Bundesregierung habe nach eigenen Angaben die Lieferung von 15216 Handschellen und 300 Schlagstöcken mit Elektroschockwirkung nach Iran nicht verhindern können:

Geliefert wurden diese Handschellen und Schlagstöcke von der bundeseigenen Fritz-Werner-GmbH, die bereits unter CDU-Regierungen begann, Munitionsfabriken in der Dritten Welt zu errichten. Bis heute — zur Zeit der SPD/FDP-Regierung — produzieren diese Fabriken Munition für Militärs in Indonesien (genozidartige Verbrechen werden fortgesetzt an Osttimoresen — bisher 80.000 Tote seit 1975 — und an Westpapuas — 50.000 Tote seit 1963), in Nigeria (Biafrakonflikt 1966 — 1970 2 Millionen Opfer), im Sudan (Südsudankonflikt 1955 — 1972 mindestens 500.000 Tote), in Pakistan (Ostbengalenkonflikt 1971 2-3 Millionen Opfer und militärische Übergriffe gegen Belutschen undPaschtunen) und inzwischen auch im Iran.

Die Munition, mit der in den vergangenen Wochen und Monaten wohl mehrere zehntausend wehrlose Menschen im Iran ermordet wurden — und immer noch ermordet werden, entstammt unter anderem dem Know how der bundeseigenen Fritz-Werner-GmbH. Offizielle Richtlinien unserer sozialliberalen Regierung, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, werden damit täglich und auf die Dauer durchbrochen und nicht erst mit den Bürgschaften für U-Boote an Indonesien und Argentinien und für Kriegsschiffe an Persien, abgesehen von den weniger auffälligen Lieferungen von Waffen und Waffenzubehör an Länder der Dritten Welt.

Als im Rahmen des Abbaus von Grundrechten in der Bundesrepublik Personen mit BGS-Listen nach Zeitschriften und Organisationen kontrolliert wurden (die FR berichtete im Mai 1978 darüber), wußte Innenminister a.D. Werner Maihofer nichts davon, dafür wußte der Verteidigungsminister von den neulich bekannt gewordenen säckeweisen Postkontrollen des BND. Nun wieder erklärte Staatssekretär Grüner in der Fragestunde des Bundestages, die Regierung habe nichts von den Lieferungen ihrer eigenen Fritz-Werner-GmbH gewußt. Haben die Herren nicht Sinn für Humor?

Angesichts der oben genannten und teils noch andauernden Massenmorde in Übersee und der sonstigen Unterdrückung in der Dritten Welt im Interesse deutscher (Wirtschafts-)Politik muß man nach dem Sinn der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse fragen, wenn drei Jahrzehnte danach die Verantwortlichen in Bonn mit der Fritz-Werner-GmbH an neuen Völkermorden teilhaben können.

In diesem Zusammenhang sehen wir auch den „Solidaritätsbesuch" von Graf Lambsdorff beim iranischen Kaiser in der Woche vor dem 40. Jahrestag der Kristallnacht. Was sollen die Naziprozesse 1979 gegen untere Chargen — die heute großen, wie Filbinger, werden nicht belangt —, wenn die Bundesregierung ungestraft Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Dritten Welt begünstigen darf.

Gesellschaft für bedrohte Völker, Werner Aron (Münster), Tilman Zülch (Göttingen), Fritz Greußing (Frankfurt), Jungstr. 11, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0611/ 771384

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID NR. 271

Nummer des Abos	bez. bis ID Nr.	Exempl.
4400 E	281	1

UTE LAMPING
HORNERSTR. 17
D-2800 BREMEN 1

Achtung liebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

EIGENTUMSVORBEHALT: ***Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.***

KURZES: Einladung zum Jugendwohnheims-Fest / Gerichtsurteile zu AKWs / Beziehos & Sensiblos / Karlsruher Studendenten verurteilt / Deutsch-Arabische Zeitung / Astrid Proll-Broschüre / An alle unter 18 / Holger + Friedi sind frei / Schwarze Hilfe in Darmstadt / Gegenbuchmesse-Katalog

MEDIEN

REPRESSION

UMWELT

JUGEND (blühende) + UNIVERSITÄT

ARBEIT

FRAUEN

INTERNATIONALES

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45 / Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Bei Bestellung bitte Stichworte angeben:
„Neuabo", „Verlängerung" oder „Adresswechsel".

Außerdem die genaue Anschrift (bzw. die Abonummer).

Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von

18 Mark für ein Vierteljahr, das sind 12 Hefte
36 Mark für ein halbes Jahr, das sind 24 Hefte
72 Mark für ein ganzes Jahr

Die Vorauszahlung bitte auf das Postscheckkonto 52 52 28 - 602
Postscheckamt Frankfurt (BLZ 500 100 60)

Рисунок Вагрича БАХЧАНЯНА

